

EVANGELISCHE
MONATSHEFTE

ZUR
GESELLSCHAFTSPOLITIK

7. JAHRGANG

MÄRZ 1958

Die Mit- arbeit ³

Wir sprechen aneinander vorbei

Ist der christliche Sprachschatz ein Hindernis zur Kommunikation?

Von KLAUS VON BISMARCK

Ich verlangte kürzlich in einer Bahnhofswirtschaft einen Tomatensaft. Der Ober, der dieses erfrischende Getränk nicht kannte, brachte mir Tomaten-Ketchup, ein Tomatenprodukt ganz anderen Geschmacks und anderer Verwendung. Er verstand unter Tomatensaft selbstverständlich das, was ihm vertraut war. — Ein ähnliches Sprach-Mißverständnis finden wir heute häufig dort, wo Laien-Christen, die ihr Apostulat zunächst in ihrer Alltagsumgebung wahrnehmen wollen, von ihrer Funktion in der „Welt“ zu Gliedern der vom verengten Pietismus früherer Generationen geprägten Parochial-Gemeinde sprechen. Letztere kennen die „Welt“ aus ihrer Glaubens- und Sprach-Tradition häufig nur als die böse Welt, von der man sich als Christ abzusondern bzw. die man im Stil der hauptberuflichen Evangelisten zu bekehren hat. So trägt man im Gespräch eifrig etwas aus ganz verschiedenen „Welten“ bei. Aber es paßt nicht zueinander. Man redet aneinander vorbei, statt zum notwendigen Dialog der Christen „draußen“ mit denen der engeren Glaubensgemeinschaft „drinnen“ zu kommen.

Das simple Eingangs-Beispiel vermag in sehr vereinfachender Form das Problem unseres Themas zu skizzieren. Dieses Problem wird dadurch verschärft, daß die Sprache der Christen zunächst durch die Theologen geprägt wird. Denn sie „dolmetschen“ die Sprache der Bibel. Sie sind im besonderen die eingesetzten Diener des Wortes. Dort, wo man das Amt des Christen — nach meiner Überzeugung fälschlich — nur als das „ministerium verbi divini“, als das Amt der Wortverkündigung verstand und versteht, muß es dahin kommen, daß Laien ihre Aufgabe nur als eine Imitation der Aufgabe und der Sprache der Theologen anzusehen geneigt sind.

Die Gefahr, das Priestertum aller Gläubigen allein als ein Predigertum anzusehen, kann heute als erkannt gelten. Gerade deshalb aber haben die Laien ein besonderes Interesse an der Vielartigkeit der christlichen Aussage. —

Sprache, Möglichkeit zur Kommunikation?

Das Wort ist das Eigentliche und besonders Menschliche, was uns vor anderen Lebewesen gegeben ist. Wir erleben an unseren Kindern, wie der Mensch die ihn umgebenden Geschöpfe und Dinge mit Namen nennt, so in Beziehung zu ihnen tritt und an ihnen teil hat. Wir lernen gerade auch in der Ökumene, wie der Mensch im Gegenüber seinesgleichen die Sprache als Mittel zur Kommunikation, zur Einsicht in das Gemeinsame braucht. Dem von Menschen gesprochenen Wort geht in der Bibel das Schöpfungswort Gottes voraus. Die bleibende Verbindung zwischen Gott und seinem Werk dürfen wir Menschen durch Gottes Wort in der Bibel erkennen.

Aber auch Verneinung und Störung der Gemeinschaft finden ihren Ausdruck in Wort und Rede. Die modernen Massen-Beeinflussungsmittel (Zeitung, Rundfunk) lassen uns leichter die biblische Wahrheit verstehen, daß die Mächte des Bösen durch das Medium der Anrede an das erste Menschenpaar herantraten. Der Untat des Brudermordes Kains wird durch die Leugnung der Tat eine zweite hinzugefügt.

Der gemeinsamen Auflehnung der Völker gegen Gott den Schöpfer beim Bau des Turms zu Babel machte Gott durch die Sprachenverwirrung ein Ende. Und während der Deutschen Evangelischen Kirchentage bestätigten etwa die Gespräche über Ehe und Politik, daß zerrissene Sprache immer Ausdruck zerrissener Gemeinsamkeit ist. Auch der Gedankenaustausch über die Deutschland teilende Barriere hinweg erweist schlagend, daß sich Worte wie „Demokratie“ oder „Frieden“ bereits mit völlig unterschiedlichen Situationen verbunden haben und so die Gespaltenheit ausdrücken. — Die Verschiedenheit der Sprachen der Völker jedoch kennzeichnet nicht nur Trennung und Fremdheit, sondern bedeutet ebenso unerschöpflichen Reichtum. Sie sind gegenseitig erlernbar. Die Aneignung einer fremden Sprache ist eine Brücke und ermöglicht nicht nur Worte, sondern andersartige Vorstellungen und Denkweisen aufzunehmen.

Die Not unserer Kirche, mit ihrer Verkündigung nicht über den Kreis hinauszudringen, der die traditionelle kirchliche Sprache spricht und versteht, läßt darüber nachdenken, ob sich der alte Fluch von der Verwirrung der Sprache und der Zerstreuung der Menschen, die einander nicht mehr verstehen, heute auch innerhalb einzelner Sprachräume verwirklicht. Die Sprache der Luther-Bibel erreichte in einer ganz anderen, geschlosseneren gesellschaftlichen Situation offenbar noch alle Stände. Gerade von der Laien-Existenz her ist aber deutlich, daß unsere Gesellschaft heute viel differenzierter ist. Die verschiedenen Gruppen leben ihr eigenes Leben und bilden ein bestimmtes Bewußtsein und so auch ihre eigene Sprache aus. Im Gegensatz zu den Theologen leben die Laienchristen heute selbst in den unterschiedlichen Gruppen. Die Angestellten und Arbeiter einer industrialisierten Großstadt haben beispielsweise eine völlig andere Art zu leben, zu denken und sich auszudrücken als die Gruppen auf dem Land. Gewiß hat es erhebliche gesellschaftliche Differenzierungen auch schon in vorindustrieller Zeit gegeben. Es scheint aber so, als sei das Verständnis der Menschen füreinander heute besonders gering, die in ganz verschiedenen Lebenskreisen existieren.

Wenn man sich heute fragt, wo es noch eine „gemeinsame“ Sprache gibt, die alle Menschen verbindet, und wo Gegenstände, für die sich alle interessieren, so sind es zunächst die „leibnahen“ Dinge, wie Essen, Trinken, Wohnung, Garten, Sport, die einem in den Sinn kommen. Die Sprache des Luftschutzbunkers, des Schützengrabens, der Schlange vor dem Lebensmittelgeschäft oder Kino wird noch allgemein verstanden. Fraglich wird die Gemeinsamkeit aber schon, wenn man an die aus der Geschichte erwachsene Gemeinschaft als sprachverbindenden Faktor denkt. Gewiß kann das Bewußtsein gemeinsamer Geschichte alle Gruppen einer Sprachgemeinschaft vereinen. Einschneidende geschichtliche Veränderungen können aber sehr schnell bewirken, daß sich Sprachbegriffe wie „Vaterland“ oder „Nation“ wandeln und sodann in einem Volke äußerst unterschiedlich ausgelegt werden. Emigranten, die Deutschland vor 25 Jahren verließen und diese Worte heute bei einem Besuch gebrauchen, erfahren dies besonders deutlich.

Von Deutschland ist jedenfalls zu sagen, daß sich politische Urteile hier angesichts des einschneidenden geschichtlichen Wandels (Verlust der Gebiete ostwärts der Oder-Neiße, Teilung Deutschlands) als stark abhängig von den einzelnen Gruppen eines Volkes erweisen. Die Soldatenbünde, die Gewerkschaften, evangelische Synoden und die Flüchtlingsorganisationen sprechen nicht mehr die gleiche nationale Sprache. Sie leben und reden von ihren eigenen Voraussetzungen her.

Rudolf Bultmann schreibt, wirkliche Gemeinsamkeit beschränke sich heute oft auf Dinge der Technik (Sport, Motorisierung). Er sagt wörtlich: „Wohl stiftet auch das technische Interesse Gemeinschaft von Mensch zu Mensch, leicht ergeben sich heute Gespräche zwischen Menschen, die einander fremd sind, Gespräche über neue Auto- und Flugzeugkonstruktionen“¹⁾.

Wenn Bultmann jedoch meint, man spreche heute gern von irgend etwas anderem, doch niemals von sich selbst, so widersprechen die Erfahrungen des Laiendienstes in der industriellen Arbeitswelt einer solchen Feststellung. Gewiß, man scheut sich, im Stil des Zeugnisses von sich selbst zu sprechen. Man scheut sich auch, Dinge des Geistigen, des sogenannten „Religiösen“ auszusprechen. Aber man ist oft erstaunlich offen und bereit, sachlich über das zu reden, was den Menschen bedrückt und bewegt. Das „Ich“ verbirgt sich im Sachlichen und im „Wir“. Manchmal scheint es mir so, als ob frühere Generationen ihre persönlichen Aussagen mit der individuellen, pathetischen Mächtigkeit machten, mit der etwa ein Bildhauer sein Werk schafft. Die Sprache von heute scheint demgegenüber mehr dem sachlichen Beitrag eines Elektro-Ingenieurs zum Ergebnis einer Team-Arbeit vergleichbar. Wer will leichthin behaupten, daß die Sprachform des individualistischen 19. Jahrhunderts christlicher sei? — Manche Menschen in unserer Kirche verlieren den Mut, wenn sie zur Sphäre des Seelischen und Persönlichen etwas aussagen sollen. Andere weichen in die Fachwissenschaften aus, in die Philosophie, Psychotherapie und Soziologie. Denn diese Spezialgebiete haben exklusive Terminologien ausgebildet, die die Erfahrungen in seelischen Bereichen festlegen, theoretisieren und darstellen.

In dieser Situation ist es die Aufgabe der Christen, sich um das Verständnis der Sprache ihrer Umgebung zu bemühen, damit sie die ihnen anvertraute Botschaft in einer ihren Nächsten verständlichen Form weiter geben können. Jeder Verkündiger muß Sprachen lernen im Sinne des Hörens nicht nur auf eine

¹⁾ Vergl. R. Bultmann: Glauben und Verstehen II. „Formen menschlicher Gemeinschaft“, S. 269, Tübingen 1952.

veränderte Sinngebung einzelner Worte, sondern auch auf eine Sprache und Denkweise, die ihm als Ausdruck insgesamt zunächst fremd sind. Denn es ist gewiß, daß die herkömmliche kirchliche Sprache, die oft nur „religiöse“ Sprache ist, das heißt einen besonderen Bezirk zur Pflege der Innerlichkeit ausspart, nicht mehr allgemein verständlich ist. Die Weitergabe der Botschaft bedarf zahlreicher Übersetzungen auch innerhalb eines Sprachraumes.

Gewiß hat sich die Verkündigung der Taten Gottes durch das Medium des Wortes vollzogen. So ist sie von den frühen Glaubenszeugen in der Heiligen Schrift festgehalten worden. So wurde göttliches Wort von Menschen an Menschen weitergegeben. Dabei haben sich bestimmte Formen der Überlieferung gebildet. Dabei haben sich Worte mit Situationen verbunden. Sie spiegelten wie eine Prisma wider. Die Worte sind damit von einer Atmosphäre umgeben. Wenn sich die Situation und langsamer die Atmosphäre verändern, so läßt sich der Wandel in seinem unterschiedlichen Rhythmus rational oft kaum fassen und beschreiben. Die Situationen veränderten sich aber. Dies wird heute etwa daran deutlich, daß sich die Überlieferung dessen, was sich mit „Bekennende Kirche“ in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichnete, nicht ohne weiteres in die heutige Situation übertragen läßt. Es ist also nicht nur die Botschaft von Christus selbst, sondern es sind auch kirchliche Erfahrungen und Erkenntnisse, die immer wieder neu verstanden, übersetzt und zugänglich gemacht werden müssen. So ist die christliche Verkündigung allen „Sprachnöten“ der Welt ausgesetzt. Es gibt keine Sicherheit allein durch wortgetreue Überlieferung. Gibt es nicht auch Zeiten, in denen die Christen zu Recht verstummen, nichts zu sagen haben, sondern nur neu lauschen sollten?

Christliche Sprache als Hindernis der Kommunikation

1. Sprache in Frömmigkeitsvorstellungen der Vergangenheit

Sprache ist immer Ausdruck für Leben. Neue Gedanken schlagen sich ebenso wie geistige Bewegungen der Vergangenheit darin nieder, wie Menschen sprechen. Es braucht an dieser Stelle nicht ausführlich aufgezeigt zu werden, wie radikal sich die Welt in den letzten 150 Jahren verwandelt hat. Mit diesen Veränderungen haben sich auch Empfindungswelt und Gefühle des Menschen gewandelt.

Der Kirche Christi ist inmitten solcher Wandlungen aufgegeben, das Wort von der Erlösung der Welt durch Jesus Christus stetig zu verkündigen. Die Botschaft der Bibel ruft den Menschen nicht nur aus seiner Umgebung heraus, sondern sie sendet ihn auch neu in seine Welt, in neue Situationen. Es gibt viele Christen, die gerade in neuen Situationen und nicht in der traditionellen Geborgenheit der Kirche Bewahrung und brüderliche Gemeinschaft im Glauben haben erfahren dürfen.

Wann wird diese Geborgenheit gefährlich? Dann, wenn man sich nährt vom Gotteswort, von ihm lebt, sich gefeit fühlt gegen die Störung der „anderen“, aber nicht mehr kämpft im Sprachgewirr der Welt. Ehe man es sich versieht, werden Leben und Sprache von einem selbstgenügsamen Traditionalismus wie von Spinnweben umwoben. Die Fäden werden zu Fesseln. Der Blutkreislauf der christlichen Gemeinde wird eingeschnürt und stockt und der Glaube erstarrt. Die Gläubigen spinnen sich in ihren eigenen Zirkel ein und stehen nicht mehr

in der Fülle des Lebens. Sie sparen einen besonderen religiösen Raum zur Pflege der eigenen Innerlichkeit aus und leben in ihrer fest geprägten Gemeinschaft. Die Begrenzung auf eine introvertierte, in der Welt unverständliche Sprache zeigt dann nur einen Verengungs-Vorgang an, der vorausging.

Die offizielle kirchliche Sprache der Gegenwart liefert den Beweis dafür, daß sich die Kirche als Ganzes dem Wandel der Gesellschaft außerhalb ihrer Mauern noch zu wenig angepaßt hat. So werden z. B. die Nöte des Lebens im Industriebereich in der offiziellen Sprache der Kirche (Katechismus, Agende, Gebete im Gesangbuch) wenig oder nicht berücksichtigt²⁾.

Die pietistische Prägung unserer Gemeinden bewirkt außerdem, daß man im Raum der Kirche weiter eine gestrige Art persönlicher Aussagen pflegt. Man fährt fort, in großer Unbefangenheit über seelische Dinge direkt etwas auszusagen und solche Zeugnisse zu erwarten. Man merkt oft gar nicht mehr, daß diese Sprache nicht mehr zum Kern dringt. Hier liegt die Ursache der Unsicherheit und Hilflosigkeit des Menschen, der nicht im Zentrum eines Gemeindekreises verwurzelt ist, wenn ihm der Pfarrer oder ein frommer Laie beim Hausbesuch oder am Krankenbett christlichen Trost zusprechen. Man fürchtet sich, christlichen Kreisen anzugehören, weil dort Dinge gesagt und angehört werden müssen, die man nicht aussprechen oder hören mag. Die Vorstellung, daß christlicher Glaube in den seelischen Bezirken des menschlichen Lebens verwurzelt sei, ist immer noch weit verbreitet. Die Sprache frommer Laien oder Pfarrer, die auf den, der sie nicht gewöhnt ist, altmodisch, gefühlvoll und geschraubt wirkt, trägt zur Verlängerung dieses Irrtums bei. Wenn die Übersetzung ins Sachliche und Alltägliche fehlt, wird der Glaube von unserer Kirche nicht mitten in die Welt hineingetragen, sondern in einem besonderen religiösen Bezirk gepflegt und gehütet. Es wäre besser, man würde die erbäuliche und von mancherlei unverständlichen theologischen Begriffen durchzogene christliche Sprache nicht nach außen dringen lassen. Aber die Sprache ist Ausdruck des Lebens. Und wenn ein Gemeindekreis 30 Jahre in derselben Weise zusammengekommen ist und seine Bibelstunden gehalten hat, dann bildet sich unter seinen Gliedern eine bestimmte Terminologie heraus, die den Menschen, der nicht in solch einem derartigen Kreis steht, abschreckt.

Die Erkenntnis, daß „Gott mitten in der Welt gepriesen sein will“ (Bonhoeffer) und nicht in frommen Konventikeln, greift langsam um sich. Der einzelne Laie hat es oft schwer: wenn er sich entschlossen hat, seinem Glauben zu leben und ihn auch im Alltag zu bezeugen, so scheint es für die Art und Weise, wie er dies tut, als Vorbild nur den Pfarrer zu geben — wenn er nicht in brüderlicher Solidarität mit Laien in gleicher Situation lebt und dort Vorbilder empfängt. Der Pfarrer ist durch seinen Beruf zwar nicht an einen besonderen religiösen Bezirk gebunden. Aber er steht doch ständig vor der Aufgabe, das Evangelium in Predigt, Bibelstunde und Gespräch vornehmlich denen zu bezeugen, die sich traditionell zur Gemeinde halten. Seine Sprache bedarf der Ergänzung, der Übersetzung, der mehrstimmigen Begleitung. Der missionarische Vorstoß über

²⁾ Die Kinder lernen z. B. noch heute eine Erklärung Martin Luthers zum 1. Artikel des Glaubensbekenntnisses, deren Sprache sich auf das Denken in einer Agrargesellschaft bezieht: „Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat, samt allen Kreaturen, mir Leib und Seele, Augen und Ohren, Vernunft und alle Sinne gegeben hat und noch erhält. Dazu Kleider, Schuhe, Haus und Hof, Essen, Trinken, Acker, Vieh und alle Güter . . .“

In der offiziellen Formulierung des großen Kirchengebetes am Schluß des Gottesdienstes wird für Seefahrende und Reisende gebetet, nicht aber beispielsweise für Arbeiter, die Sonntagschicht machen, oder aber für alle die getauften Glieder der Gemeinde, die sonntags nicht im Gottesdienst sein wollen oder können.

den angestammten Kreis hinaus wird nur gelingen, wenn es schon in einer Gemeinde verschiedene Sprachen gibt. Die Laien müssen heute im besonderen lernen, daß es gar nicht immer notwendig ist, ein Zeugnis abzulegen, in dem ausgesprochen wird, was man glaubt. Für die Kommunikation zwischen Christen und Nicht-Christen hat zunächst das Zeugnis des Zuhörens, der selbstverständlichen Solidarität und Hilfeleistung im Alltag die größte Bedeutung. Die Scheu des Menschen heute, seine Innerlichkeit in einer ihm fremden Weise zu zeigen, ist verständlich. Deshalb meidet er Bibelstunden und Gottesdienste, in denen noch so Seelen-knetend geredet wird, so gewiß es andere Christen gibt, die diese Sprache lieben und sie für die christliche halten. Aber der Kirchenfremde fühlt sich verletzt, wenn von den „Gewohnheits-Christen“ in routinierter oder so nötiger Weise über seelische Nöte gesprochen wird.

Es deutet sich leise und vorsichtig in der Kirche gerade unter den „Nicht-Gewohnheits-Christen“ eine neue Art von Frömmigkeit an, deren wichtigstes Kennzeichen es ist, daß sie auf eine bewußte „Pflege“ einer Innerlichkeit verzichtet. Man beginnt zu erkennen, daß Gott den ganzen Menschen in allen Bereichen seines Lebens erlöst hat.

2. Die Sprache in theologischen Begriffen

„Kein Wort steht stille, sondern es rückt durch den Gebrauch von seinem anfänglichen Platz eher hinab als hinauf, eher ins Schlechte als ins Bessere, ins Engere als Weitere, und an der Wandelbarkeit des Wortes läßt sich die Wandelbarkeit der Begriffe erkennen“ (Goethe in „Wert und Ehre deutscher Sprache“). Wenn wir versuchen, mit den Ohren der Nächsten neben uns, die nicht in der Kirche zu Hause sind, zu hören, spüren wir plötzlich, daß in der Predigt oder im religiösen Gespräch Worte gebraucht werden, die ihre ursprüngliche Sinngebung und Atmosphäre verloren haben, leer wirken, jedenfalls den Menschen neben uns unverständlich sind.

Ein Wort wie *Bekehrung* etwa hat nichts mehr von dem strahlenden Glanz der Befreiung an sich, die durch die Hinwendung zu Christus geschieht. Sondern man verbindet es, wenn nicht mit der Vorstellung von peinlichen Selbstdarstellungen, bei denen unmoralische Dinge aufgedeckt werden, mit den Erfolgen hauptberuflicher Evangelisten.

Buße scheint weit entfernt von der messianischen Festvorfreude, die das Reinigungsbad Johannes des Täufers bedeutete. Man denkt an Geldstrafen oder an die Strafe des Polizisten oder Lehrers.

Auch unter *Gnade* können sich viele nichts mehr vorstellen. Man weiß, daß Gnade etwas Gutes ist. Das Wort hat seine Leuchtkraft noch nicht völlig verloren. Es leuchtet über ihm wie über Bethlehems Stall. Aber man findet durch dies Zeichen nicht mehr dorthin. Daß Gnade Beseitigung unserer Schuld durch Gott mit einer solchen Großzügigkeit bedeutet, gegen die jede Begnadigung eines Mörders vor Gericht nichts ist, daß sie sich durch Jesus Christus an jedem von uns vollzieht, das wird nicht mehr aufgenommen.

Glaube ist historisches Für-Wahrhalten der Heils-Tatsachen und des Bibelwortes. Damit ist dies Wort noch nicht gänzlich seiner Bedeutung entleert. Durch die Erfahrungen in menschlichen Beziehungen „Glaubst Du mir“? — „Ich schenke Dir Glauben“ wird wenigstens ein Restbestand des ursprünglichen Sinnes erhalten.

Sünde wird überhaupt nicht mehr in Beziehung zu Gott gebracht, sondern nur im Blick auf eine moralisch mißverstandene Kirche oder Pfarrerschaft gesehen, die den Menschen ihr bißchen Freude nehmen will. Der Proto-Typ des „Sünders“ ist der mehr oder weniger leichtsinnig lebende Mensch. Daß Sünde als gefährliche Absonderung von Gott in ihrer teuflischen Bewußtheit gerade unter „moralisch“ einwandfreien Menschen gefunden wird, daran ist kein Gedanke.

Viele Menschen wollen diese Worte nicht mehr hören, weil sie ihnen von bestimmten Frömmigkeitsvorstellungen untrennbar erscheinen.

Es gibt aber doch auch biblische Begriffe, die anscheinend eine andere Entwicklung durchgemacht haben, und vor der völligen Entleerung bewahrt blieben:

Taufe, Abendmahl, Gottesdienst, Segen sind an bestimmte Handlungen gebunden und erwecken so in jedem Menschen noch eine konkrete Vorstellung. Aber auch Worte wie: *Leid, Erfahrung, Geduld, Hoffnung, Schuld, Tod, Leben* sind noch leidlich allgemein verständlich. Sie haben ihren Ort in jedem, auch dem nichtchristlichen Leben. Es bedarf im persönlichen Gespräch keiner besonderen Erklärung, um sie zu verstehen.

Jede Bemühung um die christliche Sprache ist ihrem Wesen nach Bemühung um die Auslegung der Heiligen Schrift in unserer Zeit. Diese Aufgabe ist zunächst den Theologen als den Fachkundigen anvertraut. Die Laien haben jedoch ihrerseits nicht nur die Botschaft wie ein vom Pfarrer verfaßtes Gemeindeblatt auszutragen, sondern Wort Gottes und Predigt ständig neu für sich und ihre Nächsten in Existenz zu übersetzen. Die Nichttheologen sind lebhaft an jeder theologischen Bemühung interessiert, die christliche Sprache von Ballast zu reinigen, der heute ein Hindernis zur Kommunikation zwischen Christen und Nicht-Christen werden könnte. Man sucht, zustimmend oder fragend, den Dialog mit Theologen, die das Streben des modernen Menschen, aus dem religiösen Ghetto in die reale Diesseitigkeit des christlichen Glaubens zu gelangen, wirklich ernst nehmen. Aus dem Erfahrungsbereich sachlichen christlichen Dienstes in der industriellen Arbeitswelt ergibt sich allerdings auch die Frage, ob zum Beispiel mit Rudolf Bultmanns Versuch, das Evangelium in die Sprache unserer Zeit zu übersetzen, nicht doch etwas Wesentliches an den Aussagen der Bibel verlorenggeht, was gerade der Mensch heute wieder neu aufzunehmen in der Lage ist. Er lächelt vielleicht über den stimmungsvollen Engel des Weihnachtsspiels und den Pferdefuß des Teufels. Aber ahnt er im Zeitalter der Atomversuche nicht doch etwas von der Mächtigkeit der Gewalten im Kosmos, vom Kampf der Geister? Ist für den Mann, der am Hochofen steht oder den Atommeiler baut, die reale leibliche Vorstellung, von einem Schutzengel Gottes bewahrt zu werden, wirklich noch ein Glaubenshindernis? Oder: wenn man den ungeheuren Schritt vollzogen hat, Christus als die Hoffnung der Welt anzuerkennen, wird dann der moderne Intellektuelle noch Anstoß daran nehmen, wenn eins der Wunder in Formen überliefert ist, die unseren naturwissenschaftlichen Vorstellungen nicht entsprechen?

Aber noch eine zweite Frage ist zu stellen:

Das Handeln Gottes wird von Bultmann als Handeln in der Welt beschrieben, das sich als Handeln an mir, dem einzelnen vollzieht. Dabei wird von Selbstpreisgabe, Entweltlichung, Gericht und Geschenk Gottes gesprochen. Das Heilswirken Gottes an mir beschränkt sich nach Bultmann zwar nicht auf mein Seelenleben. Wird aber deutlich genug, daß Gott immer an mir und am Nächsten gleichzeitig handelt? Eine Reinigung der Sprache nach rationalen Gesichtspunkten, berücksichtigt sie ausreichend, daß Worte durch die leibliche und geistliche Erfahrung in Gemeinde und Gemeinschaft eine Atmosphäre erhalten?

Bultmanns Grundanliegen ist dem Laien im säkularen Beruf gewiß wichtig. Aber die Debatte um die von Bultmann vorgeschlagene Sprachreform muß in eine inner-theologische Einseitigkeit geraten, wenn sich nicht Laien mit ihren Übersetzungs-Erfahrungen an ihr beteiligen. —

Diese werden nämlich auf ein Zuviel der Anpassung kirchlicher Sprache hinzuweisen haben. Es gibt eine Art von moderner Predigt, die so sehr auf das angeblich völlig rationale Wesen des modernen Menschen eingeht, daß sie ihn leer und kalt läßt. Sie läßt nicht Raum für die ganze Fülle der über unsere menschlichen Erkenntnis-Vorstellungen hinausweisenden Verheißungen Gottes. Man kann das Erlösungsgeschehen, soweit es die Reaktion des Menschen betrifft, gewiß auch einmal mit rationalen Begriffen der modernen Philosophie beschreiben (Entfremdung, Eigentlichkeit usw.). Aber diese Begriffe sind genau so von der Entleerung bedroht, wie alle anderen Worte auch, sobald hinter ihnen nicht die ganze Fülle der Erlösungswirklichkeit, die echte Jenseitigkeit steht. Die Gefahr dieser rationalen Sprache ist philosophische Abstraktion anstelle von theologischer.

Diese Gefahr liegt nahe, wenn die theologischen Fakultäten nicht ausreichend in der Kirche verwurzelt sind. In der Zueinanderordnung der Gemeinde hat die Theologie im besonderen die Aufgabe, uns zu dolmetschen, mit welchen Situationen sich Bibelworte und kirchliche Aussagen in der Vergangenheit bis heute verbunden haben. Dabei muß das „heute“ voll einbezogen bleiben. Die theologische Erklärung von Barmen gab dafür ein Beispiel.

Den Laien, die das richtige Wort, die richtige Sprache finden wollen, ist vielmehr eine ständige Bemühung um das Leben, das Denken und die „Sprache“ unseres nichtkirchlichen Bruders aufgetragen. Die Laien müssen also Laien bleiben und die Theologen sollten sich hüten, in einem betonten Laien-Jargon (etwa angemäßer Atomwissenschaftler) zu predigen. So gewiß sich die Aussage-Aufgabe der Theologen und Laien überlappt und nicht starr voneinander trennen läßt, so gewiß ist den „Theologen“ in besonderer Weise die Sorge für die Reinerhaltung des Wortes Gottes und den Laien der Auftrag der Kirche in der Welt anvertraut.

Es muß in der Theologie wie in allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen notwendigerweise eine Fachsprache geben. Diese Fachsprache der Theologen wird natürlicherweise auch mehr oder weniger in die Predigt und in die Bibelstunde eindringen. Unglücklicherweise vollzieht sich aber aus Mangel an Laien-Aktivität darüber hinaus die Wort-Verkündigung nur in den seltensten Fällen in Gesprächsform. Predigt und oft auch Bibelstunde sind Ansprachen des Theologen. Es besteht in der Evangelischen Kirche Deutschlands eine starke und gute Tradition der theologisch gediegenen Wortauslegung. Aber Verkündigung als echter Dialog gleichwertiger Partner in der Sprache der Welt wird selten geübt. Wenn im traditionellen Gemeindekreis ein Gespräch über einen biblischen Text zwischen Pfarrer und Laien zustande kommt, so ist der Pfarrer als Fachkundiger immer der Überlegene. Die interessierten Laien sind meistens genötigt und geneigt, sich die fachliche Terminologie des Pfarrers anzueignen, anstatt daran zu gehen, die theologische Begrifflichkeit aufzulösen und ins Leben zu übersetzen. Menschen draußen, die nichts wissen von „der Lehre in den beiden Reichen“, von „christologischem Ansatz“ und „Werkgerechtigkeit“, können eine Aussage, die solche Begriffe enthält, dann einfach nicht verstehen. Sie lehnen sie mit Recht ab, setzen sie fälschlich mit jeder christlichen Aussage gleich und verzichten sodann auf jeden Dialog mit der Kirche, d. h. etwa Gottesdienstbesuch und Gespräch mit einzelnen Christen.

Aber wie soll der Christ denn nun eigentlich sprechen? Die erbauliche Sprache der Innerlichkeit wird heute fraglich. Die theologische Sprache wird nur in ihrem

Bereich verstanden. Eine betont modern-philosophische Sprache hat ebenso ihre Bedenken wie ein gemacht-weltlicher Jargon.

Grenze und Aufgabe der Sprache des Christen

Heute sind die Sprache, das Wort und die Rede nur im begrenzten Maße Mittel zur Kommunikation. Uns ist soviel Mißbrauch, soviel Lüge und Phrase gegenwärtig, daß man dem Zuhören nicht mehr sehr geneigt ist. Man hat aber gelernt, wieder sehr viel genauer darauf zu achten, wer etwas sagt. Der einzelne Mensch als „Gefäß“ der Botschaft wird wieder wichtiger. Das bedeutet beglückende Aufgabe, Verheißung und Begrenzung zugleich. Gott bedient sich einzelner Menschen und ihrer Sprache. Dort, wo sie diese Aufgabe annehmen und um ihre Erfüllung ringen, werden sie unter ihresgleichen verstanden. In unserer komplizierten Gesellschaftsordnung sind die Vorstellungen und Gedanken der verschiedenen menschlichen Gruppen aber so mannigfaltig, daß es verschiedener Sprachen und der Solidarität in der gleichen Situation bedarf. Das gegenseitige Verstehen ist oft nicht einfach dadurch gegeben, daß der Ausagende persönlich glaubwürdig erscheint. Es bedarf auch nicht nur vieler unterschiedlicher Mundarten, sondern des gemeinsamen Lebens in gleicher Situation und Atmosphäre. —

Die Laien dürfen deshalb vertrauen, daß es dort, wo wir und andere nur in stammelnden Andeutungen zu sprechen vermögen oder uns überhaupt vor präzisen Aussagen über uns selbst oder den Glauben scheuen, nicht unsere Aufgabe ist, durch gesprochenes Wort alle uns bewußte Wahrheit an die Oberfläche zu zerren. —

Wir dürfen mit Gott unserer armseligen Sprache trauen und sollten im Dienst der Kirche jedenfalls als Laien nicht denken, wir seien ohne eine besondere Terminologie, sei sie nun fromm, theologisch oder philosophisch gefärbt, mangelhaft ausgerüstet. Ein christliches Vokabular wird sich zwar immer wieder als menschliche Erscheinung hie und dort in christlichen Gemeinschaften bilden. Eine Fachsprache der Theologen ist nötig. Aber diese theologischen und christlichen Mundarten verdienen keinen Heiligenschein. Ja sie sind gefährlich, wenn die Aussagen der Theologen unübersetzt weitergegeben werden und wenn die christlichen Gemeinschaften nicht mehr zweisprachig zu leben wissen, also im Kontakt mit der nichtchristlichen Umwelt bleiben. Eine wirkliche Hilfe zur Gemeinschaft nach draußen ist das sachliche Eingehen auf die Lebens- und Interessenbereiche dessen, dem die Verkündigung gilt. Hierzu bedarf es der Sprache der Welt, der Technik, der Sachlichkeit. Aber es geht nicht nur um die Übersetzung der Botschaft ins Allgemeinverständliche, sondern aufnehmend immer zugleich um ein Horchen auf das Medium der Sprache, die einmal das lebendige Glaubenszeugnis aufnahm und es weitertrug.

Die Übersetzung der biblischen Begriffe, die die Theologen den Gemeinden mit dem Wort in die heutige Situation hinein zu dolmetschen haben, bleibt den Laien ständig als eine weitere Übersetzung in Existenz und Tat als Aufgabe gestellt. Bonhoeffer sagt: „Der Christ gibt sich hinein in die Fülle der Aufgaben, Fragen, Erfolge und Mißerfolge, Erfahrungen und Ratlosigkeit des Lebens, um sich Gott ganz in die Arme zu werfen und nicht mehr die eigenen Leiden, sondern das Leiden Gottes in der Welt ernst zu nehmen“³⁾.

³⁾ D. Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung. S. 245.

Sozialwahlen 1958

Von PETER JÜRGENSEN

Im Juni werden für die nächsten vier Jahre die Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger neu gewählt. Wo es überhaupt einen Wahlkampf geben wird, da unterscheidet er sich von den noch gut in Erinnerung befindlichen politischen Auseinandersetzungen des vorigen Jahres, von der unterschiedlichen Intensität einmal abgesehen, vor allem dadurch, daß es sich im wesentlichen um einen Streit „auf höherer Ebene“ handelt.

Die nach dem Selbstverwaltungsgesetz (SvG) vorschlagsberechtigten Organisationen — auf der einen Seite die

Arbeitgeberverbände, auf der anderen Seite in erster Linie die Gewerkschaften, aber auch andere Organisationen mit berufs- oder sozialpolitischer Zwecksetzung, theoretisch auch freie, aus dem Kreis der Versicherten ad hoc gebildete Listengemeinschaften — machen, was es da zu streiten gibt, weitgehend unter sich ab. Nur an verhältnismäßig wenig Punkten wird dem Versicherten, um den es ja hierbei geht, die Gelegenheit geboten werden, durch Abgabe eines Stimmzettels von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen und selbst Einfluß auf den Ausgang dieser Wahlen auszuüben.

Wahl ohne Wahlhandlung?

Wer in diesen Wochen mit den vorschlagsberechtigten Organisationen zu verhandeln hat, wird überall den Wunsch hören: „Eine Wahl möchten wir möglichst vermeiden!“ Der unbefangene Staatsbürger stutzt bei einer solchen Äußerung und ist geneigt, hier eine Verschwörung gegen die Demokratie zu vermuten. Dem Verfasser dieses Aufsatzes ging es zunächst nicht anders. Mittlerweile ist er überzeugt, daß der Gesetzgeber gut beraten war, als er im Paragraph 4, Abs. 1, Satz 6 (SvG) die Möglichkeit vorsah, die einzelnen Vorschlagslisten durch Einigung zusammenzulegen und dann in Abs. 5 bestimmte: „Wird nur ein Vorschlag eingereicht, so gelten die Vorgesprochenen als gewählt.“ Wo die vorschlagsberechtigten Organisationen sich also auf eine gemeinsame Liste einigen, wird der Versicherte gar nicht mehr um seine Meinung gefragt. Nicht diese Regelung und ihre häufige Anwendung, sondern die zugrundeliegenden Verhältnisse im Bereich der Versicherten sind unbefriedigend. Unkenntnis über den Aufbau und die

Arbeitsweise der Sozialversicherung wie des gesamten Systems der Sozialleistungen und Desinteresse an Verbleib und Verwendung der eigenen Beiträge sind für das Gros der Sozialversicherten typisch. Die Meinung, daß all die Einrichtungen und Institutionen in diesem Bereich staatlich und somit von vornherein negativ zu beurteilen seien, herrscht bei außerordentlich vielen Menschen heute vor.

Nun sind gewiß die Versicherten nicht allein schuld an diesem Mißstand. Die jeweiligen Gesetzgeber sind bei ihrer Sozialgesetzgebung den zeitbedingten politischen, sozialpolitischen und auch wahltaktischen Gesichtspunkten gefolgt. So hat sich im Laufe der Geschichte der Sozialversicherung, die vor etwa 75 Jahren begann, eine ständige Komplizierung ergeben. Nicht nur der Durchschnittsversicherte, sondern auch der hauptberuflich damit befaßte Fachmann kennt sich oft nicht mehr aus. Auch dem verehrten Leser kann nicht verübelt werden, wenn er sich zu den zwar Interessierten, jedoch in dieser Hinsicht Unwissenden rechnen

muß. Darum sollen hier in groben Zügen die wichtigsten Tatsachen im Zu-

sammenhang mit der Sozialwahl noch einmal angeführt werden.

Sozialversicherung — eine von mehreren Formen der sozialen Sicherung

Die Sozialversicherung dient vor allem der Aufgabe, den typischen Arbeitnehmer und seine Familie gegen die materiellen Risiken des Lebens mit ihren Folgen für die seelische und geistige Situation zu sichern. Die beiden anderen Säulen des Systems unserer öffentlichen Sozialleistungen, die Versorgung und die Fürsorge, haben zwar die gleiche Zielsetzung. Bei ihnen liegt der Schwerpunkt jedoch bei der Sorge für die Menschen, die nicht den größten Teil ihres Lebens Arbeiter oder Angestellte sind. Neben diesem Sozialversicherungssystem stehen die verschiedenen Formen der privaten Vorsorge, insbesondere die freiwillige Individualversicherung. Weiter unterscheidet sich die Sozialversicherung von Fürsorge und Versorgung dadurch, daß sie einen versicherungsähnlichen Charakter hat. Die Gewährung von Leistungen im Versicherungsfalle wird von vorheriger Gegenleistung in Form von Beiträgen abhängig gemacht. Außerdem korrespondiert die Höhe der Leistungen (mit Ausnahme der Sachleistungen) mit der Höhe der Beiträge. Andererseits unterscheidet sich die Sozialversicherung von der privaten Individualversicherung dadurch, daß der Beitragsgerechtigkeit durch einen sozialen Ausgleich Grenzen ge-

setzt sind. Dieser geht über einen reinen Risikoausgleich innerhalb der Versichertengemeinschaft, wie er bei der Privatversicherung gegeben ist, hinaus. Hierbei liegt die Idee der Solidarität der Versicherten zugrunde. Dort, wo die Sozialversicherungen staatliche Zuschüsse erhalten, ist eine Übereinstimmung mit Versorgung und Fürsorge und ein weiteres Unterscheidungsmerkmal gegenüber den privaten Versicherungen gegeben.

Es ist müßig, darüber zu diskutieren, welche der genannten voneinander unabhängigen Sicherungsformen die beste sei. Angesichts der Mannigfaltigkeit der sozialen Situation und der individuellen Schicksale von 50 Millionen Menschen, um die es hier geht, kann auf keine von ihnen verzichtet werden. Ob hier und dort diese oder jene Sozialleistungsform besser durch eine andere oder durch private Vorsorge zu ersetzen ist, muß im Blick auf die jeweilige wirtschaftliche Gesamtlage und dem konkreten Problem gemäß entschieden werden. Hier genügt es zu konstatieren, daß z. Z. die Sozialversicherung, gemessen an den Gesamteinnahmen und -ausgaben ihrer Träger (sie betrugen 1957 etwa 20 Milliarden DM) quantitativ die größte Bedeutung hat.

Der Aufbau der Sozialversicherung

Den unterschiedlichen Risiken wird im Bereich der Sozialversicherung mit einer entsprechend aufgegliederten Organisation begegnet, und zwar stehen nebeneinander:

a) Die soziale Rentenversicherung

Den Schutz gegen die Risiken des Todes des Ernährers, der vorzeitigen Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) und des Alters haben folgende Versicherungsträger übernommen: Die Alterssicherung der Angestellten wird für das gesamte Bundesgebiet von der

Bundesanstalt für Angestelltenversicherung (BfA) in Berlin gewährleistet. Die Arbeiterrentenversicherungen werden in jedem Bundesland von einer Landesversicherungsanstalt (LVA) getragen. Bergleute werden von der Knappschaftlichen Rentenversicherung betreut.

b) Die soziale Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung wird in der Hauptsache von selbständigen Ortskrankenkassen (AOK), Landkrankenstellen (LKK), Innungs- und

Betriebskrankenkassen durchgeführt, die örtliche oder regionale Zuständigkeit besitzen. Jede dieser Kassen stellt einen selbständigen Versicherungsträger mit den vorgeschriebenen Selbstverwaltungsorganen dar. Der Arbeitnehmer hat die Möglichkeit, sich statt bei ihnen bei einer Ersatzkasse zu versichern. Auch sie sind gesetzliche Versicherungsträger mit Selbstverwaltung. Sie erstrecken sich jeweils auf das ganze Bundesgebiet.

c) Die soziale Unfallversicherung

Die Unfallversicherung wird durch die Berufsgenossenschaften durchgeführt.

Das sind Versicherungsträger, die für jeden Industriezweig gesondert, meistens auf Bundesebene, alle aus Berufsunfällen herrührenden Risiken abdecken.

Schließlich wäre hier noch die Arbeitslosenversicherung zu nennen, die auch zur Sozialversicherung gehört und bei der ebenfalls das Selbstverwaltungsprinzip besteht. Allein aus technischen Gründen wird für die Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg in diesem Jahr keine Vertreterversammlung gewählt.

Die Wahl

Alle diese angeführten Versicherungsträger (insgesamt sind es über 2000) werden nicht, wie oft angenommen wird, durch staatliche Behörden verwaltet, sondern im Prinzip durch Verwaltungsorgane, deren Mitglieder aus den Reihen der Beitragszahler, also Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gewählt werden. Bei den bevorstehenden

Sozialwahlen wird in jedem einzelnen Falle eine neue Vertreterversammlung gewählt. Sie umfaßt bis zu 60 Vertreter, die wiederum je 2 gewählte Stellvertreter haben. Von einigen Ausnahmen abgesehen sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der gleichen Anzahl von Vertretern in den Verwaltungsorganen vertreten.



Dietrich Bonhoeffer

Gesammelte Schriften

Herausgegeben von E. Bethge

Band I: Ökumene

Briefe · Aufsätze · Dokumente 1928—1942

552 Seiten. Broschiert DM 19.—, Ganzleinen DM 21.50.

Dieser erste Band enthält Aufsätze neben Sitzungsprotokollen, Berichte neben Briefwechseln, auch Äußerungen von Bonhoeffers Kontrahenten oder Adressaten. Der Band enthält ferner den Briefwechsel aus dem Jahre 1942 zwischen dem Bischof von Chichester und Anthony Eden. Erschütterndstes und wichtigstes Zeugnis sind Tagebücher und Briefwechsel der Amerikareise 1939. Sie zeigen das Hindurchdringen zu dem Entschluß, aus Gewissensgründen in die Heimat zurückzukehren: Der Beginn zu seiner großen ökumenischen Wirksamkeit.

Subskriptionsangebot: Bei Subskription auf das Gesamtwerk, das die Bände II: Kirchenkampf und Finkenwalde — III: Theologie, Gemeinde — IV: Auslegungen, Predigten — umfassen wird, beträgt der Preis für Band I broschiert DM 16.50, Ganzleinen DM 19.—.

C H R. K A I S E R V E R L A G M Ü N C H E N

Diese Vertreterversammlung hat zusammen mit dem von ihr gebildeten Vorstand die Geschäftsgebarung des betreffenden Versicherungsträgers zu verantworten. Sie bedient sich dazu eines Verwaltungsapparates mit hauptberuflichen Fachkräften.

Wo es im Juni dieses Jahres nicht zu einer Urwahl kommt, weil sich die vorschlagsberechtigten Organisationen vorher geeinigt haben — und das wird auf der Arbeitgeberseite ausnahmslos, auf der Arbeitnehmerseite vorwiegend der Fall sein — sind am Wahlsonntag die Würfel also schon längst gefallen. In diesem Falle ist der 50. Tag vor der Wahl der entscheidende Termin. Bis dahin müssen die Vorschläge bei den Wahlausschüssen eingereicht werden. Noch bis 3 Wochen vor der Wahl können die eingereichten Vorschläge durch Übereinkommen der beteiligten Organisationen zu einer Liste vereinigt werden.

Nur in verhältnismäßig wenig Fällen wird eine solche Einigung nicht erzielt werden. Bei einer dann erfolgenden Wahl sollte es die Pflicht aller Versicherten sein, sich einige Gedanken darüber zu machen, warum die vorschlagsberechtigten Organisationen sich nicht einigen konnten, und die eigene Stimme derjenigen Liste zu geben, von deren Kandidaten man die beste Ausführung der geltenden und vielleicht noch kommenden Sozialgesetze erwarten darf. Die Gefahr, daß angesichts der Ignoranz und des Desinteresses auf diesem Gebiet bei der Wahl Zufallsergebnisse entstehen, ist nicht von der Hand zu weisen. Um so größer ist die Verpflichtung aller verantwortlich denkenden Versicherten, sich um diese Frage zu kümmern und auch den Nachbarn am Arbeitsplatz mit in diese Überlegungen einzubeziehen.

Selbstverwaltung als Aufgabe der evangelischen Sozialarbeit

Auf lange Sicht wird ein guter Geist in den Selbstverwaltungsorganen nur dann bestehen, wenn die Versicherten selbst sich nicht mit der Haltung „der offenen Hände“ begnügen. Aus der Versichertenzahl muß eine Versicherungsgemeinschaft werden, die sich der Selbstverantwortung bewußt ist und in der das Prinzip der Solidarität, der Grundsatz, auch an das Wohl des Nächsten zu denken, lebendig bleibt. Eine solche Teilnahme der Versicherten an ihren eigenen Angelegenheiten wird sich befruchtend in den Selbstverwaltungsorganen und im gesamten Sozialleben auswirken. Das wird in besonderem Maße der Fall sein, wenn der einzelne Versicherte nicht nur anläßlich einer eventuellen Wahl, sondern durch seine ständige Mitarbeit in den vorschlagsberechtigten Organisationen die Aufgaben wahrnimmt, die ihm in diesem Zusammenhange gestellt sind. In erster Linie meinen wir damit die Gewinnung eines Grundwissens über die Aufgaben und Funktionen der Versicherungsträger, denen man angehört, in der zweiten Phase dann die aktive Mitarbeit, sei es die Bereit-

schaft, sich selbst als Vertreter aufstellen zu lassen oder sei es die Mitarbeit bei der objektiven Unterrichtung der Kollegen im Betrieb, der Nachbarn, der Freunde.

Die Unterstützung und Weckung einer solchen Bereitschaft zur verantwortlichen Mitarbeit haben sich die Evangelische Sozialakademie und die Evangelischen Aktionsgemeinschaften für Arbeiterfragen als Aufgabe gestellt. Aus den Ergebnissen der schon seit Jahren durchgeführten Arbeit der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern können hierfür nützliche Anregungen gewonnen werden.

Schon anläßlich der Sozialwahlen 1953 hat es eine Reihe von Gremien und Persönlichkeiten in der evangelischen Sozialarbeit gegeben, die die Verantwortung des Christen im Sozialleben als Aufgabe gesehen und sich intensiv an der Vorbereitung der Wahlen beteiligt haben. Diesmal sind nun in noch viel größerem Umfang auf allen Ebenen Bemühungen im Gange, um zu einer Besetzung der Selbstverwaltungsorgane mit sachkundigen, der Ver-

pflichtung gegenüber ihrer Gemeinschaft bewußten Menschen beizutragen.

Allein, bei diesen sporadischen Bemühungen um die Sozialwahlen darf es nicht bleiben. Es gilt, die hier zum Vorschein gekommenen Aktivitäten über die Wahl hinaus zu erhalten und nutzbar zu machen. Dort, wo die Sozialwahl noch nicht der Anstoß für ein Interesse an den Problemen der sozialen Sicherung war, muß dieses in Zukunft geweckt werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß eine solche Arbeit auf einen zwar unbestell-

ten, aber sehr fruchtbaren Boden trifft.

Die Arbeitsausschüsse, die sich zur Vorbereitung der Sozialwahlen gebildet haben, werden nach der Wahl sozialrechtliche Schulungen durchführen, Arbeiter, Angestellte und Arbeitgeber zu Diskussionen über Probleme der Sozialversicherung zusammenführen und sich insbesondere um die Unterstützung der Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen bemühen, ohne auf diese Weise Interessentenstandpunkte in die Versicherungsträger hereintragen zu wollen.

Was hat die Kirche mit der Sozialversicherung zu tun?

Die hier und da naserümpfend gestellte Frage nach der Berechtigung dafür, daß „die Kirche“ sich um die Sozialversicherung bekümmere, sollte nicht unbeantwortet bleiben.

Die Kirche als Institution hat sicherlich andere Aufgaben, als sich um die vernünftige Durchführung der Sozialversicherungsgesetze zu kümmern. Daß in den Kirchenverwaltungen und innerhalb der Werke und Verbände der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik und in Berlin rund 150 000 Versicherte arbeiten, berechtigt zwar zu der Forderung nach einer angemessenen Vertretung dieser Menschen, macht aber noch nicht unser eigentliches Anliegen aus.

Auch die sachlichen Berührungspunkte der kirchlichen caritativen Werke mit den Sozialversicherungsträgern — als Beispiel seien die umfangreichen Aufgaben der Inneren Mission auf dem Gebiet des Gesundheitswesens genannt — sind ein Argument für eine angemessene Vertretung in den Selbstverwaltungsorganen, aber eigentlich so selbstverständlich, daß es keiner groß angelegten Unterstützung bedürfte.

Die Antwort, die hier zu geben ist, muß lauten: Nicht die Kirche als Institution, sondern alle bewußt evangelischen Menschen sind gerufen, bei der Gestaltung des sozialen Lebens aktiv mitzuarbeiten. Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist dafür ein geradezu ideales Betätigungsfeld. Hier

gibt es tausendfältig Gelegenheit, sich in den Dienst für den Nächsten zu stellen. Gewiß ist die „klassische“ Form der Nächstenliebe, die unmittelbare Tat für den Hilfsbedürftigen, heute so notwendig und modern wie je. Man darf aber nicht die Augen davor verschließen, daß daneben eine weitgehende Verlagerung des „sozialen Ausgleichs“ auf mehr oder wenige umfangreiche Verwaltungsapparate stattgefunden hat, eine unumgängliche Konsequenz der bevölkerungsmäßigen, industriellen und sozialpolitischen Entwicklung. Angesichts dieser Situation ist es nun unsere Aufgabe, verhindern zu helfen, daß diese notwendigen Institutionen zu aufgeblähten und erstarrten Apparaten und somit zu Fremdkörpern im Sozialleben werden. Es geht darum, in dem Wirrwarr von Institutionen und Gesetzen dem einzelnen Menschen seine ihm von Gott gegebene Freiheit zu bewahren.

Die Idee der Selbstverwaltung, wie sie bei den Sozialversicherungsträgern realisiert ist, kommt diesem christlichen Ansatz entgegen. Auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, weil der verwendete Begriff in der katholischen Soziallehre wegen der anderen, insbesondere naturrechtlichen Voraussetzungen einen anderen Inhalt hat als für den evangelischen Christen, muß hier das Prinzip der Subsidiarität als positiver Grundsatz genannt werden. Auch uns erscheint es notwendig, zu

verhindern, daß der Staat in seine Obhut nimmt, was besser, wenn nicht von einzelnen, so doch von lebendigen, überschaubaren Gemeinschaften getragen werden kann. Die Voraussetzung dafür, daß es uns gelingt, die Sozialversicherung vor einer staatlichen Verwaltung zu bewahren, d. h. praktisch die Staatsbürgerversorgung zu vermeiden, ist allerdings die ständige Erneuerung der Idee der sozialen Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung. Sie kann auf breiter Ebene nicht besser gefördert werden als durch eigenes Bemühen der Versicherten um die Probleme, mit denen ihre Vertreter sich zu befassen haben.

Umgekehrt können die entsandten Vertreter ihrer Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn sie den Kontakt mit den Versicherten nicht verlieren.

Gewiß ist die Sozialversicherung mit all ihren Ausformungen nur ein Stein in dem „sozialen Mosaik“. Immerhin ist es ein markanter Stein mit starker Ausstrahlung.

Statt uns der Illusion hinzugeben, das gesamte Leben unserer Gesellschaft durch eine geniale Konstruktion in den Griff bekommen zu können, sollten wir in dieser konkreten Situation der Sozialwahlen die deutlich vor uns liegende Aufgabe anpacken.

Die skeptische Generation und die Frage des Berufes *)

Ein Ansatz zur Auseinandersetzung mit der skeptischen Soziologie

Von ERICH THIER

Das Werk des Hamburger Soziologen Schelsky muß erst verarbeitet sein, bevor Nähe und Distanz in einem zu ihm gefunden sind, welche eine wirkliche Auseinandersetzung möglich machen. Bislang — so scheint uns — wird es vielerorts erst einmal gelesen und durchgearbeitet. Das ist gut so und wir meinen unsererseits, daß der eigenen ersten Lektüre bald eine erneute folgen muß. So „einfach“ die von Schelsky durchgezogenen Linien einerseits, so „materialreich“ die von ihm beigebrachten Belege andererseits sind: das Buch ist hintergründiger, als der erste Blick erkennen läßt. Da aber der erste Eindruck, den eine geistige Leistung und Gestaltung vermittelt, etwas vom Reiz der ersten Liebe an sich trägt — und so unwiederholbar ist wie diese —, soll nach der ersten Begegnung nun doch schon der Anfang eines Gespräches gewagt werden. Die etwas umständliche „Rechtfertigung“ des Beginnens mag aber schon an-

zeigen, daß hier wirklich etwas vorgegeben ist, um das gerungen werden muß, mit dem die Auseinandersetzung sich lohnt. Freilich bedurfte es zudem der freundlichen Aufforderung, gerade jetzt — in der Zeit der Verdichtung des alljährlichen Fragens nach der „Berufswahl“ der Jugend — Stellung zu nehmen zu einem Werk, in dem gerade diese Frage ausführlich diskutiert wird.

Und nun soll sogleich eine erste These vorgetragen werden. Das Werk wird als repräsentativ empfunden hinsichtlich des geistigen Stils und der Fragestellung eines erheblichen Teiles gegenwärtiger Soziologie. Wird diese als kritisches Selbstbewußtsein der technisch-industriellen Gesellschaft verstanden, so ist zugleich zu sagen, daß dieses Selbstbewußtsein nunmehr bei seinem Sein und Selbst angekommen ist und nicht über dieses hinaus verweist. Die Kritik ist eine immanente geworden; sie hat aufgehört eine revo-

*) Zu Helmut Schelsky: „Die skeptische Generation“. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf 1954. 523 Seiten.

vitätisch umständlich und in dauernder Reflexion auf die Art des Befragens selbst. Das eigentliche Auskunftsmittel ist ihr dabei die methodisch gesicherte Befragung, die das „Miterleben“ voraussetzt, sich aber auch in statistischen Zahlengruppen niederschlägt. Wir können nicht jeder der angeführten Enqueten — soviel sie uns bekannt sind und soviel wir sie — miterlebend! — zu prüfen vermochten — gleiche Sorgfalt nach rühmen. Insgesamt sind Fleiß, Umsicht und Scharfsinn der Befragungen ganz einfach anzuerkennen. Aber eines Umstandes muß dabei gedacht werden. Diese Befragungen geben Bewußtseinsinhalte nicht mit photographischer Treue wieder, sondern sie verändern sie zugleich. Die Art des Fragens setzt die Spannweite der Antworten. Anders noch: Der modernen Physik ist die Erfahrung geläufig, daß das experimentelle Befragen der atomaren Feinstruktur diese ändert. Frage und Antwort stehen da in einem Kontinuum, in einer Einheit, die kein Gegenüber kennt: die so beobachtete „Welt“ ist nicht objektivierbar. Wird der „Weg“ eines Massenteilchens beobachtet, so ist über seine „Form“ nichts auszusagen. In keinem neuen soziologischen Werke ist uns die Stilverwandtschaft des „Fragens“ da und dort so aufgegangen wie in dem neuen Buche von Schelsky. Die von ihm und seinen Freunden befragten „Massenteilchen“ geben immer nur perspektivisch Auskunft über ihre Situation. Und zwischen Frage und Antwort besteht eine Einheit, es gibt kein „Gegenüber“. Darin gerade besteht freilich die eminente Kraft der Veranschaulichung des Buches. Sie ist nicht die der Vergegenständlichung einer Aufgabe, nicht die der Kopie oder des Abbildes, sondern der Mitvollzug der Spannungen (und Spannungslosigkeiten) des gesellschaftlichen Lebens selbst, dem wir angehören und das wir mitvollziehen. Wir möchten den Verfasser geradezu um die Erlaubnis bitten, einen seiner Ratschläge mißachten zu dürfen. Schelsky schreibt: „Die . . . als Beweis und Faktenmaterial gedachten Ausführungen sind von uns in Kleindruck gesetzt worden;

wer also nur an dem Grundgedanken der Analyse interessiert ist, mag beim Lesen durch Überspringen dieser Passagen sich selbst die empirischen Details ersparen“ (S. 7). Hier muß der Verfasser besser verstanden werden, als er sich selbst versteht. Anlage und Interpretation dieser Partien des Buches gehören ganz wesentlich zu ihm. Das „Kontinuum“ wird so erst erfahrbar. Wir sind dann erst wirklich selbst einbezogen in die Untersuchung. Und daß sie uns mitumspannt — auch als „ältere Generation“, aber in Bezug auf die „junge Generation“ — ist ja doch wohl ein deutliches Anzeichen dafür, daß hier nicht „privat“ gefragt wird, sondern im Geschehen Geschehendes in seiner Wahrnehmung geformt wird und uns formt.

Aber hier ist nun auch zugleich eine Grenze des Buches wahrzunehmen. Die Einheit, das „Kontinuum“ von Frage und Antwort ist „zuhanden“. Es ist bezweifelt worden, daß die skeptische Soziologie sie als „Skeptische Generation“ richtig beschreibt und deutet (vgl. die ausführliche Besprechung von Karl Korn in der FAZ vom 15. 2. 58). „Skepsis“, sagt der kluge Kritiker, „kommt aus autonomem Denken“. Schelsky beschreibt nicht Skepsis, sondern „Anpassung“. Was bei Schelsky z. B. als „Hobby“ beschrieben wird, „hat arbeitsähnlichen Charakter. Schelsky deutet auch das als Skepsis und meint damit, daß diese Jugend allem Idealismus gegenüber ungläubig geworden sei und — ja, was nun? Die Antwort kann doch nur heißen: . . . sich fügt“. Und somit dürfe „Schelsky nicht Skepsis nennen . . ., was Anpassung ist“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung a. a. O.). Im Zusammenhang damit wird Schelsky selbst zitiert: „Im Hobbysmus ihres Freizeitverhaltens löst die Jugend auf ihre Weise die Aufgabe der Reduktion der Stofffülle der modernen Welt (vor der die Bildungsanstalten weitgehend versagen), indem sie auch hier spezialisiert und die inneren und weitreichenden Personansprüche aller anderen Freizeitmöglichkeiten kategorisch abweist. Die anderen Interessen werden dann als konventionelle Bildungsinteressen mit-

lutionäre zu sein. Das tritt in der Aussage über den mutmaßlichen weiteren Weg der heutigen Jugendgeneration unübersehbar zutage. Diese Aussage schließt ja zugleich das Urteil des Soziologen über die mutmaßliche weitere Ausgestaltung der technisch-industriellen Welt selbst in sich ein. Die Jugendgeneration von heute ist die der Männer von morgen: „Was sich auch ereignen mag, diese Generation wird nie revolutionär in flammender kollektiver Leidenschaft auf die Dinge reagieren. Sie trägt kein Bedürfnis in sich, elitäre Gemeinschaften zu stiften oder Ordnungsprinzipien zu verwirklichen. Sie wird alles Kollektive ablehnen, ohne daraus ein Gegenprogramm zu machen Aber wie die revolutionäre Haltung verschwindet, so auch die eigentlich traditionalistische oder konservative: die strengen Formen sind allzu zerstört, als daß man sie noch im Ernst bewahren könnte In allem, was man so gern weltgeschichtliches Geschehen nennt, wird diese Jugend eine stille Generation werden, eine Generation, die sich damit abfindet und es besser weiß als ihre Politiker, daß Deutschland von der Bühne der großen Politik abgetreten ist. Eine Generation, die sich auf das Überleben eingerichtet hat“ (S. 468 f.). Es scheint nur so, als wäre damit ausschließlich die deutsche Situation gemeint. Jenseits der zeitgeschichtlich-politischen Konkretheit haben die Entwicklungen „der epochalen Sozialstrukturen in anderen Gesellschaften einen ähnlichen Typ des Verhaltens herangebildet, was bei einiger Abstraktion von den jeweiligen nationalen Besonderheiten des zeitgeschichtlichen Schicksals und der sozialen Zusammenhänge recht eindringlich zutage tritt“ (S. 491). Zudem glaubt der Verfasser „aus verschiedenen Gründen, daß es auch eine Art ‚skeptische Generation‘ jenseits der Zonengrenze gibt, und daß gleiche Grunderlebnisse nur in zwei verschiedene soziale und politische Systeme eingegangen sind“ (S. 10). Da der Frage Ost - West in dem Buch ansonst nicht nachgegangen wird, muß dieser abrundende Hinweis genügen für die Feststellung: Die Soziologie — diese

Soziologie — lebt nicht mehr in der Stunde, da die industrielle Gesellschaft in der Weise als kritische erlebt und erfahren wurde (bei Marx wie bei Saint-Simon, bei de Maistre wie bei W. H. Riehl), daß der Pfeil über sie hinauswies in Richtung einer wie immer zu bestimmenden „positiven“ neuen Ordnung. Die technisch-industrielle Gesellschaft wird nunmehr als der vorgegebene Horizont des Lebens selbst erfahren. Sie wird insofern bejaht. Aber dieses „Ja“ ist nicht das des Entdeckers einer neuen Welt, nicht das des Baumeisters eines neuen Hauses, sondern das „fragend offene“ des Skeptikers, der sich abfinden muß mit den nun einmal nicht zu ändernden Umständen. Hinter der „methodischen“ Wertfreiheit der Soziologie Max Webers ist ganz mit Recht ein Zürnen vernommen worden, welches die alttestamentliche Prophetie so auslegte, daß Max Weber in diesem Spiegel zugleich selbst erkannt werden konnte. Der Ansatz unserer Sammlung selbstinterpretierender Aphorismen aus Schelskys Werk läßt eher einen Montaigne des Industriezeitalters erkennen — nobel wie der „feudale“, tolerant wie jener, in freier Überschau über das Vorgegebene so leidenschaftslos wie jener, nicht in den Konfessionen, Parteien usw. verharrend, sondern über ihnen stehend. Es handelt sich hier um bildhafte Redeweise, die ihre Grenzen in sich hat. Wir haben noch eine andere Aphorismensammlung zur Hand, die inhaltlich zu den als Selbstaussage empfundenen Partien bei Schelsky besser paßt als der formale Vergleich, der eben geführt wurde. Sie stammt aus jener amerikanischen Literatur, welche von der Dichtung bis hin zu dem ihr ganz nahe kommenden „großen“ Kriminalroman (à la Chandler) die industrielle Gesellschaft als ihren Lebenshorizont weiß, seine tragischen Tiefen zu ermessen wagt und seine Spannungen trotz durchgehend ironischer und skeptischer Haltung zu bejahen beginnt.

Diese skeptische Soziologie befragt nun die junge Generation auf ihr Wesen und ihr Sein. Sie tut das umständlich, sprachlich zuweilen geradezu gra-

vitätisch umständlich und in dauernder Reflexion auf die Art des Befragens selbst. Das eigentliche Auskunftsmittel ist ihr dabei die methodisch gesicherte Befragung, die das „Miterleben“ voraussetzt, sich aber auch in statistischen Zahlengruppen niederschlägt. Wir können nicht jeder der angeführten Enqueten — soviel sie uns bekannt sind und soviel wir sie — miterlebend! — zu prüfen vermochten — gleiche Sorgfalt nach rühmen. Insgesamt sind Fleiß, Umsicht und Scharfsinn der Befragungen ganz einfach anzuerkennen. Aber eines Umstandes muß dabei gedacht werden. Diese Befragungen geben Bewußtseinsinhalte nicht mit photographischer Treue wieder, sondern sie verändern sie zugleich. Die Art des Fragens setzt die Spannweite der Antworten. Anders noch: Der modernen Physik ist die Erfahrung geläufig, daß das experimentelle Befragen der atomaren Feinstruktur diese ändert. Frage und Antwort stehen da in einem Kontinuum, in einer Einheit, die kein Gegenüber kennt: die so beobachtete „Welt“ ist nicht objektivierbar. Wird der „Weg“ eines Massenteilchens beobachtet, so ist über seine „Form“ nichts auszusagen. In keinem neuen soziologischen Werke ist uns die Stilverwandtschaft des „Fragens“ da und dort so aufgegangen wie in dem neuen Buche von Schelsky. Die von ihm und seinen Freunden befragten „Massenteilchen“ geben immer nur perspektivisch Auskunft über ihre Situation. Und zwischen Frage und Antwort besteht eine Einheit, es gibt kein „Gegenüber“. Darin gerade besteht freilich die eminente Kraft der Veranschaulichung des Buches. Sie ist nicht die der Vergegenständlichung einer Aufgabe, nicht die der Kopie oder des Abbildes, sondern der Mitvollzug der Spannungen (und Spannungslosigkeiten) des gesellschaftlichen Lebens selbst, dem wir angehören und das wir mitvollziehen. Wir möchten den Verfasser geradezu um die Erlaubnis bitten, einen seiner Ratschläge mißachten zu dürfen. Schelsky schreibt: „Die . . . als Beweis und Faktenmaterial gedachten Ausführungen sind von uns in Kleindruck gesetzt worden;

wer also nur an dem Grundgedanken der Analyse interessiert ist, mag beim Lesen durch Überspringen dieser Passagen sich selbst die empirischen Details ersparen“ (S. 7). Hier muß der Verfasser besser verstanden werden, als er sich selbst versteht. Anlage und Interpretation dieser Partien des Buches gehören ganz wesentlich zu ihm. Das „Kontinuum“ wird so erst erfahrbar. Wir sind dann erst wirklich selbst einbezogen in die Untersuchung. Und daß sie uns mitumspannt — auch als „ältere Generation“, aber in Bezug auf die „junge Generation“ — ist ja doch wohl ein deutliches Anzeichen dafür, daß hier nicht „privat“ gefragt wird, sondern im Geschehen Geschehendes in seiner Wahrnehmung geformt wird und uns formt.

Aber hier ist nun auch zugleich eine Grenze des Buches wahrzunehmen. Die Einheit, das „Kontinuum“ von Frage und Antwort ist „zuhanden“. Es ist berweifelt worden, daß die skeptische Soziologie sie als „Skeptische Generation“ richtig beschreibt und deutet (vgl. die ausführliche Besprechung von Karl Korn in der FAZ vom 15. 2. 58). „Skepsis“, sagt der kluge Kritiker, „kommt aus autonomem Denken“. Schelsky beschreibt nicht Skepsis, sondern „Anpassung“. Was bei Schelsky z. B. als „Hobby“ beschrieben wird, „hat arbeitsähnlichen Charakter. Schelsky deutet auch das als Skepsis und meint damit, daß diese Jugend allem Idealismus gegenüber ungläubig geworden sei und — ja, was nun? Die Antwort kann doch nur heißen: . . . sich fügt“. Und somit dürfe „Schelsky nicht Skepsis nennen . . . , was Anpassung ist“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung a. a. O.). Im Zusammenhang damit wird Schelsky selbst zitiert: „Im Hobbysmus ihres Freizeitverhaltens löst die Jugend auf ihre Weise die Aufgabe der Reduktion der Stofffülle der modernen Welt (vor der die Bildungsanstalten weitgehend versagen), indem sie auch hier spezialisiert und die inneren und weitreichenden Personansprüche aller anderen Freizeitmöglichkeiten kategorisch abweist. Die anderen Interessen werden dann als konventionelle Bildungsinteressen mit-

geschleppt und veroberflächlicht und eben in der Verbraucherhaltung abgesättigt oder gar in Gleichgültigkeit neutralisiert“. Mit Verlaub: Das geschieht zwar nicht im Medium autonomen Denkens, aber einer Autonomie des Verhaltens, die eindrucksvoll genug erlebbar ist — und bei Schelsky ganz adäquat beschrieben wird. Zu Montaigne paßt das gewiß nicht — und nicht zu Erasmus und nicht zu antiker Skepsis. Es paßt hinwiederum sehr wohl zu allen diesen skeptischen Gestaltungen, als auch sie praktisch — Anpassungen waren! Gegenüberstellungen wie Luther - Erasmus und Montaigne - Pascal erhellen das sogleich. Wir würden meinen, daß Schelsky hier hellichtiger war, als sein Kritiker ahnt. Gern hätten wir das Kontinuierliche der Verhaltens-Skepsis — dürfen wir das so ausdrücken? — zu der heutigen Denkskepsis bei ihm mehr hervorgehoben gesehen. Sein Kapitel über „Oberschüler und Hochschüler“ ist insofern enttäuschend, als die Verbindung zu dem nicht gezogen wird, was Wilhelm Kamlah in einem zu rasch übergangenen Buche die „Profanität“ nannte. Es wäre von hier aus im übrigen ein weiterer Kreis zu beschreiben, in dem Paul Tillich mit seiner Interpretation der „in sich ruhenden Endlichkeit“ und (trotz ihres immer wieder zu betonenden tragisch-unvollständigen Charakters) die Thesen von Dietrich Bonhoeffer über die „mündige Welt“ ihren Platz haben. Aber es ist einem Schriftsteller nicht vorzuschreiben, wie weit er den Rahmen seiner Aussagen spannen will. Es kann aber von ihm und es muß ihm selbst gesagt werden, daß er hier nur im Rahmen des Vorgegebenen und des Zuhandenen bleibt. Der evangelische Christ, der von der Macht und dem Sog des „Hiesigen“ in dem von Schelsky beschriebenen Bereich einige Erfahrungen sammeln konnte, muß ihm sagen, daß das Heilsame nicht im „Kontinuum“ wohnt, sondern in dieses hineingesprochen, hineingetragen werden muß. Die konkrete Anrede setzt dann die Kenntnis der konkreten Situation voraus. Schelsky hat den Bereich der Jugendkrimi-

nalität, der Verwahrlosung usw. weitgehend aus seinen Untersuchungen ausgeklammert. Er tut dies bewußt. Und nochmals: einem Schriftsteller kann nicht vorgeschrieben werden, wie weit er seinen Rahmen absteckt. Er ist dennoch von der eigenen Anteilnahme am „Kontinuum“ her gezwungen, die Frage des „Halbstarkentums“ anzupeilen. „Die Ordnung stört die Jugendlichen. Diese vitalen, nicht programmierbaren Protestbedürfnisse der Jugend müssen sich gerade mit der Konsolidierung der industriellen Gesellschaft steigern. Ich erwarte eine ‚secessionistische‘ Jugendgeneration, gekennzeichnet durch eine Welle ‚sinnloser‘ Ausbruchsversuche aus der in die Watte manipulierter Humanität, überzeugender Sicherheit und allgemeiner Wohlfahrt gewickelten modernen Welt“ (S. 495). Die Erfahrung des skeptischen Soziologen läßt gerade und genau noch die Schilderung einer Gegenposition zu: „Das Bedürfnis, die Wirklichkeit der Welt in Spannungen und Belastungen zu erleben und diese in höheren Anforderungen der Selbstgestaltung zu bewältigen, als sie unsere Gesellschaft an die Jugendlichen stellt, muß deren Aktivität zunehmend aus sozialen und politischen Handlungsbereichen herausdrücken. Wenn überhaupt elitäre Reaktionen von der kommenden Generation zu erwarten sind, dann in Richtung moralischer oder religiöser Rigorositäten persönlicher Lebensgestaltung“ (S. 496 f.). Wohl gemerkt: die eine „Erwartung“ steht neben der anderen, wie eben positive und negative Ladung von Atomkern und Elektron nebeneinander und gegeneinander stehen, dem gleichen Phänomen zugehörig. Aber der Vergleich stimmt auch wieder nicht. Beides ist nämlich „Protest“ und insofern gegen einen Zustand gerichtet, dessen Horizontcharakter deutlich genug betont wurde. „Nichts wäre falscher, als diese Proteste gegen die soziale Anpassung als Vorboten radikaler politischer oder sozialer ‚Bewegungen‘ der Jugend zu deuten; gerade gegen diese Einplanung und Einarbeitung ihrer provokatorisch ausbrechenden Spontaneität in kollektiv-

organisatorische Kanäle richtet sich ja dieses Grundbedürfnis“ (a. a. O.). Das aber besagt: Diese Jugend ist ohne Berufung in dem Sinne, als sie nicht gerufen ist. Und um dies möglichst eindringlich zu demonstrieren, schließt das Buch (in einem vorskeptischen Sinne „jugendbewegt“) mit dem Gedicht eines unbekannten Jugendlichen an die Erwachsenen — „das die Züge des zeitlos Jugendlichen mit dem Erbe der ‚skeptischen Generation‘ verbindet und uns doch in vielem bereits das Wesen eines kommenden Geschlechts ahnen läßt“ (a. a. O.) Was aber ist das für eine Ahnung, die wortlos bleibt und deren letzter Ausdruck die halb sehnsüchtige, halb nihilistische Geste ist? Wenn wir schon arm sind an Hoffnung und an Sinnbezügen, sollen wir diese unsere Armut redlich und demütig eingestehen und sie nicht so nichtssagend orakelhaft drapieren. Das Gedicht des unbekannten Jugendlichen ist ein Ruf zur Buße und ein Anruf um Hilfe — auch in der Gefährdung der Selbstbespiegelung. So ist es ernst zu nehmen. Dieses Ernstnehmen deckt die Grenzen der Untersuchung Schelskys auf. Er zeigt uns „die Welt“ des Jugendlichen in ihrer heutigen Verfassung — und er weiß virtuos zu berichten. Weil er aber das Gegenüber zu dieser Welt nicht zu vollziehen vermag, bleibt sie im Bereich der skeptischen Auslegung und Anpassung!

Das Koordinatensystem, das Schelsky nicht entwirft, sondern vom Vorgegebenen her und in ihm sichtbar macht, war uns auch ohne sein Buch bekannt. Aber die Prägnanz, in der es hier beschrieben wird, ist schlechthin bewundernswert, auch wenn im einzelnen die Akzente anders gesetzt werden und wenn diese oder jene Wendung auch zu sachlicher Kritik aufruft. Dieser würde sich Schelsky denn ja auch zweifellos stellen. Wenn jetzt nur Eckpunkte des Koordinatensystems bezeichnet werden, so ist die damit gegebene Verkürzung der Perspektiven der gedrängten Schilderung und nicht dem Buche zur Last zu legen:

a) Für die vorindustrielle Zeit galt: „die Arbeitswelt, Öffentlichkeit und Staatlichkeit . . . war familienhaft

(S. 34). Für die industrielle Zeit (jene „moderne Gesellschaft, die durch Industrialisierung der Produktion, Bürokratisierung der Verwaltung, Vergrößerung der Siedlung — und Wohnweise . . . mit ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Großorganisationen und das durch die modernen Verkehrs-, Nachrichten- und Unterhaltungsmittel bestimmte Leben in ihr gekennzeichnet ist“ (S. 35) — für diese Zeit gilt: „Die noch vorhandene intime, ‚primäre‘ Gemeinschaft der Familie steht in einer familienfremd, wenn nicht gar familienfeindlich strukturierten sozialen Umwelt“ (S. 39).

- b) In dieser Situation prägen die „industriell-bürokratischen Arbeitsbedingungen . . . den als normal angesehenen Lebens- und Arbeitsstil unserer Zeit und schaffen die in unserer Gesellschaftsordnung dominierende Klasse der in abhängiger Arbeit stehenden ‚Diensttuender‘“ (S. 189). Die „an Eigeninitiative und Eigenverantwortung armen oder jedenfalls fachlich spezialisierten Arbeitsformen (bewirken aber auch) eine höhere und unindividuell normierte, daher zugleich nivellierte bürokratische Vorsorge für . . . wirtschaftliche und soziale Sicherheit . . ., die wiederum zu einem stark angenäherten Lebensstandard und weithin gleichförmiger Lebensgewohnheit in dieser Gruppe führt“ (S. 189). In dieser Welt ist der Jugendliche „nicht mehr bereit, sich einer patriarchalischen Ordnung seiner Arbeitsverhältnisse zu unterwerfen; er will nirgends mehr mit seiner ganzen Person in den Betrieb eingehen“ (S. 192).
- c) Ein „Produkt der für die industrielle Gesellschaft konstituierenden Trennung von Arbeitsraum und Heim der Familie“ ist „der Begriff ‚Freizeit‘“ (S. 326). Sie ist der „alltägliche Handlungsraum außerhalb der terminierbaren Arbeit“ und so sowohl der „Weg zur Arbeitsstelle über die häuslichen Verrichtungen, Mahlzeiten und persönliche Körperpflege bis zur Unterhaltung und

Geselligkeit und schließlich zum Schlaf“, als auch in nachdrücklicher Betonung „Freizeit“ für „jene Handlungen und Beschäftigungen, über die ohne Sachzwang individuell disponiert und nach persönlichen Wünschen verfügt wird“ (S. 327). Und diese Freizeit gewinnt mehr und mehr „Arbeitscharakter“ (S. 328), und wird gesellschaftlich relevant, wiewohl sie andererseits willentlich privatisiert wird, was wiederum nicht hindert, daß dies im Rahmen einer „lebensnotwendigen Konventionalität“ geschieht.

Die Einheit des Lebens ist also aufgespalten. Wie dies im einzelnen geschildert wird, welche Kritik da und dort anzumelden ist (z. B. auch an dem blassen und u. E. zum Teil verzeichneten Gegenbild der vorindustriellen Welt), stehe jetzt dahin. Die Koordinaten selbst sind nicht Konstruktion. Bedeutsam für unsere Fragestellung ist die Erörterung jeder der Sphären. Ein noch zu erwähnender Umstand nötigt dazu, vorerst bei der mittleren (der Arbeits- und „Berufs“-welt) anzuknüpfen. — Was da von Schelsky über die „Ungelernten“ und die Verwandlung ihrer Bedeutung in der sich entfaltenden Industriegesellschaft gesagt wird, ist reich an feinen und richtigen Beobachtungen. Der Ungelernte entspricht allein noch dem Bilde, „das etwa... Karl Marx vom Industriearbeiter schlechthin hatte und haben mußte: der wesentlich seine unqualifizierte körperliche Arbeitskraft in den Produktionsprozeß einbringende, ohne berufliche und soziale Aufstiegschancen in seiner Position fixierte, durch eine hohe Mobilität des Arbeitsplatzes und der Betriebszugehörigkeit sozial verunsicherte und in dem Mangel an echter Berufserfüllung sich selbst als Mensch durch seine Arbeit entfremdete Fabrikarbeiter“ (S. 214). Die neue Situation aber ist geprägt durch neue Bewertung von Lehre und Qualifizierung. „Damit entfällt für diese Jugend auch das Bedürfnis nach einer kompensatorischen ideologischen Selbstverteidigung ihres Sozialbewußtseins, wie sie einmal das proletarische Klassenbewußtsein . . . dargestellt hat“

(S. 215). Und nun folgt eine der Bemerkungen, die uns besonders aufhorchen ließen. Die Formen der „Lehre“ und der „Berufswahl“ sind in einer Umschichtung begriffen, welche mehr und mehr vorindustrielle Fragestellungen ausscheidet, durch diese aber auch noch blockiert wird: „Unter diesem Gesichtspunkt ist die besonders vom Luthertum ausgehende sittliche und innerlichkeitserfüllte Auffassung des Berufes im Sinne der Berufung (vocatio) als der sozialgeschichtliche Vorgang einer sekundären Rationalisierung zu verstehen, die überhaupt erst mit der Auflösung . . . altständischer Berufseinlenkungsverhältnisse ihre Kraft als sittliches Motiv einer freien Berufswahl gewann“ (S. 219). Das sei als Moment wirksam, insgesamt aber überspielt. „Der Bereich ‚Arbeit und Beruf‘ ist ein Lebensbezirk neben anderen geworden und hat seine universale Bedeutung für das Leben verloren“ (S. 266). Daher dann die Bedeutung der „Freizeit“. „Der Mensch verhält sich nun der Vielfalt und relativen Autonomie seiner Lebensbereiche gegenüber sozusagen verhaltens- und sinnkombinatorisch“ (S. 266). Und weiterhin sind deshalb „Feststellungen wie die, daß für die Jugend heute Arbeit und Beruf ‚nur‘ notwendige Übel zum Geldverdienen, ‚bloßer Job‘ usw. seien und man kaum noch die Sinn-erfüllung des Lebens durch die Arbeit in innerer Berufung oder als Verwirklichung der Person bei ihr finde, unangemessene Kategorien zur Beurteilung dieser Arbeitshaltung“ (S. 267 f.). Der „nüchternen Realisierung des Vertragsverhältnisses der Arbeit“ (S. 268) von seiten der Jugend gegenüber den Versuch zu machen, „sich auf ein Arbeitsmotiv festzulegen, . . . eine prinzipielle Arbeitsauffassung zu vermuten, etwa hinter ‚Last‘ und ‚Übel‘ die alttestamentarische Ergebung in den Fluch der Arbeit oder hinter ‚Erfüllung einer Aufgabe‘ die idealistische Berufshaltung (zu suchen), wäre völlig falsch, was die Kommentare zeigen“ (S. 272).

Mit Absicht wurde diese eine Linie aus der Vielfalt sonstiger Aussagen und Bestimmungen herauspräpariert, weil

sie zur eigenen Stellungnahme drängt. Diese hat zum ersten darauf zu verweisen, daß Schelsky's Kennzeichnung der lutherischen Berufsauffassung diese in einem späten und Übergangsstadium betrifft, da sie mit dem ursprünglichen Sinne der „Lehre“ kaum noch etwas gemeinsam hat. Das mußte von Schelsky nicht unbedingt gesagt werden, der Vermeidung von Mißverständnissen wegen wäre es gut gewesen, wenn es gesagt worden wäre. Aber es geht hier nicht um Theologie- oder Geistesgeschichte, sondern um etwas prinzipiell anderes.

Luther wußte davon, daß der Anruf Gottes (die „vocatio“) den Menschen da trifft, wo er gerade steht. Das heißt bei ihm: in seinem „Stande“. Sie betrifft ihn als Kuhmagd oder als Ratsherrn, als Lehrling oder als Mutter. Wo sie ihn trifft, löst sie ihn aus seiner Verkrampfung in sich (*incurvatio*) und öffnet ihn dem Nächsten gegenüber zur Begegnung, die gleichzeitig Geborgenheit bewirken kann. Dies aber geschieht nicht als innerweltlicher Vorgang von selbst, sondern im Anspruch des Menschen vom Worte Gottes her, der seine „natürlichen“ Haltungen aufbricht (zu denen die „imitatio“ der Berufung [*vocatio*] gehört). Dann erst wird ihm auch begreiflich, daß und wieso die Arbeit so „Last“ und „Übel“ wie andererseits Segen ist. (Daß die Kennzeichnung des alttestamentarischen Befundes bei Schelsky im übrigen journalistisch an der Oberfläche bleibt, ist ja wohl kaum zu bestreiten.) Das ist also keinerlei „Anpassung“ und „Konformität“, sondern das strikte Gegenüber einer innerweltlich nicht vorfindlichen Dimension zu dem innerweltlich Vorfindlichen. Nun kann hier die theologische Gegenwartsproblematik von Luthers Berufsauffassung nicht gleichsam anhangsweise vorgetragen werden. Sie ist weder in der ursprünglichen Gestalt noch in tradierten Zwischenformen für uns als solche ohne weiteres verwendbar. Sie bedarf der Erneuerung, die sie (der mönchischen Berufsauffassung gegenüber) bei Luther selbst erfahren hat: in Wahr-

nehmung des konkret Vorgegebenen ist zur biblischen Aussage zurückzukehren und von da erneut die Wendung zum Vorgegebenen zu vollziehen. Aber von dem gehorsamen Vollzug dieser Aufgabe gibt es für den evangelischen Christen keine Dispension. Das aber besagt, daß bei der Frage der „Berufung“ heute das gesamte Koordinatensystem in Verantwortung ruft und nicht der Arbeitssektor allein. Und von hier aus gewinnt dann ein erheblicher Teil der Aussagen Schelskys ein anderes Gesicht und Gewicht. Sie werden weder entwertet noch verfälscht. Fast könnte das Gegenteil gesagt werden: Die Not der Kreatur wird nun erst gespürt — und da ist Skepsis als Haltung des Betrachters unzureichend. Die skeptische Bewußtseinslage des Kritikers wieder von ihm Gemeinten überdeckt die Heillosigkeit der Situation. „Da er das Volk sah, jammerte ihn desselben, denn sie waren verschmachtet und zerstreut wie die Schafe, die keinen Hirten haben“ (Mt. 9, 36.) Das Erbarmen Christi erst läßt die Situation der „skeptischen Generation“ in dem Lichte erscheinen, da sie das Wagnis der Liebe in ihr fordert. In diesem Engagiertsein verändern sich dann z. B. die Aussagen über Verwahrlosung, Halbstarkentum und „elitäre Gruppen“ in Aufträge. Vom Auftrag her werden in der Situation dann auch Möglichkeiten gesehen, die der Skepsis verborgen bleiben. Welche Formbeziehungen zwischen den „Bloß Halbstarken“ und der im Schoß der selbst gewählten Ordnung verbundenen Gruppe bestehen, welche Transformationsmöglichkeiten damit gegeben sind, bleibt bei Schelsky ganz unerwähnt. Hier spüren wir eigene Erfahrungen einfach übergangen. Wir meinen aber, daß sie ganz eminent zur Sache gehören. Daß dies alles nach der Lektüre von Schelskys Buch deutlicher gesehen wird als vor ihr, verpflichtet zu Dank. Zu was es z. B. die Evangelische Sozialakademie insonderheit und konkret verpflichtet, soll gesondert dargestellt werden.

DIE PREDIGT IN DIE ZEIT

Wir wollen den Versuch wagen. Seit Jahren sind ernsthafte Bemühungen im Gange, den aus der Kirche emigrierten Menschen unserer Tage anzusprechen, ihn in seiner Verantwortung für die ihm zugehörige Gruppe und für die Gesellschaft zu stärken, ihn zum Urteil über sich und die anderen zu führen, ihn am Leben hier und dort zu beteiligen. Seit Jahren aber auch sind kirchliche Institutionen und gläubige Menschen an der Arbeit, diesen gehetzten, unruhigen, „degradierten“ Menschen heute von neuem mit der christlichen Botschaft zu konfrontieren. Wo stehen wir? Ist uns, die wir uns dieser Aufgabe verschrieben haben, Erfolg zuteil geworden? Haben wir, die wir uns Christen nennen, dem Bruder und der Schwester neben uns zu einem Halt verhelfen können, haben wir sie Christus zugeführt? Fragen, auf die es keine Antwort gibt, die man mit Zählen belegen könnte. Fragen aber auch, auf die im Grunde nicht wir selbst antworten können. Das ist unsere Not, das ist aber auch immer neue Verpflichtung.

Man muß den Soziologen die Wahrheit ihrer Feststellung zugestehen, die Welt sei immer mehr von pluralistischen Elementen geprägt. Wir wissen das, wir leben selbst in dieser Welt und spüren, wie wenig wir oft mit einer eigenen Entscheidung zur Veränderung der Situation beitragen können. — Man muß aber auch den Theologen beipflichten, die festgestellt haben, daß wir in einer gewissermaßen introvertierten Kirche leben und schaffen. Das wissen wir auch, weil wir uns dieser Kirche zugehörig fühlen und oftmals spüren, wie wenig Verbindungslinien es im Grunde gibt von denen, die sich zu Christus bekennen, zu denen, die von ihm nichts wissen oder nichts wissen wollen.

In diesem Heft haben wir die Frage der Sprache der Kirche angepackt. Es ist eine entscheidende Frage, von deren Beantwortung vieles abhängt für die Wirksamkeit der christlichen Botschaft in der Welt heute. Und darum geht es auch in unserer neuen Reihe „Die Predigt in die Zeit“, die wir mit diesen Zeilen ankündigen und eröffnen. Wir suchen nach Formen der Verkündigung, denen sich der Mensch der industriellen Welt öffnen kann, weil sie seine Formen zu werden vermögen, weil sie von ihm zu akzeptieren sind. Es ist eine feste Absicht mit den Veröffentlichungen in dieser Reihe verbunden: die Mitarbeiter in den Evangelischen Akademien, in den Studentengemeinden, in den Bildungs- und Tagungshäusern der Männerarbeit, der Frauenarbeit und der Jugend, in den Gemeindekreisen, ja die Gemeindepfarrer selbst wollen wir hinweisen auf Versuche, die in der Neuformung sprachlicher und gestaltender Elemente des Gemeindelebens lebendig geworden sind. Und wir wollen mit eigenen Beiträgen beteiligt sein.

Die Sozialsekretäre, die während des Sommerhalbjahres 1957 zur Ausbildung in der Evangelischen Sozialakademie waren, haben zusammen mit dem Leiter ihres Lehrganges an dieser Aufgabe gearbeitet. Es ging um die Andachten. Das war ein hoffnungsvoller Beginn. Wir haben deswegen Pfarrer Hans Schulze gebeten, zunächst in diesem Heft seine grundsätzlichen Gedanken zum Problem der Andachten vorzutragen, und wir werden im April die von einem Team der Sozialsekretäre für eine Woche gestalteten Kurzandachten im Wortlaut veröffentlichen. Unsere Aufforderung, an dieser Reihe und an der Beantwortung der hier gestellten Aufgaben mitzuwirken, gilt allen den Lesern, die mit uns an der Arbeit sind.

DAS PROBLEM DER ANDACHT

Der Christ lebt mit einer unsichtbaren Realität: der Person des Auferstandenen; er bezieht sich damit auf etwas, das außerhalb des durchgängigen Zusammenhangs des Weltganzen steht. Ob es ihm gelingt, das festzuhalten, davon hängt die Gesundheit seines Glaubens ab. „Bleibet in mir und ich in euch“ — das

bedeutet, sich immer wieder herauszunehmen aus dem Geflecht der Verantwortlichkeiten, Verpflichtungen und Tätigkeiten und auf Christus zu konzentrieren. Der Umgang mit den Dingen, „in, mit und unter“ denen Christus zu finden ist, bedarf einer Übung: dem Schriftwort, dem Gebet, der Gemeinschaft der Christen. Dabei erleben wir eine Umbruchsituation: die traditionellen Andachtsformen sind oft insofern fragwürdig, als sie für viele den geforderten Dienst nicht leisten, nämlich den Zusammenhang mit dem Leben des Auferstandenen herzustellen. Ihre Stereotypität hat ein bestimmtes Mittelmaß ergeben, das zwar denjenigen zu bergen vermag, der von Jugend auf in diesen Formen wohnt, oder — durch bestimmte Erlebnisse angeleitet — sich eingewöhnt hat. Viele verweigern indessen die notwendige Erziehung zu den Formen; für diese anderen sind sie „schlechte Wärmeleiter“. Wir erfahren so die untergeordnete, dienende Rolle des Formalen im Gottesdienst. Die Gelegenheiten erfordern eine größere Flexibilität; alles kommt darauf an, ob und wie das geheime Leben Jesu Christi erfahren und mitgeteilt werden kann. Niemand wird Gewachsenes aufgeben wollen; so wichtig Kontinuität ist, wo alles ins Gleiten kommt: es wäre unreformatorisch, die Ordnungen als *conditio sine qua non* betrachten zu wollen. Alles ist auf seine Diensttauglichkeit zu befragen.

Grundsätzlich bestimmt sich die Form eines gottesdienstlichen Geschehens einerseits vom Inhalt, von der Aussage, vom anredenden Gott her, andererseits vom Angeredeten und seiner Situation. Nach einem Wort Luthers ist der Gottesdienst ein Zwiegespräch, in dem Gott mit uns redet durch sein Wort und wir ihm antworten mit Gebet und Lobgesang. Da die Andacht größere Freiheit gestattet als der Gottesdienst, läßt sich fordern, daß das Rechte für den Spezialfall gefunden werde. Im Folgenden soll versucht werden, vom gewohnten Schema abzuweichen und gewisse Möglichkeiten in größerer Variationsbreite anzudeuten. Dabei beschränken wir uns auf das Grundsätzliche und lassen das Konkrete unausgeführt.

Der Einzelne

Das Wesen der persönlichen Andacht ist das Alleinsein mit Gott. Mein Leben soll von dieser Mitte her Gestaltung erfahren. Es ist legitimes neutestamentliches Anliegen, Gebiet um Gebiet meines Lebens vor Gott zu stellen, von seinem Wort durchleuchten zu lassen und seinem Willen zu überantworten. Der Sinn der persönlichen Andacht ist also nicht das Gewinnen einer Minimaltheologie, sondern meine Konfrontation mit Gott, das Hören auf ihn, das Reden mit ihm. Dabei werde ich Gottes Gegenüber; damit wird die menschliche Urbestimmung realisiert. Die unerläßliche Voraussetzung, die Stille, die freie Zeit dafür, muß herausorganisiert werden; sie ergibt sich heute nicht von selbst. Die störungsfreie Zone ergibt sich am besten am Morgen. Es ist wichtig, eine bestimmte Weise des Umganges mit der Bibel, mit dem Gebet, mit Hilfsmitteln wie Gesangbuch oder Meditation zu finden und ihr treu zu bleiben. Sie gewinnen neue, veränderte Gestalt in dem Maße, als sich ein persönliches Glaubensverhältnis zu Christus aufbaut.

Die Familie

Das Wesen der Familienandacht wird bestimmt durch die Gemeinsamkeit der Ehegatten, durch das Zusammensein der Eltern mit den Kindern. Sie wohnen in einem Haus, sie sitzen um einen Tisch, an den sie Jesus zu Gast bitten. Da-

durch erhält diese Gemeinschaft eine innere Mitte. Sie wird durch die Anwesenheit Jesu geheiligt — und eben damit ermöglicht; die Gemeinschaft wird krisenfester, Versöhnungsmöglichkeiten ergeben sich, „das Geheimnis des Herrn ist unter denen, die ihn fürchten“. Der Morgen- und der Abendsegens, das Tischgebet werden gebetet. Wichtig ist äußerste Kürze um der Kinder willen. Dazu kann auch das Losungsbüchlein helfen. Der Nachdruck liegt nicht auf der Schriftauslegung, sondern auf dem Gebet. Es ist gut, wenn die Familie darüber hinaus noch einen geheimen Rückhalt in dem gemeinsamen Gebet der Eltern hat.

Die Bruderschaft

Durch die evangelische Christenheit geht ein Streben nach Orden und Bruderschaft (Brüder von Taizé, Marienschwesternschaft in Darmstadt, Michaelsbruderschaft, Brüder vom gemeinsamen Leben usw.). Die Wurzel jeder Bruderschaftsbildung liegt in dem Vorbild des Zwölf-Apostel-Kreises. Die gemeinsamen Andachten einer Bruderschaft bilden die Mitte der *vita communis* (vgl. Bonhoeffer: „Gemeinsames Leben“). Sie tragen den einzelnen und halten ihn unabhängig vom Wechselspiel der Zeit und seinem besonderen Dienst; sie schließen gliedschaftlich zusammen. Sie werden in der Regel bestimmt sein von dem besonderen Auftrag, den eine Bruderschaft hat. Hier werden das gemeinsame Psalmgebet, die gemeinsame Meditation, das sakramentale Leben wieder eingeübt. Wichtig ist, daß die Sonderformen, die sich herauszubilden beginnen („Stille Zeit“, „Deutsche Messe“ usw.) sich nicht so ausgestalten, daß sie sich dem gottesdienstlichen Leben der Gesamtkirche entfremden.

Missionarische Gruppen

Jeder missionarische Dienst hat vom Gegenüber auszugehen und übt insofern eine „Entäußerung“; er muß das Gegenüber „abholen“. So ist hier grundsätzlich keine Ordnung zu wahren; man muß von außen heranzuführen und viel Geduld haben, geistliches Leben aus den Anfangsstadien zu entwickeln. Man geht am besten von einem profanen Thema aus, das deshalb interessiert, weil es eine Frage präsentiert, die der Bewältigung bedarf. Damit wird das Wort der Schrift konfrontiert („Was sagt die Bibel dazu?“). Es ergibt sich häufig ein Verzicht auf eine regelmäßige Andacht, die den Tag beginnt oder beendet. Wird sie gewagt, weil die Kirche auch in diesem besonderen Falle auf die Elemente ihres geistlichen Handelns nicht Verzicht leisten will, dann muß die Teilnahme im Bewußtsein aller Eingeladenen unbedingt eine völlig freiwillige sein. Auch in einer gottesdienstlichen Ansprache wird man den Weg „vom Leben zum Wort“ wählen, nicht umgekehrt; Gebete kurz halten.

Die Gemeinde

Das Wesen einer Gemeindeandacht liegt darin, daß sie öffentlicher Gottesdienst ist. Daraus ergibt sich eine gewisse Strenge der Ordnungen, die bei periodisch wiederkehrenden Gelegenheiten nicht immer gewechselt werden können. Hier hat der Reichtum der gewachsenen Liturgie seinen Ort. Ein ungehobener Schatz liegt in der Möglichkeit, Gebetsgottesdienste, Vespere usw. zu halten. Es muß nicht immer geredet sein! Eine Andacht, welche die Anbetung, den Lobgesang, den stillen Sakramentsempfang in den Mittelpunkt stellt, also gerade das

Objektive betont, hat etwas ungemein Anziehendes gerade für den Menschen unserer Tage, der sich oft danach sehnt, in gültigen Formen ruhen zu können, ohne daß gepredigt wird.

Die Kerngemeinde

Die Rede ist von den Dienstbruderschaften, die sich in der Mitte einer jeden gesunden Gemeinde befinden sollten. Sie müssen sich verstehen von ihrem Dienst in und an der Kirche. Jede Selbstpflege würde sie unfruchtbar machen. Hier sind Gaben des Hl. Geistes zu verwalten und in ihrer Vielfalt einzusetzen (Eph. 4, 15 f.). Das geistliche Leben ist Gemeinschaft unter dem Wort und Gebetsgemeinschaft. Hier ist der Ort für die ausführliche Bibelarbeit, für theologische Schulung. Hier können Erfahrungen über das Baugefüge der Gemeinde, über persönliche Führungen, über erfahrene und gespendete Seelsorge ausgetauscht werden. Ein solcher Kreis darf nicht Rücksicht nehmen müssen auf Anfänger im geistlichen Leben; hingegen wird er sich dauernd zu prüfen haben, ob er nicht einseitig geworden ist, ob wirklich alle für diesen Dienst möglichen und nötigen Frömmigkeitstypen vertreten sind: das „unbequeme brüderliche Gegenüber“ (v. Bismarck) muß gewahrt bleiben.

Akademie, Lehrlingswohnheim und andere Hausgemeinschaften

Eine Ordnung des geistlichen Lebens in einem solchen Haus hat zu bedenken, daß es sich teils um eine Missionsstation mitten in der modernen Welt, teils um eine christliche Hausgemeinschaft handelt. Die Spannung beider Pole muß aufrechterhalten bleiben; nie kann das eine in das andere aufgelöst werden. Möglichkeiten: a) Die Andacht als kurzer Gottesdienst, der „unbekümmert“ in die Welt hineingestellt wird. Dem Kirchenfremden wird die Möglichkeit geboten, mit der Kirche eine Begegnung zu haben. Ausgegangen werden kann entweder von der „Kirchenjahreslese“, deren Texte Variationen des Wochenspruches darstellen; oder von der fortlaufenden Bibellese; oder schließlich von einem einzelnen Satz, etwa der Tageslosung. Keine langen Predigten, keine Evangelisationen; hingegen großen Wert legen auf die Gestaltung des Andachtsraumes. b) Die Andacht als Möglichkeit für das missionarische Wort (vor allem bei länger dauernden Tagungen), vgl. das oben Gesagte. Man kann es so machen: einen möglichst vielgestaltigen Kreis bilden, welcher ein gut ausgewähltes Thema durchdenkt; ein kleines Team bietet jeden Tag eine Botschaft daraus, in welche die biblischen Texte eingeblendet sind. Die Hörer sitzen in Hufeisenform; Gebet am Schluß und ganz kurz. Denkbar auch als einfache Stille nach einem Bibelwort am Anfang. Gesamtdauer nicht länger als zehn Minuten. c) Das innere Leben des Hauses muß von einem Kernkreis getragen werden, der vor allem den Mitarbeitern Rückhalt und Bruderschaft bietet. Dafür reicht die tägliche Andacht nicht aus. Eine eigene Bibelstunde für Mitarbeiter (etwa vierzehntägig) ist notwendig, ab und zu auch Gottesdienst (mit hl. Abendmahl) im Haus. Wichtig ist dabei, die Verbindung zur Ortsgemeinde und ihrem gottesdienstlichen Leben zu halten.

Hans Schulze



Hans Dombois, Ordnung und Unordnung in der Kirche. Johannes Stauda-Verlag, Kassel 1957. 136 S., kart. DM 6,20.

Hans Dombois hat in den letzten Jahren immer wieder mit seinen scharfsinnigen und tiefbohrenden Vorträgen und Veröffentlichungen Aufsehen erregt. Mit umfassenden theologischen Kenntnissen wendet sich dieser beschlagene Jurist vornehmlich solchen Bereichen zu, in denen Kirche und Recht einander durchdringen. In dem vorliegenden Büchlein finden sich deshalb Abhandlungen, die sich mit folgenden Themen befassen: „Altkirchliche und evangelische Kirchenverfassung“; „Bekenntnis und Ordnung“; „Die apostolische Sukzession als rechtsgeschichtliches Problem“; „Bischof und Diözese“; „Um die Ordnung der Gemeinde“; „Kirchenrechtliche Bemerkungen zum Papsttum“; „Staat und Kirche nach evangelischem Verständnis“ und „Betrachtungen zur Soziologie der Kirche“.

Dombois wendet sich an Leser, die bereit sind, die große geschichtliche Aufgabe der Neuordnung der Kirche in Freiheit von traditionellen Denkformen aufzunehmen. Er gibt sehr beherzigenswerte Anstöße und entlarvt zahlreiche protestantische Vorurteile. — Die Kritik an der römisch-katholischen und an der protestantischen Kirchenverfassung ist vom heutigen Betrachtungsort aus hervorragend und weithin überzeugend. Es fragt sich nur, inwiefern die römische und auch die protestantische Kirchenverfassung Fehlentwicklungen und nicht notwendige Inkarnationen der Kirche für verschiedenartige Epochen sind. Jede Inkarnation ist ein Eingehen in die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und geistesge-

schichtlichen Verhältnisse einer bestimmten Zeit. Der kirchenrechtliche und dogmatische Niederschlag einer solchen Gestaltwerdung der Kirche hat deshalb die Tendenz, im Wandel der Epochen „stehenzubleiben“ und unter den veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr das reine gegenwartsbezogene Evangelium ausdrücken zu können. Aus dem gleichen Grunde kann auch der restaurative Rückgriff auf die Ordnung und Verfassung der alten Kirche das Dilemma nicht beseitigen, in welches die Evangelische Kirche heute hineingeraten ist. Der von Dombois in vielen Punkten aufgezeigte Strukturunterschied zwischen der alten Kirche und den Kirchen der Reformation hilft, den Weg freizumachen zur Neukörperung der Kirche und ihrer Rechtsverfassung in der Gegenwart.

Hans Storck

Johann Christoph Hampe, Dein Tag bricht an. Herausgegeben im Auftrage von Reinold von Thadden-Trieglaff. Kreuz-Verlag, Stuttgart 1958 (4. Auflage). 384 Seiten, Leinen DM 12,80.

Es ist dem Kreuz-Verlag zu danken, daß er in den letzten Jahren mehrmals Bücher vorgelegt hat, die dem oftmals gehetzten Menschen unserer Tage einerseits durch die Kürze der Beiträge das Lesen erleichtern, andererseits aber auch mit erfreulichem Mut und viel Können die entscheidenden Fragen unserer Zeit anpacken. Wenn man das nun schon in 4. Auflage erschienene Werk von Johann Christoph Hampe in die Hand nimmt, wird man sofort erinnert an ähnliche, in der Tat bedeutsame Bücher, an „Verantwortung für den Menschen“ (1957); „Da ich's wollte verschweigen“ (1956); „Der mündige Christ“ (1956). Die Initiatoren dieser Bücher, die alle in enger Verbindung zum Deutschen Evangelischen Kirchentag stehen, haben alle jene Bereiche unseres Lebens abgeschritten, die sich der Kirche von neuem als ein fruchtbares Arbeitsfeld aufgetan haben.

Das typographisch und drucktechnisch hervorragende Werk, das hier besprochen wird, wendet sich vornehmlich an die Jugend und ist in vorzüglicher Weise als ein Geschenk zur Konfirmation geeignet. Hampe hat eine Fülle von Beiträgen aus der Feder bedeutender und bedeutsamer Autoren wie Manfred Hausmann, Heinrich Giesen, Gerhard Brennecke, Heinrich Bornkamm, Hans-Jürgen Schultz und Hugo Hartung gesammelt, die dem jungen Menschen in liebevoller Weise Einblicke in seine Situation vermitteln. „Wer bist

Du?“ ist der erste Hauptabschnitt überschrieben, „Wo bist Du denn?“ der zweite. „Woher kommst Du?“ nennt Hampe das dritte Kapitel, und das vierte „Und wo gehst Du hin?“. Wir haben kürzlich an dieser Stelle das Kleine Bildungsbuch von Herder besprochen und dabei vermerkt, wie traurig es doch sei, daß wir Evangelischen nicht etwas ähnliches vorzulegen hätten. Nun, „Dein Tag bricht an“ entspricht nicht ganz den Erwartungen, die wir in ein dem Herderschen Bildungsbuch entsprechendes lexikon-ähnliches Werk setzen würden, aber es ist ein erfreulicher und mit vielen guten Vorzeichen versehener Schritt auf dem Wege.

Der gewaltige Vorteil des Buches scheint uns darin zu liegen, daß es mehr — als dies ein Lexikon vermag — der Mentalität des jungen Menschen entgegenkommt in Wort und Bild und vor allem in der Länge, oder besser in der Kürze der Beiträge. Meisterwerke der Fotografie sind die Aufnahmen, die ganzseitig, die Aussagen illustrierend, das Buch beleben. Eine herzliche Empfehlung all denen, die junge Menschen auf ihrem Weg weiterführen wollen, das Buch zu kaufen. Es lohnt.

Günther Windschild

Der Staat und die Verbände. Herausgegeben von Wilhelm Beutler, Gustav Stein und Helmut Wagner im Auftrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Heidelberg 1957. 84 Seiten, kartoniert DM 8,50.

Diese Broschüre enthält die Referate und wesentlichen Diskussionsbeiträge eines Gesprächs zum gleichen Thema, das der Bundesverband der Deutschen Industrie am 27. März 1957 in Köln abgehalten hat. Im Mittelpunkt der Begegnung standen zwei Referate von Professor Dr. Ulrich Scheuner und Professor Dr. Werner Weber. Beide beschäftigen sich vor allem mit der soziologischen Fragestellung des Problems. Sie kommen — abgesehen von individuellen Unterschieden in der Beurteilung der Situation — zu einem Consensus, wenn sie meinen, daß heute die Verbände auf dem Wege sind, Staaten im Staate zu werden. Vor allem Scheuner meint, daß die Aktivität der Verbände keineswegs auf das sogenannte Lobbying beschränkt sei, sondern durch Abgeordnete bis in das Parlament und seine Ausschüsse hineinreiche. Scheuner kommt von daher zu dem Schluß, daß eine Lösung der anstehenden Fragen der politischen Willensbildung schlechthin nicht von einer Institutionalisierung der Verbände zu erwarten sei.

Weiten Raum nehmen ausgewählte Diskussionsbeiträge in dem Bändchen ein. So interessant jedem von uns das Miterleben der Diskussion ist, so wenig neu ist jedoch vieles, was gesagt wird. Nur wenige Aussagen führen wirklich weiter; so etwa die Forderung des Tübinger Professors Theodor Eschenburg, vordringlich müsse eine stärkere Pflege der politischen Sitte in Angriff genommen werden. Sie nämlich sei durch den Einbruch in die Moral, der im Dritten Reich erfolgte, in erheblichem Maße beeinträchtigt worden. Ausgesprochen bemerkenswert erschien auch die Äußerung von Dr. Fritz Hellwig, dem Leiter des Deutschen Industrieinstituts, zur Frage der industriellen Vertretung in den Parlamentsausschüssen. Hellwig hält es für falsch, die Parlamentsausschüsse fast ausschließlich mit sogenannten Experten zu besetzen. Er plädiert für das öffentliche „Hearing“-System der Anhörung der Verbandsvertreter vor den Ausschüssen. Dem Leser wird das Studium des Anhangs der vorliegenden Publikation empfohlen, der eine Übersicht über institutionelle Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaftsverbänden im Ausland bringt.

Günther Windschild

Richard Gaettens, Inflationen. Das Drama der Geldentwertungen vom Altertum bis zur Gegenwart. Richard-Pflaum-Verlag München, 2. Auflage, 4. bis 6. Tausend, 1955/1957, 324 Seiten. Ganzleinen 17,50 DM.

Adolf Wagner, der Altmeister der deutschen Finanzwissenschaft, warf dem Rechtsstaat, der sich in einer Notlage mit einer Verschlechterung seiner Währung hilft, Raub und Betrug vor. Hjalmar Schacht sprach auf der Höhe der deutschen Inflation 1923 von dem „dauernd verübten fahrlässigen Währungsbetrug des Reiches“. Und vor kurzem hat ein so kluger, freiheitlich und rechtsstaatlich denkender Mann wie Alexander Rüstow in Heidelberg von der Inflation als „jenem schweren Sozialverbrechen“ gesprochen, „das schon zweimal an uns begangen wurde und dem vor allem unser kulturtragendes Bürgertum zum Opfer gefallen ist“.

Das sind Urteile über eine Vergangenheit, die von den Älteren unter uns bewußt miterlebt wurde und die ihre sozialstrukturellen und sozialetischen Verheerungen bis heute hinterlassen hat. Die Lehren dieser Vergangenheit drücken sich auch in jenem starken Unbehagen aus, das der normale deutsche Staatsbürger gegenüber dem von 1950 bis 1957

eingetretenen Kaufkraftschwund der deutschen Mark von etwa (mindestens) 20 Prozent empfindet. Denn wir sehen uns damit in den Prozeß der „schleichenden“ Inflation einbezogen.

Seit 1917 haben sich deshalb die sozial-ökonomische Theorie, die besondere Währungstheorie, die Finanzwissenschaft (von Bruno Moll bis zu Fritz Terhalle) und die Bankpolitik mit den Erscheinungen der Kaufkraftschwankungen und der Inflation befaßt. Sie haben für den Bereich der Wissenschaftler und Politiker vieles geklärt. Man braucht dafür nur das Stichwort „Inflation“ im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (1956) nachzulesen. Eine Untersuchung der Juristen über Rechtsstaat und Geldwertschwund scheint noch auszustehen.

Mit dem Werk von Richard Gaettens „Inflationen“ ist aber einem anderen entscheidenden Bedürfnis des Wissenschaftlers und Praktikers, des Historikers, Politikers und Sozialethikers entsprochen worden. Wohl haben die modernen sozialgeschichtlichen Werke — ich denke etwa an Heinrich Bechtels „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands“ (3 Bände von 1951 bis 1956) — die Fragenkreise des Geldwesens und der Inflation in dankenswerter Weise in ihre Untersuchungen einbezogen. Aber das sozialgeschichtliche Standardwerk über die Geldkatastrophen der Vergangenheit fehlte uns bisher. In dem hier besprochenen Buch, das auf Vorlesungen an der Universität Heidelberg zurückgeht, liegt es vor. Es ist die „Geschichte der Inflationen“ — nicht aller, aber der wichtigsten und folgenschwersten. Mit vollem Recht trägt es seinen Untertitel: „Das Drama der Geldentwertungen vom Altertum bis zur Gegenwart“. In 12 Kapiteln verfolgt der Leser den Zusammenbruch des römischen Münzwesens im dritten nachchristlichen Jahrhundert, die Zeit der Schinderlinge um 1460, der Velloinflation in Kastilien von 1599 bis 1660, der Kipper und Wipper von 1618—1623, John Law's und der französischen Finanzmisere nach dem Tode des Sonnenkönigs Ludwigs XIV., der schwedischen Geldkrise unter Karl XII. und seinem Finanzberater Baron von Götz. Die Dramatik des Geschehens wächst, je näher man auf die Gegenwart zuschreitet: Die Finanzierung des Siebenjährigen Krieges durch Friedrich den Großen, die (auch in Goethes Faust II behandelten) Assignaten der Französischen Revolution, die Inflationen im Gefolge der Napoleonischen Kriege, die Geldkrisen in der Neuen Welt und schließlich die beiden deutschen Inflationen des 20. Jahrhunderts. Letzteren sind 62 Seiten ge-

widmet, unter Beachtung der meisten erreichbaren Quellen.

Das Buch ist in einer sorgfältig gewählten, sauber abgewogenen, allgemein verständlichen Sprache geschrieben. Es ist durch Münztafeln, Bilder, Statistiken und statistische Kurven belebt. Die Kenntnisse des Geld- und Münzgelehrten, des Bankmannes und des Wirtschaftshistorikers sind in glücklichster Weise vereint. Ein solches Werk, bereits zwei Jahre nach dem Erscheinen in 2. Auflage vorliegend und in der Übersetzung in mehrere Fremdsprachen begriffen, hat ein Recht auf stärkste Beachtung und weite Verbreitung. Es ist eine ernste Gewissensfrage an die Politiker und Juristen zu dem Thema Rechtsstaat und Sicherung der Kaufkraft; eine Mahnung an die Parlamente, an die Verantwortlichen in den Kreditbanken, der Zentralbank, den Finanzministerien und den Schlüsselpositionen der Sozialpartner; ein hochwertiges Hilfsmittel auch für alle in besonderen sozialetischen Verpflichtungen Tätigen.

Die unmittelbarste Gegenwart selbst ist es, die uns unüberhörbar zuruft: „Wir Deutschen haben allen Grund, die Vergangenheit nicht zu vergessen und im Glücksgefühl der überstandenen Katastrophe die Lehren der Geschichte nicht in den Wind zu schlagen.“

Martin Donath

J. A. C. Brown, Psychologie der industriellen Leistung. Verlag Rowohlt, Hamburg 1956, 167 S., broschiert DM 1,90.

Peter R. Hofstätter, Gruppendynamik. Verlag Rowohlt, Hamburg 1957, 195 S., broschiert DM 1,90.

In Rowohlts „deutscher enzyklopädie“ stehen eine Reihe aufschlußreicher und wertvoller Abhandlungen sehr preiswert zur Verfügung. Zwei der bisher veröffentlichten Bände sind dabei nicht nur für den soziologisch und psychologisch Interessierten, sondern auch für den Gemeindepfarrer und kirchlichen Mitarbeiter von besonderer Aktualität.

Browns „Betriebspsychologie“ gibt eine brauchbare Einführung in die Situation und Verhaltensweise der Menschen im Industriebetrieb. Dabei wird die Bedeutung der verschiedenen den Betrieb bestimmenden Gruppen herausgearbeitet und die erfreuliche Tatsache mitgeteilt, „daß es leichter ist, das Verhalten einer Gruppe zu ändern als die zu ihr gehörigen einzelnen“ (S. 48).

Wenn diese Erfahrung stimmt — und es gibt manches, was dafür spricht —, dann

ergeben sich hieraus sehr weitgehende Konsequenzen für die Mission und die Gewinnung von Arbeitnehmern für die Teilnahme an den Veranstaltungen der Kirchengemeinde.

Ein ähnliches Gewicht besitzt Hofstätters „Gruppendynamik“. Nach einer überzeugenden Widerlegung „der Legende von der Massengesellschaft“, in der wir angeblich leben sollen, bietet Hofstätter zahlreiche Ergebnisse und Analysen, die sich

mit dem internen und externen Verhalten der Gruppe beschäftigen. Einsetzend bei dem Leistungsvorteil der Gruppe werden die Wirkungen des Nebeneinander und Miteinander, die Theorie der sozialen Gewißheit sowie die Frage nach Rang und Ansehen behandelt. Jedes Mitglied und jeder Leiter einer Gruppe oder eines Gemeindekreises findet in diesem Band weiterführende Hinweise und klärende Durchblicke.

Hans Storck

„Verwaltung“ oder Selbstverantwortung?

Anmerkungen zu Martin Donath's Stellungnahme

Martin Donath hat im Januar-Heft zu dem Diskussionsbeitrag aus der Feder Wolfgang Kellner's zu seinem Aufsatz „Selbstverantwortung in der technischen Gesellschaft“ (DIE MITARBEIT, Juli 1957) das Wort genommen und damit die erste Phase des Gesprächs abgeschlossen. Es mag manchen unserer Leser verwirrt haben, daß wir den Schlußabsatz des Beitrages von Wolfgang Kellner erst im Februar gebracht haben, obwohl wir meinen, daß wir mit dieser Veröffentlichung bereits in die zweite Phase der Diskussion eingetreten sind, in den Teil des Gespräches nämlich, der zu den aus dem Für und Wider der Meinungen resultierenden Folgerungen führen sollte. Im vorliegenden Heft setzt sich zunächst nochmals Wolfgang Kellner mit den von Martin Donath veröffentlichten Thesen auseinander; wir beabsichtigen, in weiteren Heften auch andere Autoren zum Wort kommen zu lassen.

Ich stimme Martin Donath darin zu, diejenigen Fragen nach Möglichkeit auszuklammern, in denen wir übereinstimmen, obwohl hierdurch die unterschiedlichen Meinungen naturgemäß stärker hervortreten und ein Leser, der diese Ausklammerung nicht beachtet, den Eindruck einer Gegnerschaft gewinnen könnte, der der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Im Gegenteil stimmen Martin Donath und ich nicht nur in der Zielsetzung überein, wie er selbst schon ausführte, sondern auch in Einzelheiten mehr als er annimmt. Freilich ist es nicht gut möglich, auf kurze Bemerkungen zu Abschnitt I seiner Stellungnahme zu verzichten.

I/1. Ich habe auch den ersten Abschnitt des Juli-Aufsatzes von Martin Donath aufmerksam gelesen, in dem er hervorhebt: Jeder soll seine Last tragen. Aber im zweiten Abschnitt heißt es: „Der Wandel der Welt setzt der Selbstverantwortung und den Möglichkeiten der Selbsthilfe engere, vielleicht sehr enge Grenzen.“ Auf diesen Satz läßt er den Hinweis auf die Einengung der Verantwortung des Arbeiters durch die betriebliche Hierarchie und auf die Möglichkeit des Ausgleichs außerhalb des Betriebes fol-

gen. Hierdurch wird der erste Abschnitt seines Juli-Aufsatzes stark entwertet. Bevor man der Sozialpädagogik die Aufgabe zuweist, die Unvermeidlichkeit der Einengung der Selbstverantwortung einsichtig zu machen, muß genau und im praktischen Betriebe untersucht werden, in welchen Grenzen sie wirklich unvermeidlich ist und ob man sie nicht erweitern kann.

I/2. Gerade ich habe in einem Referat auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Baden in Herrenalb im März 1957 unter Hinweis auf „Die christliche Ethik“ von Adolf Schlatter es abgelehnt, „die Herstellung der Gleichheit“ als Aufgabe christlicher Sozialpolitik zu betrachten. Aus dem dritten Teil von Martin Donath's Juli-Aufsatz, der sich offensichtlich auf diese Tagung bezieht und den Ausdruck „die Herstellung der Gleichheit“ durch Führungszeichen hervorhebt, war eine solche Ablehnung nicht klar ersichtlich. Ich freue mich, nun aus seiner Stellungnahme zu entnehmen, daß wir übereinstimmen; aber ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen nicht als ein bloßes Quantitätsproblem („Wem

viel gegeben ist, von dem wird auch viel gefordert“) betrachte.

I/3. Auch ich glaube, daß es um der Menschen willen nötig ist, mit „letztem Ernst“ um die Erhaltung, Neubelebung und Ausweitung des Spielraums für menschliche Freiheit und Verantwortlichkeit zu kämpfen. Ich habe an vielen Tagungen vieler Evangelischer Akademien und des Arbeiterwerks teilgenommen und kenne deren segensreiche Tätigkeit. Oft habe ich dort selbst referiert, gelegentlich auch im „Arbeiterbrief“ geschrieben; meist habe ich dabei über Erfahrungen aus meiner Beratungspraxis berichtet, ebenso wie in dem im Februarheft veröffentlichten Schlußkapitel meines Diskussionsbeitrages. Was ich dabei unter „letztem Ernst“ verstehe, mag klar werden durch den Hinweis, daß ich vor vielen Jahren — unter Hintansetzung lukrativerer Erwerbsmöglichkeiten — eine Beratungstätigkeit aufnahm, die in Deutschland ohne Vorbild war und leider bisher ohne Nachfolger geblieben ist und die sich eben auf die Ausweitung jenes Spielraums innerhalb der Betriebe richtet. Sie wird dadurch erschwert, daß man in Deutschland gerne alle Verantwortung „oben“ konzentriert und sich schwer vorstellen kann, daß es nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich richtiger ist, möglichst viel Verantwortung zu delegieren.

I/4. Auf Einzelprobleme kann hier nicht eingegangen werden. Als Grundsatz könnte vielleicht gelten, daß Hoheitsakte erforderlich werden können, um unnötige Machtkonzentrationen aufzulösen. Machtkonzentrationen auflösen bedeutet aber nicht, sie bestehen zu lassen und entweder in die Hände anderer Personen zu spielen oder andere Personen daran teilhaben zu lassen. Leider ist jedoch dies letztere das Ziel sehr vieler wirtschafts- und sozialpolitischer Bestrebungen.

I/5. Ich freue mich der Übereinstimmung, würde mich aber nie auf Werner Sombart berufen, nachdem Lujo Bruntano ihm Fälschung von Zitaten nachgewiesen hat.

II/1. Im zweiten Abschnitt seiner Stellungnahme zu meinem Diskussionsbeitrag führt Martin Donath einige Punkte auf, in denen er mit mir nicht übereinstimmt. Er bestreitet meine Behauptung, die technische Gesellschaft sei keinesfalls dynamischer und turbulenter oder weniger stabil als die des Mittelalters, mit dem Hinweis, daß noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts rund 80 Prozent der deutschen Bevölkerung in die bäuerlich-handwerkliche Gesellschaft hineingehören. Rein zahlenmäßig hat Donath sicher recht.

Man mag nun darüber streiten, ob es berechtigt ist, von schwerwiegenden sozialstrukturellen Wandlungen zu sprechen, wenn diese nur eine prozentual kleine Bevölkerungsschicht betreffen. Ich beurteile das Schwergewicht einer sozialen Strukturwandlung eher nach dem Ausmaß ihrer geschichtlichen Wirkungen. So lange in den deutschen Städten des Mittelalters der Fernhandel regierte, waren sie die stärksten Stützen des Kaisertums; sie waren es nicht mehr, seit ihre Sozialstruktur sich änderte und die Zünfte den Fernhandel besiegten. Diese Strukturwandlung betraf zahlenmäßig einen verschwindend kleinen Bevölkerungsteil, aber ihre politische Wirkung war ungeheuer groß. Es besteht kaum ein Zweifel, daß das deutsche Kaisertum den Kampf mit dem Papsttum nicht erst 1250, sondern fast zwei Jahrhunderte früher verloren hätte, wenn nicht die Stadt Worms Heinrich IV. auf einem der Tiefpunkte seiner Macht in ihren Mauern aufgenommen und ihren Bischof verjagt hätte. Ich will diese Dinge nur andeuten und mich hier mit diesem einen Beispiel begnügen, ein anderes später folgen lassen; denn ein anderer Einwand gegen Donath's Meinung ist wichtiger.

Die sozialen Strukturwandlungen waren gerade auch innerhalb der Landbevölkerung im Mittelalter sehr beträchtlich. Ich erwähnte schon im Januarheft die deutsche Ostkolonisation. War das keine soziale Strukturwandlung? Quantitativ soziologisch gesehen: welche Änderung der Abhängigkeitsverhältnisse! Und wiederum: Hätte der Ordensstaat 1410 den Kampf gegen Polen verloren, wenn er nicht durch die Staatswirtschaft seiner „Großschäffereien“ (die mit dem ersten Bundesfinanzminister Schäffer nichts zu tun haben) den Fernhandel seiner eigenen Städte gegen sich aufgebracht hätte? — Ich erwähne hier weiter die englischen Einhegungen des 13. und des 15. Jahrhunderts, durch die die englische Aristokratie sich einen ungeheuren Zuwachs an Macht und Reichtum auf Kosten der Bauern verschaffte und in der zweiten dieser beiden Perioden sogar eine Vielzahl von Bauern vom Lande vertrieb, weil das Gewerbe in Flandern, in Burgund und vor allem in Florenz — wiederum ein zahlenmäßig kleiner Bevölkerungsanteil — die englische Wolle teuer bezahlte und deshalb dort die Schafzucht rentabler wurde. Das war nicht nur qualitativ soziologisch, sondern auch quantitativ statistisch eine gewaltige Strukturänderung in der englischen Landbevölkerung. — Ich erwähne schließlich den deutschen Bauernkrieg

von 1525, dessen Ursachen, wie uns Stolze gezeigt hat, weniger wirtschaftliche gewesen sind — wirtschaftlich ging es den Bauern damals besser als früher — als vielmehr soziale: eine Verschärfung der Abhängigkeit von den sich bildenden Kleinstaaten und ihren Landesherren. Und die Wirkung des Bauernkrieges: nicht nur Luther, sondern vor allem Melanchthon änderte unter seinem Eindruck seine Anschauungen über die weltliche Obrigkeit ganz wesentlich, und hierdurch wurde, wie Walter Sohm ausgeführt hat, das Luthertum in die Rolle der geistigen Stütze des „christlichen Polizeistaates“ gedrängt, unter der es bis heute leidet.

Martin Donath greift auch fehl in der Beurteilung der Bedeutung der mittelalterlichen Preisschwankungen gerade für die Landbevölkerung, weil er nur an den Handel denkt. Aber die Grundherren bezahlten die Arbeit ihrer Hörigen mit Getreide, ihrer freien Arbeiter mit Geld, und die gewaltige Steigerung der Getreidepreise in England gegen Ende des 13. Jahrhunderts machte die Arbeit mit Hörigen unrentabel, weshalb damals dort die Bauernbefreiung einsetzte — wiederum eine wesentliche soziale Strukturänderung als Folge der Preisschwankungen. Aber war denn überhaupt der Handel im Mittelalter so unwesentlich? Sind nicht gerade im 13. und 14. Jahrhundert, auch durch den Handel mit Getreide von Lübeck nach Norwegen, mit Ochsen von Dänemark, mit Butter von Schweden, mit Pelzen von Rußland nach den Hansestädten Vermögen in den Händen der Fernhändler entstanden, die in heutigem Geldwert nach vielen Millionen zählen? Sank nicht 1286 in Lübeck der Zinssatz für Renten auf $6\frac{3}{4}$ Prozent, einen damals in Deutschland fast beispiellos niedrigen Satz, weil Bertram Morneweg gestorben war und seine Witwe Gertrud das aus seinen Handelsgeschäften zurückströmende Kapital in Rentenkäufen anlegte? Es trifft auch nicht zu, daß es bloß eine relativ kleine, wenn auch mächtige Gruppe im Mittelalter gegeben hätte, bei der der Erwerbstrieb stark ausgeprägt war. Sicher war dieser Erwerbstrieb bei den weltlichen und vor allem den geistlichen Herrschern am sichtbarsten; man denke nur an das päpstliche Alaunmonopol, zu dessen Stützung der Papst sogar ein Abkommen mit dem türkischen Sultan, dem größten Feind der Christenheit schloß, um den christlichen Fernhandel am Bezüge asiatischen Alauns zu hindern. Aber haben die kartellähnlichen Zunftbildungen nicht schon im Mittelalter, wie Mickwitz dargetan hat, den primären

Zweck verfolgt, ihren Mitgliedern durch monopolistische Preismanipulationen höhere Gewinne zu verschaffen? Und beklagt sich nicht, worauf Höffner hinwies, der Trierer Weihbischof Peter Binsfeld in seinem Grundriß der Pastoraltheologie über „eine verabscheuungswürdige Art Monopol, wenn die Bauern bei der Versteigerung der Renten oder Zehnten sich verabredeten, daß niemand über eine von ihnen vereinbarte Summe hinaus bieten dürfe, auch wenn die Renten oder Zehnten mehr wert seien“?

Das ist eben der romantische Schimmer des Mittelalters, dem mit vielen anderen auch Martin Donath erlegen ist, zu glauben, jene Zeit sei sozial ruhig, wirtschaftlich friedlich, nicht auf Erwerb, sondern auf „Nahrung“ eingestellt gewesen, allenfalls gelegentlich gestört durch Krieg und Pestilenz — immerhin hat die Pest von 1381 die englische Bevölkerung halbiert und selbst ein Atomkrieg von heute könnte kaum schlimmere Wirkungen ausüben! —, aber eben dieser romantische Schimmer verfliegt sehr bald, wenn man die Wirtschafts- und Sozialgeschichte an Hand von Akten und Urkunden der Zeitgenossen und nicht an Hand der Sombart'schen Theorien studiert (siehe oben zu I/5).

II/2. Dagegen entferne ich mich von Donath's Ansicht gar nicht so sehr, wie er glaubt, hinsichtlich der modernen Möglichkeiten, „die Hand am Hebel der Apparatur zu haben, in der Schlüssel- und Regierungsstellung zu sein“. Das ist ja gerade die „Verwaltungstechnik“, in der ich den entscheidenden Unterschied zwischen der technischen und mittelalterlichen Gesellschaft gesehen und beschrieben habe. Aber wie sollen wir dieser gegenüber die Selbsthilfe wieder stärken, die Selbstverantwortung wieder ausweiten? Etwa indem wir neue Organisationen, neue Institutionen, neue Staatsinterventionen schaffen und damit neue Apparaturen mit neuen Schalthebeln und neuen „Verwaltungen“? Ich glaube nicht, daß man auf diesem Wege das Ziel erreichen kann, das Martin Donath und ich gemeinsam haben. Keine Organisation oder Institution ist ursprünglich zu dem Zweck gegründet worden, ihre Mitglieder zu beherrschen und zu gängeln — aber ich wüßte keine zu nennen, die nicht nach einer gewissen Zeit eben hierzu entartet wäre.

Aber die Aufgabe, die Donath schildert, „auf die Träger der Macht . . . so einzuwirken, daß dem Menschen der Raum echter Verantwortung bleibt“, diese Aufgabe besteht weiter. Gerade zu Anfang meines im Februarheft erschienenen Kapitels

schrieb ich, unsere Aufgabe sei, diesen (aktuell oder potentiell) Mächtigen zu sagen, das höchste Gebot christlicher Sozialethik fordere von ihnen, daß sie der Versuchung widerstehen, dadurch Macht über andere zu gewinnen, daß sie sich für sie als Verwalter betragen. Dazu braucht man keine Hilfsorganisationen — denn sonst gründen die so Angesprochenen eine Gegenorganisation —, sondern Überzeugungskraft. Hier, genau an diesem Punkte, liegt, wie ich glaube, eine für den Bestand unserer Kultur schlechthin entscheidende Aufgabe unserer evangelischen Kirche. Will sie diese Aufgabe erfüllen, so bedarf sie der eindringendsten Sachkenntnis und darf nicht auf Schlagworte hereinfallen wie Gewinnbeteiligung, Investivlohn und (wiederum fremdverwaltetes!) Miteigentum.

II/3. Damit bin ich schon mitten im nächsten Abschnitt von Martin Donath's Stellungnahme. Vielfach stehe ich ihm auch hier näher als er annimmt. Ich habe nie und nirgends behauptet, die christliche Soziallehre oder evangelische Sozialethik fordere von dem Christen, Verwalter für die Armen zu sein. Nicht ich habe leicht hin über das Sicherungsstreben der Menschen gescholten, sondern im Gegenteil oft ausgesprochen, daß der Sicherheitskomplex, von dem die Zeitungen schreiben, in unserer Arbeiterschaft gar nicht besteht, daß es vielmehr andere Leute sind, die unserer Arbeiterschaft Sicherheitsgarantien aufschwätzen, um für sich selber Macht zu gewinnen, und daß daraus freilich ein höchst bedenklicher Trend zum Wohlfahrtsstaat entstanden ist. Ich stimme mit Donath ganz überein, daß der Staat im Grunde gar nicht (finanzielle) „Lasten“ abnimmt, sondern aufbürdet; aber ich habe mich dagegen gewehrt, daß er uns gegen unseren Willen eine „Last der Verantwortung“ abzunehmen sucht, um uns besser beherrschen zu können.

Auch ich habe mich nur gegen die falsche Anwendung des christlichen Gebotes gewandt: Einer trage des Anderen Last! Nämlich gegen seine materialistische Verfälschung zum Zweck der Beherrschung jenes Anderen. Schon Luther hat sich gegen diese materialistische Verfälschung zur Wehr gesetzt. In seinem Sermon von den guten Werken sagt er, am jüngsten Tage werde Christus fragen, „wie viel du den anderen, den Alleringsten, wohl getan hast. Nun sind unter den Geringsten ohne Zweifel auch die, die in Sünden und geistlicher Armut, Gefängnis und Notdurft sind. Es sind solcher jetzt weit mehr, denn die leibliche Not leiden.“ Wie stark würde Luther heute die

materialistische Verfälschung jenes Gebotes anprangern — zu einer Zeit, da der durchschnittliche Reallohn (Lebensstandard) der Arbeiterschaft rund viermal so hoch ist als 1520! Ja, es könnte zur wichtigsten Aufgabe der Sozialpädagogik werden, den Irrtum des alten „evangelisch-sozialen“ Staatssozialisten Adolf Wagner zu beseitigen, der die Sozialpolitik mit einer Methodik der zweiten Einkommensverteilung verwechselte. Es gilt heute, denen wohl zu tun, die deswegen in „geistlicher Armut, Gefängnis und Notdurft sind“, weil ihre Selbstverantwortung unnötig und deshalb zu Unrecht beschnitten wurde. Wenn ich dieser Meinung bin, so „gebe ich nicht zu“ (worüber Martin Donath Befriedigung kundtut), sondern ich bin wohl mit einer der ersten gewesen, auszusprechen, daß viele Unternehmer den Willen zum Aufstieg und zur Selbstverantwortung bei ihren Mitarbeitern — oft unbewußt und ungewollt — abgetötet haben und speziell diejenigen, die sich nachher über die Verantwortungsscheu ihrer Mitarbeiter beklagen. Leider bin ich nicht befugt, Berichte über meine Betriebsuntersuchungen zu veröffentlichen, in denen am konkreten Fall immer wieder aufgewiesen wird, wo und wodurch es geschehen ist; einiges kann man immerhin meinem Beitrag zum Märzheft der Monatsschrift für Pastoraltheologie entnehmen. Aber ich erhebe keinen Vorwurf und stelle keine Forderungen — ich gebe meinen Rat.

Und welche Folgerungen ich im Blick auf den Staat ziehe? Das habe ich in meinem Diskussionsbeitrag wiederholt ausgesprochen, speziell mehrfach bezüglich der Rentenreform. Vielleicht war es falsche Bescheidenheit, zu verschweigen, daß der im Januar- und Februarheft erwähnte Gegenentwurf von mir ausgearbeitet wurde; er ist veröffentlicht und Martin Donath kann jederzeit aus ihm ersehen, wie leicht die Rentenreform zur Eigentumbildung hätte benutzt werden können, wenn man sich von der falschen Optik der „Produktivitätsrente“ befreit hätte. Ich habe auch eine ganze Reihe weiterer Vorschläge zur Eigentumbildung seit 1951 in der Presse veröffentlicht. Sie beruhen sämtlich darauf, Möglichkeiten zu eröffnen, von denen die Arbeiterschaft erfahrungsgemäß Gebrauch machen wird. Sie beruhen nicht auf Teilungsforderungen, die wirtschaftlich undurchführbar und sozial unvernünftig sind.

II/4. Ich hätte mich vielleicht nicht getraut, so scharf zu formulieren: „Die evangelische Sozialethik vergangener Zeiten bzw. ihr Fehlen wird sicherlich einen

wesentlichen Teil der Schuld mittragen...“ Aber es ist genau meine Meinung und ich stimme hier Donath voll auf zu. Aber eines verstehe ich an Donath's Schlußabsatz nicht. Ich habe geschrieben: „Ich halte es für einen gröblichen Mißbrauch der Sozial-ethik, wenn sie dazu benutzt wird, unser heutiges verwaltungstechnisches System der Hilfeleistung zu rechtfertigen.“ Martin

Donath wehrt sich gegen die Meinung, „von evangelischer Seite“ werde die Sozial-ethik gröblich mißbraucht, indem man sie nutze, unser heutiges verwaltungstechnisches System der Hilfeleistung zu rechtfertigen. Wer hat denn von „evangelischer Seite“ gesprochen? Ich sicher nicht. Ich stehe selber „auf evangelischer Seite“.
Wolfgang Kellner

Zur Sonntagsarbeit in den Seehäfen

Ein Beitrag zu einer aktuellen Diskussion

Die Sonntagsarbeit in den Seehäfen folgt auch heute einer alten Gepflogenheit, die schon aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg herrührt. Danach wurden besonders eilige Schiffe, die bereits an den Wochentagen vorher mit der Entlössung und Beladung begonnen hatten und zum Samstagabend nicht mehr fertig wurden, am Sonntag abgefertigt. Dies traf besonders auch für Passagierdampfer, Frucht- und Lebensmittelschiffe und für Havarieschiffe zu. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich diese Gewohnheit verdichtet, die übrigens auch in der Gewerbeordnung eine rechtliche Grundlage hat. Einmal wurde nach dem Beginn des Koreakrieges Seeschiffstransportraum besonders knapp und die zur Verschiffung bestimmte Gütermenge schwoll rasch an. Die Häfen an der Nordseeküste wurden zeitweilig bis zur Grenze der Verstopfung mit Verkehr überlaufen. Hinzu kam in den letzten Jahren die bekannte Arbeitsmarktlage, deren Verknappung an Arbeitskräften sich besonders in den Seehäfen auswirkte. Die Tage, an denen in Hamburg und Bremen je hundert, ja bisweilen über tausend Mann in den Tagesschichten fehlten, waren nicht selten. Dieser Ausfall mußte natürlich irgendwie wettgemacht werden, gewöhnlich in dem Versuch, nachts und an Sonn- und Feiertagen vermehrt zu arbeiten und die Verspätungen einzuholen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß alle Häfen bis heute unter den Kriegsschäden leiden. So hat der total zerstörte Hafen von Bremen bis heute noch nicht die Kapazität an Kailänge, Schuppen- und Lagerfläche und Gleisnetz erreicht und bewältigt doch mehr Verkehr als je in den Jahren vor dem Zweiten Kriege.

Die Sonntagsschichten erfreuen sich auch bei den Arbeitern einer unverkennbaren Beliebtheit. Sie dauern nur sechs Stunden, einschließlich einer halbstündigen Pause:

1. Sonntagsschicht von 6 bis 12 Uhr
2. Sonntagsschicht von 12 bis 18 Uhr
3. Sonntagsschicht von 18 bis 24 Uhr
4. Sonntagsschicht von 24 bis 6 Uhr

Hierfür wird in der 1. und 2. Sonntagsschicht ein Aufschlag von 5,15 DM auf den Grundlohn der ersten Werktagsschicht gezahlt, der 17,15 DM für eine siebeneinhalbstündige Schicht (ausschließlich einer halben Stunde Pause) beträgt, zusammen also 17,15 DM und 5,15 DM = 22,30 DM. In der 3. und 4. Sonntagsschicht beträgt der Aufschlag je Schicht sogar 8,58 DM, mit dem Grundlohn zusammen also ein Schichtlohn von 25,73 DM. Arbeitet ein Mann, der sich zu diesen, übrigens freiwilligen Sonntagsschichten anbietet, gleich zwei Schichten hintereinander, so erhält er für die zweite anschließende Schicht noch einen sogenannten Anschlußzuschlag. Eine zweite Sonntagsschicht, im Anschluß an eine erste Sonntagsschicht durchgearbeitet, kommt dann auf 26,76 DM, nicht auf 22,30 DM zu stehen; eine 3. oder 4. Sonntagsschicht als Anschlußschicht wird mit 30,88 DM, nicht mit 25,73 DM entlohnt. — Ein Arbeiter kann also mit zwei Sonntagsschichten bei elfstündiger tariflicher Arbeitszeit (Pausen ausgeschlossen) über 50 DM verdienen.

Die Neigung der Arbeiter, sonntags häufig gleich zwei Schichten mit 11 Stunden, gelegentlich auch einmal drei Schichten mit 16 1/2 Stunden tariflicher Arbeitszeit abzuleisten, ist darauf zurückzuführen, daß in der Hafenarbeit grundsätzlich, auch an Alltags, zwischen der tariflichen

Arbeitszeit und der wirklich gearbeiteten Zeit zu unterscheiden ist. Die tarifliche Arbeitszeit wird, anders als in Produktionsbetrieben, selten voll ausgenutzt. Durch die oft schwierigen Schiffs- und Ladungsverhältnisse, durch die Abhängigkeit vom Wetter, durch verzögerte Anlieferung der Ladung und manch andere Schwierigkeiten treten sehr viele Stokungen auf. Auswertungen über viele Jahre haben ergeben, daß alle Wartezeiten, innerhalb einer Schicht zusammengefaßt, ca. 25 Prozent ergeben. Diese 25 Prozent sind also von der tariflichen Arbeitszeit abzusetzen, wenn man die wirklich gearbeitete Zeit kennenlernen will.

Trotz dieser teuren Sonntagsschichten haben die Reeder aus Gründen der oben angedeuteten Verkehrslage heraus in den letzten Jahren häufig zu Sonntagsschichten gegriffen, um Verspätungen einzuholen oder den Umlauf der teuren Schiffe zu beschleunigen. Dies hat in Hamburg und Bremen zum Beispiel im Jahre 1956 dazu geführt, daß ca. 150 000 Mann/Schichten abgeleistet wurden. Die Zahlen für 1957 liegen noch nicht vor. Es ist aber eher mit einer Steigerung als mit einer Abnahme zu rechnen. Hiervon wurde nur der etwa vierte Teil in den 3. und 4. Sonntagsschichten, dreiviertel Teil dagegen in den 1. und 2. Sonntagsschichten abgeleistet.

Für die Arbeitgeberseite war die Möglichkeit der Sonntagsschichten, außer aus den oben angeführten Gründen, auch darin vorteilhaft, daß hier bei der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt ein anziehendes Werbemittel gegenüber der Industrie vorliegt, die sonst andere Vorteile bietet, die ein Hafen niemals bieten kann.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß tariflich seit einigen Jahren fünf hohe Feiertage von der Arbeit ausgeschlossen wurden: erster Ostertag, erster Pfingsttag, erster Weihnachtstag, Neujahr und 1. Mai. An den Tagen vor diesen hohen Festtagen wird außerdem nur bis 12 Uhr gearbeitet, alsdann herrscht tarifliche Arbeitsruhe. Lediglich in ganz besonders dringenden Fällen darf an diesen Vorfeiertagen die eine Vorfeiertagsschicht von 6 bis 12 Uhr noch um einige Überstunden verlängert werden.

Die Gewerkschaft hat sich bisher bei ihren Forderungen in den häufigen Tarifverhandlungen der letzten Jahre hinsichtlich einer Einschränkung der Sonntagsarbeit zurückgehalten. Einmal aus der Einsicht heraus, daß sie sich in wirklich dringenden Fällen nicht vermeiden läßt. Sodann,

weil diese Schichten beliebt sind, um gelegentlich und mit geringerem eigenen Aufwand als in den Tagesschichten an Wochentagen den Wochenlohn beträchtlich zu steigern. Der Wochenlohn liegt heute bei garantiert ca. 100 DM. Aber im Durchschnitt kommt er durch irgendeine Mehrarbeit wohl auf ca. 120 DM bis 150 DM zu stehen. Man kann also mit zwei Sonntagsschichten leicht ca. 40 Prozent des Wochenlohnes oder ca. 10 Prozent des Monatsverdienstes hereinholen. Bei dieser Sachlage wird sich die Gewerkschaft auch in Zukunft nicht veranlaßt sehen, auf eine Einschränkung der Sonntagsarbeit hinzuarbeiten.

Nichtdestoweniger erscheint eine Einschränkung der Sonntagsarbeit in den Häfen, zumal, wenn sie allmählich eingeführt würde, dennoch ratsam. Die Praxis hat in dem bislang wohl meistbeschäftigten und unter einer fast schon chronischen Überfüllung leidenden Hafen von Rotterdam gezeigt, daß das möglich ist. In Rotterdam sind alle Sonntagsarbeiten verboten, mit Ausnahme von Schiffen mit verderblicher Ladung (Früchte oder andere Lebensmittel) und Havarieschiffen. Auch Passagierdampfer, die den Hafen laut Fahrplan sonntags verlassen, können abgefertigt werden. In seltenen Fällen werden von einem besonderen Gremium weitere Ausnahmen, je nach Lage der Dinge, zugelassen.

Die Sonntagsarbeit, wie sie in Hamburg und Bremen als den führenden deutschen Seehäfen in den letzten Jahren betrieben worden ist, führt vor allem dazu, daß das leitende Personal der Hafenbetriebe und Hafenbüros, das an den Wochentagen ohnehin schon durch den Dreischichtensrhythmus rund um die Uhr außerordentlich beansprucht ist, auch sonntags nicht die erforderliche Ruhe findet. Dazu zählen nicht nur die Geschäftsleitungen, die Hafenämter, die Inspektionen und Schuppenvorstände, sondern auch die Vorarbeiterschaft.

Man sollte also einen gewissen Abbau anstreben, wobei freilich zu beachten ist, daß die Verhältnisse in jedem Hafen anders liegen. Die Passagierfahrt, Lebensmittelschiffe und Havariiefälle müssen jederzeit bearbeitet werden können. Wie weit allerdings das sogenannte wirtschaftliche Interesse eines beschleunigten Umlaufes der Schiffe gehen darf, um aus den Sonntagen praktisch Arbeitstage zu machen, bedürfte sorgfältiger Untersuchungen mit maßgebenden Vertretern der einzelnen Seehäfen.

Tobias Visser

Sozialpolitischer Zeitspiegel

Lohnbewegungen in der Bundesrepublik

Die Tarifpartner in der Bekleidungsindustrie einigten sich am 25. Februar in Köln darauf, ab 1. Oktober 1958 die Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden und ab 1. April 1960 auf 43 Stunden zu verkürzen. Die Löhne für Akkordarbeiter werden ab 1. März 1958 um 10 Pfg. pro Stunde und für Zeitlohnarbeiter um 12 Pfg. pro Stunde erhöht. Dieses Abkommen ist erstmals kündbar zum 31. Dezember 1958. — Eine Einigung ist gleichfalls erzielt worden in der Westfälisch-Osnabrücker Textilindustrie. Am 27. Februar wurde ein neuer Tarifvertrag vorbereitet, der Lohnerhöhungen von 12 bis 15 Pfg. vorsieht. Die Vorstände der Gewerkschaft sowie des Arbeitgeberverbandes sollen sich bis zum 6. März zu dem neuen Tarifvertrag äußern. Allgemein wird angenommen, daß der neue Tarifvertrag von beiden Seiten akzeptiert wird. — Auch in der südwestdeutschen Textilindustrie ist zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 12 Pfg. pro Stunde ausgehandelt worden. Die Laufdauer des Abkommens ist vom 1. Februar 1958 bis 31. Januar 1959 vereinbart worden. Allerdings hat der Verband der süddeutschen Textilindustrie erklärt, daß er die Vereinbarung „mit gemischten Gefühlen“ betrachte, da die Aufrechterhaltung des Beschäftigungsstandes fraglich sei.

Optimistische Beobachter haben die Auffassung vertreten, daß vor allem die Vereinbarungen in der westfälischen wie in der süddeutschen Textilindustrie ein Exempel statuiert hätten, das sehr bald Auswirkungen auf diejenigen Länder haben werde, in denen immer noch gestreikt wird. Indessen hat sich die Situation vor allem im Streikgebiet Niedersachsen und Bremen noch verschärft. Am 27. Februar sind rund 5000 streikende Belegschaftsangehörige von sechs Textilbetrieben ausgesperrt worden. Zur gleichen Zeit hat sich der Ausstand der Textilarbeiter in Hessen ausgebreitet. Während in Kreisen der Arbeitgeberschaft von einem sichtbaren „Abbröckeln“ des Streiks in Hessen gesprochen wird, verfolgt die Streikleitung der Industriegewerkschaft Textil einen Plan zu einer weiteren Ausdehnung des Ausstandes. In einem der

größten hessischen Textilbetriebe in Fulda haben allerdings — wie wir erfahren — nur 41,3 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer für den Streik gestimmt. Damit haben sich nun zehn Betriebe der hessischen Textilindustrie von 27 Betrieben, in denen eine Urabstimmung durchgeführt wurde, gegen Kampfmaßnahmen ausgesprochen. — Es ist zu erwarten, daß es in Südbaden zu Streiks kommt, nachdem die Verhandlungen über höhere Löhne für 35 000 südbadische Textilarbeiter gescheitert sind.

Noch immer ist in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie der Bundesrepublik alles offen. Bekanntlich beharrt der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie e. V. auf seinem Vorschlag, das gekündigte Lohn- und Gehaltsabkommen um sechs Monate, d. h. also bis zum 30. Juni 1958, zu verlängern. Die Industriegewerkschaft Metall jedoch fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent. Ein Novum in der Geschichte von Lohnauseinandersetzungen ist die Tatsache, daß die beteiligten Streitparteien ihre Auseinandersetzung vor aller Öffentlichkeit austragen. Zunächst hatte die Industriegewerkschaft Metall in Großinseraten in der Tagespresse am 22. Februar einen „Offenen Brief“ veröffentlicht, auf den der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie am 27. Februar in gleicher Weise antwortete. Die Standpunkte sind unverändert geblieben; einer Einigung scheinen die Parteien ferner denn je zu sein. Neue Verhandlungen, die am 28. Februar in Düsseldorf zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie stattfanden, sind wieder gescheitert.

Ergänzend ist nachzutragen, daß auch im öffentlichen Dienst eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr beschloß am 21. Februar in Stuttgart, die Urabstimmung in den Gemeindebetrieben des Bundesgebietes am 4. und 5. März durchzuführen. Das „Handelsblatt“ will allerdings aus informierten Kreisen erfahren haben, daß die ÖTV-Gewerkschaft vor Beginn eines „unpopulären“ Streiks doch noch nach einem Kompromiß suchen will.

Eine ernste Frage glaubt das Deutsche Industrieinstitut in seinem „Schnelldienst“ vom 28. Februar stellen zu müssen. Unter der Überschrift „Wer streikt eigentlich: Gewerkschaften oder Kommunisten?“ berichtet das Blatt über zahlreiche Bemühungen ostzonaler Sender und illegaler kommunistischer Agitationsgruppen in Westdeutschland, in die Streiks einzugreifen. Das Deutsche Industrieinstitut beklagt die Planlosigkeit der publizistischen Gegenwirkung in der Bundesrepublik. Vor allem hätten die Rundfunkanstalten in ihren sozialpolitischen Sendungen fast nichts getan, um ihre Hörer über die Gefährlichkeit der kommunistischen Agitation aufzuklären. Es würde völlig genügen, schreibt der „Schnelldienst“, „wenn durch Tatsachendarstellung die sozial- und wirtschaftspolitische Wirklichkeit so gezeichnet würde, wie sie ist“.

Feierschichten in den Ruhrzechen

Am 22. Februar wurden auf einigen Schachtanlagen des Ruhrreviers auf Anordnung der Betriebsleitungen wegen Absatzschwierigkeiten von Hausbrandkohle zum erstenmal seit langer Zeit wieder Feierschichten eingelegt. Der Absatz von Kohle stockte einerseits wegen der milden Witterung, zum anderen haben viele Haushaltungen und Industriebetriebe mehr und mehr Ölheizungen einbauen lassen. — Während die Gewerkschaftspresse die Preispolitik des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau und die verfehlte Kohleneinfuhrpolitik der Bundesregierung für die Absatzstockung verantwortlich macht, sprechen verschiedene Tageszeitungen davon, daß die Schwierigkeiten wohl in der Konstruktion des Kohlenbergbaues zu suchen seien. Das soviel gescholtene Ruhrkohlsyndikat hätte es, so kommentiert der „Bonner Generalanzeiger“, für seine Pflicht gehalten, die Förderung von Zechen für längere Zeit zu übernehmen, wenn diese ihre Haldenbestände nicht abgeben könnten. Heute gäbe es nur noch drei Verkaufsvereinigungen für Ruhrkohle, die so gegliedert seien, daß die besonders ungünstig arbeitenden Randzechen alle in einer Verkaufsgesellschaft zusammengefaßt sind, die es im Interesse ihrer Mitglieder nicht riskieren dürften, die Förderung mehrerer Tage zu übernehmen. Ähnlich wie das offizielle Organ des DGB „Welt der Arbeit“ argumentiert auch die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“. Unter der Überschrift „Dunkle Wolken über der Ruhr“ fordert die Zeitung gründliche und sachliche Gespräche über die künftige

Energiepolitik. Gesprächspartner könnten nur die Hohe Behörde der Montanunion, das Bundeswirtschaftsministerium, die Bergbauunternehmer und die Industriegewerkschaft Bergbau sein. Es sei keine Zeit mehr zu verlieren.

Neue Diskussion über Krankengeld

Am 14. Februar hat der Deutsche Bundestag in Bonn die erste Lesung des FDP-Antrages zur Änderung des Krankengeldzuschuß-Gesetzes vorgenommen. Die FDP geht von der Feststellung aus, daß der Mißbrauch des Gesetzes (zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle) durch eine Gruppe von Arbeitnehmern offenbar sei. Über Einzelheiten des FDP-Antrages haben wir im Sozialpolitischen Zeitspiegel der Nummer 1 des laufenden Jahrganges auf Seite 46 Stellung genommen. —

Sowohl die CDU/CSU-Fraktion sowie die SPD-Fraktion haben in der Debatte am 14. Februar das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle verteidigt. Erstens könne man ein Gesetz nicht schon nach so kurzer Erfahrungszeit ändern; zum anderen werde man wohl Mißstände und Mißbräuche niemals ganz verhindern können, gab für die CDU/CSU Dr. Dittrich zu bedenken. Die Sprecher der SPD betonten, daß eine Änderung des Gesetzes nur dann erfolgen könne, wenn sie die endgültige und völlige Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten beinhalte. Auch die SPD-Sprecher berichteten von einzelnen Mißbräuchen des Gesetzes, meinten aber, daß man auf diesen Beobachtungen nicht die Behauptung aufbauen könne, die größte Gruppe unserer Gesellschaft habe weniger Verantwortungsbewußtsein als irgend eine andere. — Die Abgeordnete Margot Kalinke von der Deutschen Partei griff vor allem die SPD mit scharfen Worten an: „Das Krankengeldzuschuß-Gesetz ist ein Kompromiß, der unter Streik- und Zeitdruck entstanden ist. Die SPD hat die CDU erpreßt.“ Sprecher der CDU sowie der SPD verwahrten sich gegen diese Anschuldigungen und äußerten, daß dieses Gesetz dringend erforderlich gewesen sei und die Unterstützung beider Parteien gefunden habe, obwohl mit dem Gesetz eine starke Belastung auf Krankenkassen und Arbeitgeber zugekommen sei.

In der Debatte ist ein Vorschlag der CSU nicht mehr diskutiert worden, der durch eine Kleine Anfrage zum Problem der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zur Diskussion gestellt worden war. Der sozialpolitische Arbeitskreis der Arbeitnehmergruppe der CSU hatte erstens den

Überall und immer wieder:
es geht nichts über eine Miele

Kupfer währt am längsten



Miele

Das ist ein entscheidender Vorteil bei Miele: Die Trommeln der Miele-Wäscheschleudern sind nicht nur verkupfert, sondern wirklich massiv Kupfer, das macht sie so wertbeständig und solide. Lassen Sie sich die Miele-Wäscheschleudern in Ihrem Fachgeschäft vorführen. Und sehen Sie sich zugleich das Waschmaschinen-Programm einmal an. Miele bietet für jeden Haushalt die Waschmaschine wie nach Maß, in jeder Preisklasse, von der Standard bis zur Miele-Vollautomatic – technisch unübertroffen. Fachleute sagen daher: Miele, unbedingt Miele!

**macht's
der Hausfrau
leichter**

MIELEWERKE AG., Gütersloh

völligen Wegfall der Karenztage gefordert, zweitens die Gewährung des Arbeitgeberzuschusses zum Krankengeld erst nach dreimonatiger statt nach vierwöchiger Dauer des Arbeitsverhältnisses, drittens die Senkung des Krankengeldes für die ersten sechs Wochen auf 60 Prozent, dafür aber Anhebung des Krankengeldes von der siebenten Krankheitswoche an von 50 auf 60 Prozent.

Evangelische Aktion zur Sozialwahl 1958

Die Vorbereitungen für die Sozialwahlen 1958 sind in den evangelischen Landeskirchen der Bundesrepublik in vollem Gange. Nachdem 1953 nicht in ausreichendem Maße Kräfte der Evangelischen Kirche an der damaligen Sozialwahl beteiligt waren, bemühen sich die Evangelischen Aktionsgemeinschaften für Arbeiterfragen in den westdeutschen Landeskirchen und auf Bundesebene diesmal intensiv um die stärkere Mitarbeit der evangelischen Arbeitnehmer als Versichertenvertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung. Dies wurde aus Berichten deutlich, die von Vertretern der in den Landeskirchen gebildeten Arbeitsstellen für die Sozialwahl 1958 anlässlich einer Arbeitstagung in der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald am 19. und 20. Februar gegeben wurden. Die Beratungen hatten vor allem die Frage der Vorbereitung evangelischer Kandidaten für die Übernahme von Positionen in den Vertreterversammlungen der Sozialversicherungsanstalten zum Inhalt. Da keine evangelische Institution im Sinne des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Sozialversicherung vorschlagsberechtigt ist, war zu klären, in welcher Weise den vorschlagsberechtigten Organisationen (vor allem den Gewerkschaften) Vorschläge zur Aufnahme von evangelischen Kandidaten in die Wahllisten unterbreitet werden könnten. Bei der letzten Wahl 1953 hatte die „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer“ (ACA), eine überkonfessionelle Einrichtung, bei der Benennung von Kandidaten mitgewirkt. Wie wir erfahren, ist in einigen Landeskirchen der Bundesrepublik die Mitarbeit evangelischer Kräfte in der ACA problematisch geworden, weil sich gezeigt habe, daß die ACA von katholischen Kreisen als Testinstrument für die 1955 erfolgte Neugründung Christlicher Gewerkschaften gedacht war. Viele evangelische Arbeitnehmer wollen deshalb ihre Interessen nur noch durch die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen vertreten lassen.

Zweite Bundeskonferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall

Am 7. und 8. Februar fand in der Stadthalle in Mülheim/Ruhr die zweite Bundes-Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland statt. Es waren 446 Betriebsräte und Vertrauensleute erschienen. Die Industriegewerkschaft Metall hat durch Referate ihrer Vertreter und durch Diskussionsbeiträge bekundet, daß das Schwergewicht ihrer Arbeit zukünftig in die Betriebe verlegt werden soll. Die Sprecher der Konferenz, unter ihnen *Olaf Radke* von der Hauptverwaltung der IG Metall, *Fritz Strothmann* und IG-Metallchef *Otto Brenner* verwiesen in ihren Referaten darauf, daß die Wirkungsmöglichkeit der Betriebsräte entscheidend davon abhängt, daß eine straff organisierte Belegschaft — gestützt auf den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper — ihre Forderungen zur Geltung bringe. Vor allem *Strothmann* wurde mit starkem Beifall belohnt, als er zum Beispiel sagte: „Die gewerkschaftlichen Organisationsleitungen müssen von Betriebsräten und Vertrauensleuten laufend über alle betrieblichen Ereignisse unterrichtet werden . . . Der Betriebsrat ist keine Wach- und Schließgesellschaft für den Unternehmer.“ Beobachter der Konferenz haben darauf aufmerksam gemacht, daß trotz der gewerkschaftlichen Kritik an dem früheren Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Dr. *Viktor Agartz*, in Mülheim im Grunde dessen Thesen erneut aufgenommen worden seien. *Agartz* hatte seinerzeit mit Nachdruck gefordert, daß die gewerkschaftliche Aktivität sich vor allem auf den Einzelbetrieb konzentrieren müsse, damit die von ihm propagierte expansive Lohnpolitik zu durchschlagender Wirkung komme.

Das Deutsche Industrieinstitut hat am 11. Februar in seinem „Schnelldienst“ davon gesprochen, daß die Mülheimer Konferenz der IG Metall den Schluß nahe lege, die IG Metall habe sozialdemokratische Forderungen nach Sozialisierung übernommen und sei damit zu einer parteipolitischen Aktivität im Betrieb übergegangen. Die Mülheimer Konferenz hatte sich eingehend mit dem Betriebsverfassungsgesetz befaßt, nach dessen Einführung es zur Bildung von Betriebsräten gekommen war. Der Aufbau eines Vertrauenskörpers der IG Metall, der neben den Betriebsräten arbeitet, sei von der Gewerkschaft vorgenommen worden, um angeblichen Behinderungen des Be-

triebsrates durch das Betriebsverfassungsgesetz ausweichen zu können, meint der „Schnelldienst“. Folge man der Argumentation der IG Metall, so seien es vor allem die Gesetzesbestimmungen über die Unterlassung parteipolitischer Betätigung im Betrieb, die von der Gewerkschaft als Behinderung angesehen werden würden. Der Referent für Betriebsverfassung in der Hauptverwaltung der IG Metall, Radke, habe in Mülheim behauptet, daß sich das Verbot parteipolitischer Betätigung nur gegen die Betriebsräte richte, da es an Strafandrohungen gegen eine parteipolitische Betätigung des Arbeitgebers fehle. Das Deutsche Industriemuseum kommt zu der Auffassung, daß in der Mülheimer Konferenz praktisch die seinerzeit in der Hans-Böckler-Gesellschaft aufgegriffene Diskussion über die Sozialisierung fortgesetzt und zu einer gewerkschaftlichen Forderung erhoben worden sei.

Gespräch zwischen DGB und BDA

Das von uns bereits in der letzten Nummer angekündigte Spitzengespräch zwischen Vertretern der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Düsseldorf am 10. Februar 1958 stattgefunden. Auf der Tagesordnung standen Fragen der Mitarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Fragen zum Schlichtungswesen und allgemeine aktuelle sozialpolitische Probleme. Die beiden Organisationen sind übereingekommen, das Gespräch im März fortzusetzen. — In einer gemeinsamen Pressekonferenz haben der DGB-Vorsitzende Willi Richter und der Präsident der BDA, Dr. H. C. Paulssen ihrer Genugtuung über die Unterredung Ausdruck gegeben. Wie wir bereits berichteten, waren von vornherein Beratungen über die gegenwärtige Lohnsituation nicht vorgesehen. Deswegen, so urteilen viele Kommentatoren in der Tagespresse, konnten die Besprechungen in einer sachlichen Atmosphäre abgehalten werden. Als wichtigstes Ergebnis darf

festgehalten werden, daß weder die Arbeitgebervertreter noch die Gesprächsteilnehmer aus dem Gewerkschaftslager an einer staatlichen Schlichtung interessiert sind. Beide Gesprächspartner sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Fragen der Tarifgestaltung allein in den Kompetenzbereich der Tarifpartner fallen und daß deswegen eine eventuell mögliche staatliche Zwangsschlichtung bei Arbeitskämpfen einen schwerwiegenden Eingriff in die Belange der Sozialpartner darstellen würde. Insgesamt hat das Ergebnis der Düsseldorfer Besprechungen freundliche Aufnahme gefunden. Nur der 1. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, erklärte, daß sich das Verhältnis zu den Arbeitgebern verschlechtert hätte. Das Gespräch in Düsseldorf bedeute noch keine Lösung und „lapidare Pressenotizen“ bedeuteten im Grunde gar nichts. Wenn die Presse glaube, von einer guten Atmosphäre sprechen zu müssen, dann halte er, Brenner, dies für stark übertrieben.

Gesellschaftspolitische Kurse für schwedische Pfarrer

800 schwedische Pfarrer haben bereits an den Kursen teilgenommen, die sie mit Problemen der modernen Industriegesellschaft, der Familie und der Erziehung vertraut machen sollen. Die Anregung zu den Kursen kam von Bischof Gunnar Hultgren, der mit andern Geistlichen und Laien die Ansicht vertrat, daß die Entfremdung zwischen Kirche und Volk zu einem wesentlichen Teil auf der Unkenntnis der Pfarrerschaft vom heutigen Alltagsleben beruhe. Die Durchführung der Kurse lag in den Händen der Inneren Mission, die dafür einen sozialetischen Ausschuß unter Leitung von Dr. theol. Karl Manfred Olsson berufen hat.

In einem Interview mit der Zeitung „Morgon-Bladet“ begründet Dr. Olsson die Notwendigkeit dieser Arbeit und weist auf ihre beginnenden erfreulichen Auswirkungen hin. Die Kurse werden in diesem Jahre fortgesetzt.

Für diesen „Sozialpolitischen Zeitspiegel“ wurde folgendes Material ausgewertet: Kurznachrichtendienst (KND) der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; „Schnelldienst“ des Deutschen Industriemuseums; DGB-Nachrichtendienst; METALL-Pressedienst und „Pressenachrichten“, beide herausgegeben von der Industriegewerkschaft Metall; Sozialpolitische Umschau, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Evangelischer Pressedienst (epd) und eigene Korrespondenzberichte. Die Redaktionsarbeiten wurden am 3. März abgeschlossen.

Was erwartet die Kirche von den Unternehmensleitungen?

Der 1. Vorsitzende der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, D. Dr. Eberhard Müller (Bad Boll), hat zu dem in der Überschrift genannten Thema am Hochschul-Institut für Wirtschaftskunde in Berlin ein Referat gehalten, dem er die folgenden 12 Thesen voranstellte. Wir drucken die Sätze ohne Kommentar ab und bitten unsere Leser um ihre Stellungnahme, damit eine weiterführende Diskussion eingeleitet werden kann.

1.

Die Kirche soll Gott dienen; Gott aber dient den Menschen, ehe er etwas von ihnen fordert. Das will und soll auch die Kirche tun.

2.

Der Dienst der Kirche für die industriellen Unternehmungen und ihre Mitarbeiter wird symbolisch sichtbar in den christlichen Festen: Weihnachten, Karfreitag, Ostern, Pfingsten.

3.

Der Dienst der Kirche für die Wirtschaft geschieht in einem ähnlichen Spannungsverhältnis, wie es eine gute Unternehmersgattin zu ihrem Mann hat.

4.

Die Kirche will somit helfen, daß die auf dem Kopf stehende Wirtschaft wieder auf die Füße zu stehen kommt: Die Dinge sollen den Menschen dienstbar sein, statt ihn zu beherrschen, und die Menschen sollen Gott als ihren Herrn ehren, statt ihn zu einem sozialen Nutzwert zu erniedrigen.

5.

Die Kirche will damit besonders den Unternehmensleitungen helfen, diejenige Distanz zum Betrieb und jene Nähe zu den Menschen zu bewahren, durch die sie selbst und ebenso die von ihnen geleiteten Arbeitsgemeinschaften vor Verletzungen bewahrt werden.

6.

Da auch die Leiter der Unternehmungen vor Gott selbst Arbeitnehmer sind, erwartet die Kirche von ihnen, daß sie ihre Verdienstsicht aus dem Dienstgedanken herleiten.

7.

Gott hat alle Menschen in seine Kinderschaft berufen. Darum dürfen Unternehmensleitungen nie vergessen, daß ihre Verfügungsgewalt über Menschen am Hausrecht des göttlichen Vaters endet. Dieses Hausrecht gibt den einzelnen Menschen über- und untergeordnete Funktionen, aber allen den gleichen menschlichen Wert.

8.

Die arbeitsteilige Gesellschaft verkettet alle arbeitenden Menschen in streng organisatorische Bindungen. Der Mensch wird somit Teil eines Werkzeugs (organon = Werkzeug). Darum müssen diejenigen, die diese Werkzeuge in leitenden Funktionen gebrauchen, daran denken, daß die menschlichen Teile dieser Werkzeuge nicht nur Mittel, sondern zugleich Ziel der Produktion sind.

Da alle Voraussetzungen, durch die die Unternehmensleitungen zu ihren Leistungen befähigt werden, ihnen von dem „göttlichen Unternehmer“ und von der Gesellschaft als Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt sind, stehen Einkommen und Eigentum der Unternehmer nicht unter ihrer „freien Verfügung“. Ihr Verfügungsrecht unterliegt vielmehr den Gesetzen der sozialen Gerechtigkeit und der Nächstenliebe.

10.

Der immer höhere Bedarf an Investitionsmitteln sowie die unterentwickelte Sparwilligkeit der breiten Verbraucherschaft haben einen volkswirtschaftlichen Zwang zu immer rascherer Vermögensvermehrung der Kapitalbesitzer herbeigeführt. Die Unternehmensleitungen sind verpflichtet, zusammen mit den Gewerkschaften und dem Staat auf Wege zu sinnen, wie dieses einseitige Anwachsen nur ihres Eigentums bekämpft werden kann.

11.

Die industrielle Wirtschaft hat 80 Prozent der arbeitenden Menschen zu „Mietlingen“ gemacht, da sie ihnen die Möglichkeit nahm, selbst Besitzer ihrer Produktionsmittel zu sein. Daraus erwächst für die Unternehmensleitungen die Verpflichtung, andere Mittel zu suchen, um dem Mietlingsgeist den Boden zu entziehen.

12.

Das Zusammenspiel aller ist in Wirtschaft und Betrieb die Voraussetzung des

Erfolges. Dieses Zusammenspiel kann nicht durch Lohn und Strafe hergestellt werden. Es stellt hohe sittliche Anforderungen an alle Beteiligten. Die Erfüllung dieser Anforderungen steht nicht allein in des Menschen Macht. Sie bedarf in besonderem Sinn der göttlichen Gnade. Darum gilt gerade in dem technischen Zeitalter der Satz, daß an Gottes Segen alles gelegen ist.

Eberhard Müller

Informationen und Berichte

EVANGELISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR FAMILIENFRAGEN

1.

Am 4. 2. 1958 fand in Bonn im Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen statt. Den Vorsitz hatte Frau Präsidentin Welter, da die Federführung in der Arbeitsgemeinschaft bis zum 1. April ds. Js. bei der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen liegt. Außer Frau Welter nahmen seitens der EAF Diplomvolkswirt Donath, Frau Dr. Grohmann und Pfarrer Wilhelmy teil.

Einleitend gab die Präsidentin bekannt, daß dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen in Bonn, Dr. Wuermeling, vom Bundespräsidenten das Großkreuz zum Bundesverdienstkreuz verliehen worden sei.

Es wurde beschlossen, seitens der Arbeitsgemeinschaft folgendes Telegramm abzuschicken:

Herrn Bundesminister für Familien- und Jugendfragen Dr. Wuermeling, Bonn.

Zu der Ihnen zuteil gewordenen hohen Auszeichnung sprechen die in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen zusammengefaßten Familienverbände Ihnen ihre herzlichsten Glückwünsche aus und verbinden damit den aufrichtigen Dank für Ihren tatkräftigen Einsatz für die deutschen Familien und für Ihre jetzt von Erfolg begleiteten Bemühungen um familiengerechte Bahntarife und Kinderfreibeträge in der Einkommensteuer.

2.

Im folgenden berichten wir in Kürze über die Ergebnisse der Beratungen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung bei der vorgenannten Sitzung.

a) Mitteilungen

Die Vorsitzende teilt mit, daß die Erleichterungen für die kinderreichen Familien in den neuen Bundesbahntarifen unverändert geblieben seien, bis auf die allgemeine Erhöhung, die die Kilometertarife jeweils gefunden hätten. Sie weist darauf hin, daß die neuen Einkommensteuer- und Lohnsteuertarife die Familien mit Kindern wesentlich besser stellten als bisher. Erfreulicherweise habe der Familienminister im Kabinett erreicht, daß der Zuschuß für die Familienverbände von DM 70 000 auf DM 100 000 im Haushaltsjahr 1958/59 heraufgesetzt worden sei. Das Innenministerium habe bereits vorher auf Grund einer Eingabe der Arbeitsgemeinschaft und mehrerer persönlicher Rücksprachen sich bereit erklärt, einen Titel 660 b im Kapitel 0602 „Familienerholung und Familienverbände“ im Haushaltsplan des Innenministeriums zu bilden, so daß nunmehr die Familienverbände nicht mehr Kostgänger der caritativen Verbände seien, was eine Erhöhung des Zuschusses für die Familienverbände nicht gestattet hätte.

Die Verhandlungen hinsichtlich der Umorganisation innerhalb des Innenministeriums und des Familienministeriums hätten, wie bereits bekannt, dahin geführt, daß die Abteilung für Jugendfragen vom Innenministerium zum Familienministerium gekommen sei. Das Familienministerium trage seit dieser Erweiterung die Bezeichnung: Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen. Jeder Abteilung steht ein Ministerialdirektor bzw. Ministerialdirigent vor, während die den Mitglie-

dern der Arbeitsgemeinschaft wohlbekannte Frau Dr. Wülker aus Frankfurt als Staatssekretär in das Ministerium berufen worden sei.

b) Erweiterung der Kompetenzen des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen

Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß es wünschenswert sei, die Arbeitsgebiete Familien-Ferienyerholung und Familienverbände vom Innenministerium auf das Ministerium für Familien- und Jugendfragen zu übertragen.

Die Vorsitzende ist jedoch der Auffassung, daß das Müttergenesungswerk beim Innenministerium verbleiben solle.

Die Teilnehmer der Sitzung vertreten die Meinung, daß die Unterbringung des Ministeriums für Familien- und Jugendfragen in der Koblenzer Straße unzureichend sei. Bessere Räumlichkeiten würden für das Ansehen des Ministeriums in der Öffentlichkeit von Bedeutung sein. Auch wäre auf weitere Sicht die räumliche Zusammenfassung aller Familien- und Jugendfragen in einem Gebäude zwecks Arbeitserleichterung eine Notwendigkeit.

Es wird ferner seitens der Teilnehmer der Sitzung für zweckmäßig und wünschenswert gehalten, wenn dem Ministerium für Familien- und Jugendfragen ein wissenschaftliches Forschungsinstitut angegliedert würde. Dieses Institut wäre mit der Aufgabe zu betrauen, alle Probleme der Familie in gründlicher Weise wissenschaftlich zu untermauern. Dort könnten alle schwierigen Fragen und Wünsche der Familienverbände hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit und Konsequenzen untersucht werden.

c) Forderungen der Deutschen Familienorganisationen an den dritten deutschen Bundestag

Die Vorsitzende berichtet, sie habe mit dem Familienminister über die die Familienorganisationen bewegenden Fragen gesprochen. Er hätte zum Ausdruck gebracht, daß er seine Anstrengungen auf das Kindergeld für das zweite Kind in der kinderreichen Familie konzentrieren wolle. Abzulehnen sei eine Zulage an kinderreiche Familien in Höhe von DM 5,— für Brot, weil es den Sinn des Kindergeldes entwerte. Ferner seien abzulehnen alle Überlegungen, die für kinderreiche Familien Zulagen oder Erleichterungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuer wünschten, da derartige Maßnahmen überaus kompliziert werden müßten.

Anschließend verliest die Vorsitzende den Entwurf eines Briefes an den Bundeskanzler. Der Entwurf wird durchgesprochen und erhält nach Vornahme einiger kleiner Änderungen die nachstehende Fassung. Laut Beschluß der Teilnehmer ist der Brief in dieser Fassung abgesandt worden.

An den
Herrn Bundeskanzler
Dr. Konrad Adenauer
Bonn
Koblenzer Str. 139—141
Bundeskanzleramt

Bonn, den 4. Febr. 1958

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Die Familienverbände nehmen die heutige erste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen im neuen Jahr wahr, um Ihnen sehr herzlich für Ihre Ausführungen zu danken, die Sie am 30. 6. 1957 in der Westfalenhalle in Dortmund, ferner in Ihrer Regierungserklärung am 29. 10. 1957 im Deutschen Bundestag und schließlich in Ihrer Weihnachtsansprache über den Deutschen Rundfunk zugunsten der Familie, insbesondere der kinderreichen Familie, gemacht haben.

Inzwischen hat der dritte Bundestag seine Arbeit begonnen und die deutschen Familienverbände fordern mit aller Dringlichkeit, daß nunmehr unverzüglich ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der auch für die zweiten Kinder der Mehrkinderfamilien ein monatliches Kindergeld von DM 30.— bestimmt. Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, in der Regierung dafür den Boden zu bereiten, zumal Sie selbst die Berechtigung dieser Forderung in Ihrer Rede in Dortmund anerkannt haben. Angesichts der Preissteigerung bei wichtigen Gegenständen des lebensnotwendigen Bedarfs, würde durch das Kindergeld für das zweite Kind ein Härteausgleich für die kinderreiche Familie geschaffen werden.

Die Deutschen Familienverbände haben mit Befriedigung von der Umbildung innerhalb des Familienministeriums und Innenministeriums Kenntnis genommen. Sie sind der Auffassung, daß in das Ressort des Ministeriums für Familien- und Jugendfragen auch die Familien-Ferienyerholung und die Betreuung der Familienverbände gehört, damit alle die Familien unmittelbar betreffenden Gebiete hier zusammengeführt wären.

In diesem Zusammenhang sprechen wir die Bitte aus, das Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen seiner Bedeutung entsprechend, wenn auch in bescheidenem Rahmen, baldmöglichst in einem eigenen Gebäude, in dem alle Abteilungen des Ministeriums zusammengefaßt werden könnten, unterzubringen.

Ferner scheint es uns unerlässlich zu sein, daß im Benehmen mit dem Ministerium für Familien- und Jugendfragen eine wissenschaftliche Forschungsstelle errichtet werde, daß die vielfältigen Fragen, die sich in der Familienpolitik ergeben, auf wissenschaftlicher Grundlage zu beantworten versuchte und echte Voraussetzungen für familiengerechte Lösungen schaffe.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen wird im Monat Mai in Bonn, am Sitz der Bundesregierung, eine Kundgebung veranstalten, um der Bundesregierung, den Mitgliedern des Bundestages und der deutschen Öffentlichkeit einen Einblick in ihre bisherige Arbeit und einen Ausblick auf ihre Zielsetzung, beispielsweise auf die Bestre-

bungen hinsichtlich des Leistungslohnes mit Familienzulage (Kindergeld), einer familien-gerechten Steuergesetzgebung, der Behebung der Baulandnot, der Schaffung von Familien-eigentum, der Anerkennung des Hausfrauen-berufes, der Arbeitshilfe für die Mutter und der Lebenshilfe für die weibliche Jugend zu geben und so an ihrem Teil dazu beizutragen, das Verständnis für die Erfordernisse einer gesunden Familienpolitik zu vertiefen.

Mit Ausdruck unserer ausgezeichneten
Hochachtung

gez.: Josef Hall

Präsident des Familienbundes der Deutschen
Katholiken

gez.: Franz Umstaetter

Präsident des Deutschen Familienverbandes

gez.: Emmi Welter

Präsidentin der Evangelischen Aktionsgemein-
schaft für Familienfragen

gez.: Karl Naumann

Vorsitzender des Bundes der Kinderreichen
Deutschlands (BKD)

d) Vorbereitung einer Kundgebung der Familienorganisationen in Bonn

Es ist geplant, im Verlauf des Monats Mai eine gemeinsame Kundgebung der Familienverbände in Bonn durchzuführen. Bei dieser Kundgebung sollen die Verbände Gelegenheit erhalten, ihre Ideen und Programme vorzutragen. Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen soll gebeten werden, darauf zu antworten (inzwischen ist dieser Plan dahingehend abgeändert worden, daß als Tagungsort nicht Bonn, sondern Köln in Aussicht genommen ist).

Diese Kundgebung soll noch organisatorisch vom derzeitigen federführenden Verband vorbereitet werden. Laut Beschluß einer früheren Sitzung der Arbeitsgemeinschaft ist vorgesehen, daß in jedem Jahr vom jeweils federführenden Verband eine derartige größere Veranstaltung durchgeführt wird. Diese Mai-Kundgebung ist noch eine nachgeholte Veranstaltung aus dem Rechnungsjahr 1957/58. Die Vorsitzende hält es für notwendig, daß zur Vorbereitung der Kundgebung, Besprechung der Programmfolge usw. in nächster Zeit eine weitere Sitzung der Arbeitsgemeinschaft abgehalten wird. Als Termin hierfür wird Montag, der 24. März festgelegt; Ort: wiederum Bonn, Haus der Parlamentarischen Gesellschaft.

e) Familienerholung

In welcher Höhe in diesem Jahr Mittel vom Bund für die Familienerholung bewilligt werden, steht noch nicht fest. Die bewilligten Mittel werden fernerhin zu gleichen Teilen auf die drei Gruppen der Familienerholung (evangelische, katholische und paritätische Gruppe) verteilt werden.

Der Sachverständigenausschuß für Familienerholung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft setzt sich (nach Hinzuziehung eines Vertreters des Bundes der Kinderreichen) nunmehr aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

Oberkirchenrat Ranke, Herr Naumann, Pfarrer Wilhelmy und Pastor Geerling.

f) Verschiedenes

Präsident Umstaetter referiert über die Vorbereitungen zum Weltfamilienkongreß in Paris, der im Juni 1958 stattfinden soll. Wir verweisen auf den Überblick über das Programm des Kongresses, den wir in der Februar-Nummer veröffentlichten. Weitere Hinweise für den Kongreß werden wir in den nächsten Nummern bringen.

3.

Das vorbereitende Komitee für den Weltfamilienkongreß hat ein offizielles Programmheft in vier Sprachen herausgebracht. Die Geschäftsstelle der EAF wird dieses Programmheft demnächst allen Mitgliedern zusenden mit der Anfrage, welche Mitgliedsverbände einen Vertreter zu entsenden beabsichtigen.

Die ständigen Kommissionen der UIOF werden wegen des bevorstehenden Weltkongresses im Jahre 1958 keine Arbeitstagungen abhalten. Eine Ausnahme bildet die Kommission „Beziehungen zwischen Eltern und Lehrern“. Diese hält es für notwendig, während des Kongresses — abgesehen von den Beratungen der 5. Arbeitsgruppe — einen ganzen Tag ausschließlich der Erörterung der Beziehungen zwischen Eltern und Lehrern zu widmen. Hierfür ist Montag, der 23. Juni vorgesehen.

Der Zweck dieser Sondertagung am 23. Juni ist der, das Problem der Beziehungen Eltern/Lehrer allen interessierten Kreisen nahe zu bringen: den Vertretern von Familienverbänden, Eltern-Beiräten, Pädagogen, Mitgliedern von Lehrerverbänden sowie Experten auf dem Gebiete der Berufsberatung.

4.

Eine Vorbesprechung der UIOF-Kommission „Eltern und Erzieher“ hat am 24. Februar in Brüssel unter dem Vorsitz von M. Guibourge/Frankreich stattgefunden. Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen war durch Landeskirchenrat Ebersbach/Düsseldorf, stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Vereinigung Evangelischer Eltern und Erzieher vertreten.

5.

Das Deutsche Jugendschriftenwerk e. V., Frankfurt am Main, hat sich an die EAF gewandt mit der Bitte, auf seine Bestrebungen hinzuweisen.

Das Jugendschriftenwerk ist überparteilich und überkonfessionell. Er wurde im Juli 1956 gegründet. Ausgangspunkt für

der Konfessionen, Elternvereinigungen und andere Organisationen, sich mit den Verlegern aner kennenswerter Kleinschriften zum „Deutschen Jugendschriftenwerk“ zusammenzuschließen.

Laut Mitteilung des Vorsitzenden gehören dem „Deutschen Jugendschriftenwerk“ aus dem evangelischen Bereich folgende Verlage als Mitglied an:

Rufer-Verlag, Gütersloh
 Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg
 Verlag R. Brockhaus, Wuppertal
 Verlag J. G. Oncken, Kassel
 Aussaat-Verlag, Wuppertal
 Christliche Verlagsanstalt, Konstanz
 Verlag Junge Gemeinde, Stuttgart
 Evangelischer Missionsverlag, Stuttgart



1000 SCHREIBMASCHINEN
 stehen abrufbereit in unseren Lägern
VIELE GÜNSTIGE GELEGENHEITEN
 z. Teil neuwertig u. aus Retouren
 zu stark herabgesetzten Preisen
 trotzdem 24 Raten. Alle Fabrikate
 Fördern Sie unseren Gratis-Katalog Nr. 5 729
NOTHEL & Co. Deutschlands größtes
 Büromaschinenhaus
 Göttingen | Essen | Hamburg
 Weender Str. 11 | Gemarkenstr. 51 | Steinstr. 5-7

seine Wirksamkeit ist der Gedanke, daß dem Verdrängen des Negativen auf dem Gebiete der Jugendliteratur, wie es durch die Tätigkeit der Bundesprüfstelle geübt wird, gleichzeitig die Förderung des Positiven gegenübergestellt werden müsse. Diese Förderung positiver Freizeitlektüre für Jugendliche war der Anlaß für Lehrer, Jugendpfleger, Buchhändler, Vertreter

Die vom Jugendschriftenwerk herausgegebenen sogenannten „weißen Listen“ geben einen Überblick über die Hefte und Taschenbücher, die von den Beurteilungsgremien des Werkes als für die Jugend geeignet bezeichnet wurden und somit als wirksames Mittel betrachtet werden können, Schmutz und Schund zu verdrängen. Die Listen und weiteres Aufklärungsmaterial können bei der Geschäftsstelle des „Deutschen Jugendschriftenwerkes“ in Frankfurt am Main, Kurt-Schumacher-Straße 1, angefordert werden.

Leserstimmen

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

„In der Dezemberrnummer 1957 dieser Zeitschrift wurde das Wort von der ‚Bonner Grippe‘ gebracht, also der Tatsache, daß durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall die Arbeiter dazu geradezu verführt werden, nun krank zu feiern, auch wenn sie es nicht sind. Daß davon der DGB nichts hören will, ist klar. Keine Interessenvertretung läßt etwas auf ihre Mitglieder kommen! Es wird nun der Vorschlag gemacht, dieses Gesetz zu ändern, wenn der Mißbrauch nicht aufhöre. Diese Möglichkeit halte ich allerdings für ausgeschlossen, denn die allmähliche Gleichstellung von Arbeiter und Angestellten ist eine unaufhaltsame Bewegung, die sich nicht zuletzt aus der faktischen Bedeutung

des Arbeiters im modernen Industrie-prozeß ergibt, die ja zum Teil wesentlich größer ist als die des jederzeit auswechselbaren Angestellten, dessen Tätigkeit mehr und mehr auch von Automaten geleistet werden kann (z. B. Karteiarbeit). Eine soziale Errungenschaft kann nicht ohne ganz erheblichen Protest von seiten derjenigen Gruppen, die in den Genuß dieser Leistungen gekommen sind, rückgängig gemacht werden. Dem Mißbrauch muß von einer anderen Seite her gesteuert werden, nämlich von der Seite des Arztes her, der ja schließlich für die Krankschreibung verantwortlich ist. Aus meinem eigenen Bekanntenkreis weiß ich, wie die Dinge heute in dieser Hinsicht liegen. Ein Arbeiter kommt zum Arzt des Dorfes, in dem er wohnt und will krank geschrieben werden.

Friedewalder Beiträge zur sozialen Frage

Herausgegeben von Gerhard Heilfurth, Hermann Kunst,
Carl Günther Schweitzer, Erich Thier und Siegfried Wendt

Zuletzt sind erschienen:

Wir sind gefordert

Fragen christlicher Verantwortung

Herausgegeben von Gerhard Heilfurth und Hermann Kunst
Heft 5 - 231 Seiten - geb. DM 15,60, kart. DM 12,60

Fritz Rudolph

Strukturwandel eines Dorfes

Heft 6 - 86 Seiten - DM 5,40

Ingwer Paulsen

Viktor Aimé Huber als Sozialpolitiker

Heft 7 - 224 Seiten - DM 14,80

HERBERT WOLF

FRIEDEWALD

SCHLOSS UND ORTSCHAFT

LAND UND LEUTE

Mit 56 Fotos, 20 Zeichnungen, Orts- und Gemarkungskarten. Text und Illustrationen auf Kunstdruckpapier, zweifarbiger Schutzumschlag. 112 Seiten Umfang, kartoniert DM 8,50; gebunden DM 9,80.

Das seit etwa einem halben Jahr vorliegende Buch hat inzwischen viele Freunde gefunden. Vornehmlich diejenigen, denen durch die Evangelische Sozialakademie Friedewald ein Begriff geworden ist, haben gern von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich über die historische Entwicklung des kleinen Westerwalddorfes mit seiner „fürstlichen“ Geschichte unterrichten zu lassen. Mehr aber noch ist ihnen und all' den vielen anderen Bewunderern der alten Schloßanlage Friedewald eine Stätte geworden, mit der sie wirkliche Heimatgefühle verbinden.

Freunden der Sozialakademie, die für Wochen in den Mauern des Friedewalder Schlosses gelebt und gearbeitet haben, wird man viel Freude mit dem Geschenk dieses Buches machen können. Und Kennern alter Baukunst wird der mit vielen Fotos ausgestattete Band ein erfreuliches Erlebnis sein.

Der Arzt kann aber nichts feststellen und weigert sich, diesen Mann krankzuschreiben. Da erklärt ihm dieser lachend: Nun, wenn Sie das nicht machen, dann gehe ich eben zu Ihrem Kollegen! Der macht das schon! — Nun bleibt dieser Fall aber nicht vereinzelt, denn der Mann, der zum Arzt kam, wird seinen Kollegen erzählen: Wenn ihr zu dem Dr. X geht, schreibt euch der nicht krank! Das hat zur Folge, daß dem Arzt die Kunden wegbleiben und er in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Er wird daraus die Konsequenz ziehen, möglichst jeden krank zu schreiben, der zu ihm kommt, denn etwas anderes kann er sich bei der gegenwärtigen Struktur des Kassenarztwesens gar nicht leisten. Er muß ja auch leben und wird daher zum Mitverschworbenen derer, die das neue Gesetz mißbrauchen. Soll dem Mißbrauch gesteuert werden, dann kann dies nicht dadurch geschehen, daß dieses Gesetz geändert wird, sondern daß der Arzt einen von seinem Kundenkreis unabhängigen Status bekommt, so wie er ihn im Lande der „sozialen Medizin“, in England, heute schon hat. Man kann hier nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die Dinge drängen unerbittlich weiter, ob man will oder nicht. Ist dem Arztstand ein finanzielles Fixum garantiert, dann hat er es nicht mehr nötig, gegen sein besseres Wissen zu handeln und dem das Gesetz Mißbrauchenden willfährig zu werden, wie das heute der Fall ist. Durch diesen Schritt wird dem wirklich Bedürftigen ebenso geholfen wie bisher, ja noch besser, weil dann die angespannte Lage der Kassen aufhört, und sie die echten Fälle von Krankheit besser bedienen können, aber dem Mißbrauch ist damit ein Riegel vorgeschoben, wie das in England schon länger praktiziert wird. Dieser neue Mißbrauch hat aber zugleich eine Seite, die es notwendig macht, hier nicht allzulange abzuwarten: er erhöht die Spannungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erheblich, denn auch der Arbeitgeber wird, besonders wenn es sich um einen Handwerksbetrieb handelt, durch das willkürliche Krankfeiern der Arbeitnehmer in seinen Dispositionen empfindlich gestört und das Ergebnis wird ein Rückgang der Produktion sein. Nur die vollsozialisierte Medizin wird, ob das den Ärzten und den Arbeitern paßt oder nicht, hier weiterführen können. Dieser Vorschlag hat auch nichts mit irgendwelchen ideologischen Voreingenommenheiten zu tun, sondern baut nur da weiter, wo wir heute schon stehen.

Heinz-Horst Schrey

Sonntagsheiligung

„Ihr Artikel ‚Der Sonntag im Sog der industriellen Entwicklung‘ in der 5. Nummer von DIE MITARBEIT (6. Jg.) war mir ein Labsal. Oder eine Schützenhilfe — man kann ihn gewiß auch noch anders rühmen. Nach einer unserer fast turnusmäßigen Besprechungen mit Vertretern des DGB im Raume Hildesheim (‚unserer‘ soll heißen: Vertreter der Ev. Kirche im Hildesheimer Raum) blieb in mir das fade Gefühl zurück, als würde etwas mit letztem ‚reformatorischem Einsatz‘ verteidigt, was u. U. theologisch nicht so ganz einwandfreie Prämissen hätte. In Ihrem Artikel nun, den ich gerade eben mehr überfliegen als schon gänzlich verarbeiten konnte, finde ich nun genau den Hinweis auf Galater 4 und Kol. 2, wie er mir in dem Gespräch wichtig war. — Meine Zustimmung ist aber nicht darum groß, weil ich mich bestätigt gesehen hätte, sondern weil es möglich ist, daß auch in ‚unserem Lager‘ die Sachlichkeit noch groß geschrieben werden kann. Herzlichen Dank!

Siegfried Birschel

Sozialsekretäre (siehe Heft 6, 6. Jahrgang, Seite 225)

„So gut diese Sache im Wollen und im Ansatz ist, so schwierig ist sie in der Durchführung. Das hängt wohl zu einem nicht geringen Teil damit zusammen, daß wir heute geneigt sind, alles, was von der Kirche aus geschieht, sofort in einem eigentümlichen Sinn zu verkirchlichen. Die schwachen Charaktere werden dann leicht zu bloßen Handlangern des Pastors in sozialen Fragen, während die stärkeren gegen diese in der Tat nicht angemessene Stellung rebellieren und dadurch leicht in eine Welt des Ressentiments hineinkommen. Ich würde gern einmal mit Ihnen darüber sprechen, wie man dem abhelfen könnte, bin mir aber bewußt, daß es sich hier um Symptome einer wohl tiefer liegenden Krankheit unserer Kirche, eben der Ekklesiastizierung, handelt, die sich der Katholizismus seinem Wesensgesetz nach leisten kann, der bei uns aber auf die Dauer betrübliche Folgen haben muß . . .“

Hans Hermann Walz

Evangelisch-katholische Kontakte

„Ich darf wohl annehmen, daß Sie ebenso wie ich in der neuesten Ausgabe der ‚Gesellschaftspolitischen Kommentare‘ der Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB den Beitrag von Klaus Felgentreff über den angeblichen ‚Eiertanz‘ Henry Lillichs gelesen haben. Man kann geeilter Auffassung darüber sein, ob Lillich gut daran

tat, im sozialdemokratischen ‚Vorwärts‘ die heikle Frage der Christen in den Gewerkschaften in der Weise aufzunehmen, wie er es tat. Immerhin ist Lillich ja Bundesgeschäftsführer der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, und die Gefahr liegt auf der Hand, daß man nun dieser Aktionsgemeinschaft gewisse SPD-Schlagseiten nachzuweisen versucht. Ist das aber ein Grund für Herrn Felgentreff, den Dampfer via Rom zu besteigen, um von diesem sicheren Bord seinen evangelischen Kollegen anzugreifen? Wäre nicht Ihre Zeitschrift DIE MITARBEIT der geeignete Ort für eine solche Auseinandersetzung gewesen, zumal Henry Lillich zuerst dort sehr eindeutig gesagt hat, daß er die Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB zu denjenigen Institutionen rechnet, die im CDU-Lager stehen. Bitte sehr, uns soll doch nun wirklich niemand vormachen, die Kollegenschaft sei eine Einrichtung, in der Evangelische wie Katholiken, CDU-Leute wie SPD-Anhänger ihren angestammten Platz hätten. Der geistige Betreuer der Kollegenschaft ist der überaus gescheite und geschickte Jesuitenpater Dr. Reichel, und die maßgebenden Verantwortlichen dort sind gleichfalls Katholiken. Dorthin geht doch der Weg. Es bestürzt mich immer wieder, wenn ich spüre, wie katholisch dort alles zugeht — bis hin zu der neuesten Kritik am Grundsatzprogramm des DGB. Nun gut, wenn hier und dort Katholiken im DGB glauben, sich fester zusammenschließen zu müssen, so ist ihnen das unbenommen. Aber sie haben ja doch wohl nicht das Recht, für ‚die Christen im DGB‘ schlechthin zu sprechen. Das tun sie ja häufig — und sie sind uns evangelischen Kollegen damit, vor allem was die Personalpolitik betrifft, ein gewaltiges Stück voraus. Die einsichtigen Evangelischen haben sich trotzdem bewußt von der Kollegenschaft zurückgehalten, besonders nach deren lauen Erklärungen hinsichtlich der Neugründung christlicher Gewerkschaften.

Es hat mich deswegen geradezu erschüttert, daß nun ein Mann wie Klaus Felgentreff ausgerechnet das Organ dieser eben tatsächlich mit stark katholischem Einschlag versehenen Christlich-sozialen Kollegenschaft benutzt, um Lillich anzuprangern. Felgentreff ist ja selber evangelisch und ist in den vergangenen Jahren auf unzähligen Tagungen, Besprechungen und anderen Veranstaltungen als evangelisches DGB-Mitglied aufgetaucht. Wenn ich recht erinnere, hat er wohl als hauptamtlicher Funktionär eine Position im

Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf inne und hat diese Stellung dazu auswerten können, manche Gespräche zwischen Vertretern des DGB und Vertretern der evangelischen Kirche zu vermitteln. Man kann nun sicher nicht davon sprechen, daß Felgentreff der Verbindungsmann der evangelischen Kirche im Bundesvorstand des DGB ist oder war — dazu bedürfte es doch einer profilierten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens —, aber seine Kontakte zu vielen evangelischen Institutionen vor allem der Sozialarbeit sind doch eine erfreuliche Sache. In der Tat wenig erfreulich erscheint mir aber Felgentreffs Instinktlosigkeit, die in seinem Artikel sichtbar wird. Wenig erfreulich ist aber gleichfalls die Reaktion Pater Reichels auf das doch sicher erfolgte Angebot Felgentreffs, Henry Lillich ‚anzuschließen‘. Ich hätte diesem klugen Pater mehr Achtung vor sich selbst zugetraut. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob die ganze Affäre nicht vielleicht ein kleinlicher Racheakt Felgentreffs an Lillich ist, die auf persönliche Differenzen zurückgehen mag. Aber der Stil des Artikels in den ‚Gesellschaftspolitischen Kommentaren‘ deutet darauf hin, daß es tatsächlich um den Ausfluß persönlicher Meinungsverschiedenheiten geht.

Wie dem auch sei: wenn Klaus Felgentreff trotz seiner langjährigen Mitarbeit in den verschiedensten evangelischen Gremien — ich habe ihn 1956 auch in Frankfurt auf dem Vorstandspodium der Arbeitsgruppe IV des Kirchentages sitzen sehen — immer noch nicht kapiert hat, wohin der Hase läuft, so müssen die gradlinigen evangelischen Mitarbeiter der Sozialarbeit ihre Konsequenzen ziehen. Nochmals: kein Mensch verlangt von den Katholiken, die die Kollegenschaft im DGB bilden, ihren Glauben zu verleugnen. Wir als Evangelische müssen aber verlangen, daß katholische Christen niemals für ‚die Christen‘ schlechthin sprechen dürfen — auch wenn wir Evangelischen wohl auch heute im Grunde noch als Ketzer angesehen werden. Diese unsere Forderung muß bestehen bleiben, auch dann, wenn wir gewisse Machtansprüche der Katholiken feststellen — oder gerade dann. Felgentreff sollte das wissen. Seine Attacke in den ‚Gesellschaftspolitischen Kommentaren‘ beweist aber, daß er nicht merkt, wie gern unsere katholischen Freunde von Zeit zu Zeit Konzessionsmeierei betreiben, um den Beleg für die Interkonfessionalität ihrer Einrichtungen zu liefern — und trotzdem nicht einen Zoll

von ihrer katholischen Position weichen. Im übrigen: wir sollten von dieser stabilen Elastizität manches lernen können!"

Gunnar Petersen

Selbstverantwortung

„... Ich verfüge nicht über die erstaunlichen sozialgeschichtlichen Kenntnisse wie Wolfgang Kellner und habe deswegen mit ganz besonderem Interesse die Diskussionen über ‚Verwaltung‘ oder Selbstverantwortung verfolgt. Ich würde nicht wagen, in diese Auseinandersetzung einzugreifen, weil mir eben die meisten Voraussetzungen fehlen. Aber zu einem anderen Problem, das gleichfalls in den Beiträgen von Wolfgang Kellner aufschien, habe ich mir sehr intensiv Gedanken gemacht. Ich denke an die Rentenreform. Kellner attackiert das Gesetz zur Reform der Rentenversicherung wegen seiner dynamischen Komponente. Ich erinnere mich gut eines Artikels von ihm in der Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, in dem er die Auffassung vertreten hat, diese Rentenreform sei möglicherweise dazu geeignet, inflationäre Tendenzen in unserer Wirtschaft wirksam werden zu lassen. Das recht einprägsame Wortspiel von der D-Mark, die zur Dyn-Mark würde, hat mich schon damals fasziniert. Aber sind das nicht alles Hinweise, die am Rande des Problems liegen? Die entscheidende Frage scheint mir doch zu sein: kann der moderne Mensch heute wirklich allein für die Lebensrisiken aufkommen? Oder anders gesagt: gibt es für den Durchschnittsbürger heute eine Möglichkeit, sich gegen die Gefahren des Alters, der Invalidität, der Krankheit allein zu schützen? Man kommt doch nicht darum herum, einzugestehen, daß der in der arbeitsteiligen Wirtschaft und Gesellschaft beheimatete Mensch tatsächlich recht unselbständig ist. Zumal der Industriearbeitnehmer ist von so vielen Imponderabilien bedrängt, daß er nur noch schwer die von Kellner geforderte Selbstverantwortung in vollem Maße übernehmen kann. Was geschieht denn bei Arbeitslosigkeit? Was geschieht denn bei Krankheit des Ernährers einer Arbeiterfamilie? Kann dort wirklich gespart werden in dem Ausmaße, das später eine Rückendeckung gibt? Das kann ich nicht glauben. Man komme doch nicht mit den stereotypen Musterbeispielen des

Bergmannes, der zusammen mit seinen Söhnen über 2000 DM monatlich verdient, seinen Fernseher zu Hause hat und möglicherweise noch ein Auto. Das ist doch nicht der Durchschnitt. Der Durchschnitt des Arbeitnehmers lebt immer noch von der Hand in den Mund, vielleicht kann er sich noch gerade einige Kleidungsstücke und Wohnungseinrichtungsgegenstände leisten. Und warum sollte er es nicht. Steht ihm das Recht einer gemütlichen und in gewisser Weise auch komfortablen Wohnung nicht genauso zu wie dem Industriekapitän? Ich meine doch. Wie soll dieser Mensch einerseits die entsprechenden Rücklagen machen (wo er doch weder Acker noch Vieh als Sicherheit hat), und wie kann man ihm die Wertbeständigkeit der Rücklagen, wenn er sie wirklich machen sollte, garantieren? Was ist denn aus den kleinen Sparern in den Inflationen und Geldentwertungen geworden? Sie haben alles verloren, nichts behalten. Ich kenne genug Menschen, die heute — auch wenn sie kurzfristig für bestimmte Anschaffungen sparen — nicht das Risiko des Alterssparens oder der privaten Versicherung eingehen wollen. Nein, mir scheint die dynamische Rente den Verhältnissen der modernen Gesellschaft am ehesten zu entsprechen. Denn schließlich zahlt der Versicherte ja seine Beiträge dorthin, er bekommt ja nichts geschenkt. Aber wenigstens bei der Rentenversicherung hat er die Sicherheit, beim Eintritt ins Alter versorgt zu sein — wofür er ja sein ganzes Leben gearbeitet hat. Das ist im Grunde die einzige Sicherheit, die er hat — und die er erwartet. Das darf nicht verkannt werden. Im Prinzip würde ich der von Kellner geforderten Selbstverantwortung zustimmen — wenn wir nicht in der Zeit leben würden, in der wir leben!"

Bernhard Greber

Hinweise zu den Autoren dieser Nummer*)

Akademiedirektor D. Dr. Eberhard Müller ist Leiter der Evangelischen Akademie Württemberg in Bad Boll und 1. Vorsitzender der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen. Anschrift: Bad Boll ü. Göppingen (Württ.), Evangelische Akademie.

*) Wir beschränken unsere Hinweise auf diejenigen Autoren, die wir unseren Lesern bisher noch nicht bekannt gemacht haben.